

Städte in Umbruchprozessen

Ein Orientierungsrahmen für die Themenfelder Nachhaltigkeit und Demografiefestigkeit auf kommunaler Ebene



Impressum

Hasselkuß, M., Heller, T., Schmitt, M., Reutter, O. (2017): Städte in Umbruchprozessen – Berichtsteil 1: Ein Orientierungsrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung auf kommunaler Ebene. Projektbericht KoSI-Lab, Dortmund/Wuppertal.

Wallraff, M., Zimmer-Hegmann, R. (2017): Städte in Umbruchprozessen – Berichtsteil 2: Ein Orientierungsrahmen für Demografiefestigkeit auf kommunaler Ebene. Projektbericht KoSI-Lab, Dortmund/Wuppertal.



Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert das Projekt KoSI-Lab – Kommunale Labore sozialer Innovation im Rahmen von „Kommunen innovativ“. Diese Fördermaßnahme unterstützt Kommunen, die im Verbund mit Wissenschaft nachhaltige Strategien für Stadtentwicklung, Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen erforschen und anwenden.

Kontakt

Jürgen Schultze
Sozialforschungsstelle Dortmund
Zentrale Wissenschaftliche Einrichtung
Technische Universität Dortmund
Evinger Platz 17
D-44339 Dortmund
Telefon: +49 231 8596-245
E-Mail: schultze@sfs-dortmund.de

www.kosi-lab.net

Fördermaßnahme: Kommunen innovativ
Laufzeit: 01.06.2016 – 31.05.2019
Förderkennzeichen: 033L174A-E

Projektpartner



In Kooperation mit **zentrum für gute taten**
Freiwilligenagentur Wuppertal

Vorwort

Ziel des Projekts „KoSI-Lab - Kommunale Labore sozialer Innovation“ ist die modellhafte Entwicklung zweier Labore sozialer Innovation (SI-Lab) in Dortmund und Wuppertal. SI-Labs sind neuartige, offene Institutionen der kollaborativen Bearbeitung von Schlüsselproblemen kommunaler Entwicklung. Sie eröffnen Räume und Ressourcen für Teams aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Forschung und Bürgerschaft und schaffen ein Innovationsmilieu. Die Akteure¹ entwickeln „auf Augenhöhe“ neue soziale, praxisnahe Lösungen u.a. für die komplexen, dynamischen Herausforderungen des demografischen Wandels und der nachhaltigen Entwicklung und erproben diese in urbanen Reallaboren. In einem realexperimentellen Ansatz wird in den Städten Dortmund (Neuentwicklung) und Wuppertal (Weiterentwicklung) exemplarisch erforscht, welchen Beitrag kommunale SI-Labs als neue Kooperationsmodelle und Unterstützungsinfrastrukturen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft leisten können, um die Herausforderungen, die sich u.a. aus demografischem Wandel und nachhaltiger Entwicklung ergeben, durch neue kollaborative Kooperationsformen zu bewältigen.

Dortmund und Wuppertal stehen vor vergleichbaren Umbrüchen und Herausforderungen wie einer stark angespannten Haushaltslage, hoher struktureller Langzeitarbeitslosigkeit, dem langfristigen demografischen Wandel („älter, weniger, bunter“), der Integration von Zuwanderern, dem Klimawandel und dem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Daher nimmt das Projekt KoSI-Lab vor allem die Themen „Demografiefestigkeit“ und „Nachhaltige Stadtentwicklung“ in den Fokus.

Der demografische Wandel stellt neue Herausforderungen an das soziale Zusammenleben, die Infrastruktur- und Siedlungsentwicklung in Städten und Regionen und die Sicherung der Daseinsvorsorge. Eine neue Entwicklung ist der massive Zuzug von Menschen aus dem Ausland. Mit der Anpassung an die Bedürfnisse einer älter werdenden, kulturell heterogenen Bevölkerung sind Gestaltungsaufgaben verbunden, die strategische und integrative Konzepte in kommunalen Handlungsfeldern wie Bauen, Stadtentwicklung, Mobilität, Bildung, Soziales und Wirtschaft erfordern.

Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung lässt sich gut auf der Ebene der Stadtentwicklung konkretisieren. Grund hierfür ist, dass die Meso-Ebene der Städte bzw. Stadtregionen eine Brücke zu schlagen vermag zwischen Makro-Ansätzen einer nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft bzw. eines Landes und der Mikro-Ebene einzelner Unternehmen, privater Haushalte oder im Handeln jedes Einzelnen. In Städten werden nachhaltigkeitsrelevante Aktivitätsfelder (Wohnen, Ernährung, Mobilität, Infrastrukturen), die den Großteil des Energie- und Ressourcenverbrauchs ausmachen, konkret erfassbar und auch beeinflussbar.

¹ In dem vorliegenden Bericht haben wir uns um eine geschlechtergerechte Sprache bemüht. Aufgrund der besseren Lesbarkeit haben wir in einigen Fällen auf die gleichzeitige Nennung der weiblichen und männlichen Form verzichtet.

Auf der Ebene der Kommunen werden die vielfältigen Herausforderungen, die sich aus demografischem Wandel und nachhaltiger Entwicklung ergeben, sichtbar. Dazu zählen insbesondere ein verantwortungsvoller Umgang mit Land- und Flächenressourcen und zukunftsfähige Ver- und Entsorgungskonzepte, der Umgang mit stadträumlich ungleichen Schrumpfungs- und Wachstumsprozessen und die Anpassung von kommunalen Diensten und Infrastrukturen an eine kulturell heterogene und älter werdende Bevölkerung. Diese Herausforderungen sind nicht alleine durch technische Anpassungsprozesse lösbar, sondern erfordern ebenso soziale Veränderungen in der Steuerung von Prozessen und den Verfahren zur Beteiligung und Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure.

Damit rücken offene Institutionen der kollaborativen Bearbeitung dieser Schlüsselprobleme kommunaler Entwicklung, bspw. zur Unterstützung bürgerschaftlich getragenen Engagements, aber auch Kooperationen von Verwaltung, Politik und Wirtschaft ins Zentrum des Interesses. Dem Engagement von politischen Führungspersonen, tragfähigen Netzwerken sowie dem kreativen Potenzial der Stadtgesellschaft kommen gerade in Kommunen mit angespannter Haushalts- und Finanzlage besondere Bedeutung zu, um nachhaltige Lösungen für den Erhalt von Infrastruktur und Dienstleistungen zu finden und Projekte für eine zukunftsfähige Stadt zu entwickeln. Koalitionen zwischen privaten, öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Interessen erhöhen die Gestaltungsmöglichkeiten öffentlicher Akteure, weil dadurch neue Ressourcen in der lokalen Raumproduktion erschlossen werden. Diese neuen Kooperationen erfordern ein verändertes Verwaltungshandeln und neue Formen der „städtischen Governance“.

Der Bericht „Städte in Umbruchprozessen - Ein Orientierungsrahmen für die Themenfelder Nachhaltigkeit und Demografiefestigkeit auf kommunaler Ebene“ bereitet den Stand der wissenschaftlichen Diskussion zu den Themenfeldern nachhaltige Stadtentwicklung und demografischer Wandel in Städten auf. So entsteht ein Orientierungsrahmen für potenzielle Aktivitäten eines KoSI-Labs. Dabei wird u.a. auf die unterschiedlichen Aufgabenteilungen und Aktivitätsspektren der verschiedenen Stakeholdergruppen einer Stadtgesellschaft eingegangen. Der Bericht besteht aus zwei Teilen, die zum einen durch das Wuppertal Institut zum Fokus „Nachhaltige Stadtentwicklung“ erarbeitet wurden und zum anderen vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund, zum Fokus „Demografiefestigkeit“. Im Rahmen des KoSI-Lab Projekts ist außerdem ein zweiter Vorstudienbericht entstanden mit dem Titel „Social Innovation Labs – a starting point for social innovation“, der einen Einblick zur Entwicklung von Laboren sozialer Innovation und deren Einbettung in lokale Ökosysteme sozialer Innovation gibt.

Städte in Umbruchprozessen

Berichtsteil 1: Ein Orientierungsrahmen für
nachhaltige Stadtentwicklung auf
kommunaler Ebene

Inhaltsverzeichnis

1	Ziele und Vorgehensweise	7
2	Grundlagen.....	7
2.1	Nachhaltige Entwicklung und Nachhaltigkeitsstrategien	7
2.2	Nachhaltigkeit und Stadtentwicklung.....	9
3	Hintergrund: Politische Strategien und Leitinitiativen nachhaltiger und zukunfts- fähiger Stadtentwicklung	11
3.1	Strategien auf Ebene der Europäischen Union.....	11
3.2	Nachhaltige Stadtentwicklung in Deutschland: Bundesstrategien und Landesstrategien am Beispiel Nordrhein-Westfalen.....	13
3.2.1	Bundesstrategien	13
3.2.2	Landesstrategien am Beispiel Nordrhein-Westfalen.....	15
3.3	Strategien auf kommunaler Ebene in Deutschland	16
3.3.1	Kommunale Nachhaltigkeitsstrategien.....	16
3.3.2	Zivilgesellschaftliches Engagement für eine Nachhaltige Stadtentwicklung	17
4	Steckbriefe: Beispiele guter Praxis in Kommunen	20
4.1	Methodik	20
4.2	Wettbewerb „Deutscher Nachhaltigkeitspreis“	25
4.3	Wettbewerb „European Green Capital Award“	34
4.4	Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“	46
4.5	Wettbewerb „European Energy Award“	50
4.6	Wettbewerb „Zukunftsstadt“	53
4.7	Wettbewerb „Orte des Fortschritts NRW“	63
4.8	Wettbewerb „Bildung für Nachhaltige Entwicklung: Dekade-Kommunen“.....	71
5	Befunde und Handlungsempfehlungen für Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure.....	79
6	Quellen	87

1 Ziele und Vorgehensweise

Das vorliegende Papier verfolgt zwei Ziele. Zum einen werden Forschungslinien zu urbanen Transformationsprozessen sowie Strategien nachhaltiger und zukunftsfähiger Stadtentwicklung der Europäischen Union und in Deutschland auf nationaler und kommunaler Ebene skizziert. Auf kommunaler Ebene werden dabei sowohl Maßnahmen zum kommunalen Klima- und Ressourcenschutz, sowie Maßnahmen, die zu Nachhaltigkeit in Städten beitragen, als auch zivilgesellschaftlich getragene Initiativen in den Blick genommen.

Zum anderen wird eine Auswahl an Beispielen guter Praxis vorgestellt, die kommunale Strategien zur Umsetzung von Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung umfassen. Die Beispiele guter Praxis werden hinsichtlich – der im KoSI-Lab zentralen Themenfoki: „soziale Innovationen“ sowie „bürgerschaftliches Engagement“ ausgewertet. Daraus werden Handlungsempfehlungen für die kommunale Ebene abgeleitet. Der analytische Schwerpunkt liegt auf der ökologischen Dimension von Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung.

Die Auswahl der Beispiele guter Praxis erfolgt dabei auf Grundlage von relevanten Wettbewerben bzw. Auszeichnungen für Kommunen. Für die Analyse wurden Kommunen ausgewählt, die bei einschlägigen Wettbewerben eine Auszeichnung erhalten haben. Dabei wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die Themengebiete soziale Innovation sowie bürgerschaftliches Engagement gelegt. Die ausgewählten Beispiele werden in Form von knappen Steckbriefen anhand vorab definierter Kriterien dargestellt.

2 Grundlagen

2.1 Nachhaltige Entwicklung und Nachhaltigkeitsstrategien

Als prägender Ausgangspunkt des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung gilt im Allgemeinen der 1987 veröffentlichte Abschlussbericht „Our Common Future“, der von den Vereinten Nationen ins Leben gerufenen „Brundtland-Kommission“, als eine Entwicklung, „...die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987, 46). Die damalige Bestimmung von Nachhaltigkeit verband erstmals Umweltschutz mit einer Entwicklungsperspektive. Nachhaltige Entwicklung wird in drei Dimensionen unterschieden (ökologisch, sozial, ökonomisch), wobei keiner der drei Dimensionen ein Primat eingeräumt werden kann (schwache Nachhaltigkeit) oder der ökologischen Dimension eine herausgehobene Rolle zugebilligt werden kann (starke Nachhaltigkeit), da sie die Grundlage für alle anderen Dimensionen darstellt. Strategien zur Umsetzung ökologisch nachhaltiger Entwick-

lung können in Effizienz-, Konsistenz- und Suffizienz-Strategien unterteilt werden (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland et al. 2008; Liedtke et al. 2013a).

Im Jahr 2015 haben die Vereinten Nationen als Nachfolge der Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) unter dem neuen Titel Sustainable Development Goals insgesamt 17 Ziele mit 169 Unterzielen unter dem Titel „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Die Umsetzung dieser SDGs bis 2030 erfolgt freiwillig. Die SDGs sind erstmals universell für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer gleichermaßen gültig (IASS Potsdam 2016). Die SDGs adressieren eine große Bandbreite von Handlungsfeldern. Als Ergebnis der internationalen Verhandlungen sind sie breit akzeptiert und bieten einen allgemeingültigen, orientierenden Bezugsrahmen. Das SDG 11: „Make cities and human settlements inclusive, safe, resilient and sustainable“ zielt dabei explizit auf die kommunale Ebene. Im Nachfolgeprozess hat auch die Deutsche Bundesregierung ihre Nachhaltigkeitsstrategie überarbeitet und darin Maßnahmen für die Umsetzung der 17 SDGs definiert (Bundesregierung 2016). Es bedarf demnach zur Umsetzung des Leitprinzips Nachhaltigkeit einer „wirtschaftlich leistungsfähigen, sozial ausgewogenen und ökologisch verträglichen Entwicklung, wobei die planetaren Grenzen unserer Erde zusammen mit der Orientierung an einem Leben in Würde für alle (ein Leben ohne Armut und Hunger; ein Leben, in dem alle Menschen ihr Potenzial in Würde und Gleichheit voll entfalten können, vgl. Kernbotschaft der Agenda 2030) die absolute äußere Beschränkung vorgeben“ (Bundesregierung 2016, 24).

Nachhaltige (Stadt-)Entwicklung ist somit eine umfassende Gestaltungsaufgabe im Sinne einer großen gesellschaftlichen Transformation, wie sie der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (WBGU 2011) beschrieben hat. Transformation bezieht sich dabei auf tiefgreifende Veränderungen, z. B. die Erneuerung von Institutionen, kulturellen Werten oder politischer und ökonomischer Organisationsformen.

Der Verbrauch natürlicher Ressourcen ist dabei ein guter Indikator planetarer Grenzen. Um ein Niveau zu erreichen, das die ökosystemaren Dienstleistungen erhält, müsste er bis 2050 in den Industrieländern um den Faktor zehn gesenkt werden – global um den Faktor zwei (Schmidt-Bleek 1994, 2007, 2014). Besonders der Konsum der Industrieländer überschreitet zurzeit den Nachhaltigkeitslevel massiv. Der direkte Ressourcenkonsum der Haushalte z. B. in Finnland liegt bei etwa 40 Tonnen pro Kopf, was in etwa fünfmal so viel ist, wie es nachhaltig wäre (Lettenmeier et al. 2014, 489), will man nicht mehr als die Ressourcen einer Erde pro Kopf weltweit konsumieren (Liedtke et al. 2015b). Dem Klimaschutz kommt eine ebenso hohe Bedeutung zu und er ist ebenfalls als kommunales Handlungsfeld zu sehen. Um gefährliche Folgen des Klimawandels möglichst zu begrenzen, wird das sogenannte 2°-Ziel verfolgt: die globale Erderwärmung soll auf maximal 2°C gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter begrenzt werden. Der Weltklimarat (IPCC) zeigt in Szenarien auf, welche Menge globaler Treibhausgasemissionen voraussichtlich zu einem Temperaturanstieg zwischen 1° und 4° C führen wird und mit welchen Folgen dabei zu rechnen ist (IPCC 2014). Dies ist auch von der Europäischen Union als Politikziel

formuliert worden. Mit dem Weltklimaabkommen von Paris 2015 konnte erstmals ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen gelingen, mit dem sich 195 Staaten auf eine Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf deutlich unter 2° C im Vergleich zu dem vorindustriellen Niveau verständigt haben. Zudem soll eine Begrenzung unter 1,5° C angestrengt werden (COP21 - 2015¹). Bis Anfang Oktober 2016 hatten 72 Staaten, darunter Deutschland, das Abkommen ratifiziert, die zusammen für rund 57 % des Treibhausgasausstoßes verantwortlich sind. Damit konnte das Abkommen in Kraft treten, denn die Klausel, wonach 55 Staaten, die für mindestens 55 % des Treibhausgasausstoßes verantwortlich sind, das Abkommen ratifizieren müssen, war erfüllt.² Die Bundesregierung hat dazu den Klimaschutzplan 2050 erarbeitet, der gegenüber 1990 als Basisjahr eine Reduktion von Treibhausgasemissionen von 80 bis 95 % bis 2050 vorsieht. Dazu sind viele Akteure gefordert, u. a. auch Kommunen bspw. auf dem Gebiet der Stadt- und Verkehrsplanung (vgl. z.B. Reutter und Wilforth 2016).

2.2 Nachhaltigkeit und Stadtentwicklung

Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung lässt sich gut auf der Ebene der Stadtentwicklung konkretisieren. Grund hierfür ist, dass die Meso-Ebene der Städte bzw. Stadtregionen eine Brücke zu schlagen vermag zwischen Makro-Ansätzen einer nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft bzw. eines Landes und der Mikro-Ebene einzelner Unternehmen, privater Haushalte oder dem Handeln jedes Einzelnen. In Städten werden nachhaltigkeitsrelevante Aktivitätsfelder (Wohnen, Ernährung, Mobilität, Infrastrukturen), die den Großteil des Energie- und Ressourcenverbrauchs ausmachen (EEA 2013) konkret erfassbar und auch beeinflussbar. Diese Aktivitätsfelder werden in der Stadt und im Stadtquartier für die BewohnerInnen konkret erfahrbar und es lassen sich, bspw. durch neue nachhaltige Produkt- und Dienstleistungssysteme im Quartier, Handlungsweisen im Alltag nachhaltiger gestalten: Ernährungsgewohnheiten, Mobilitätsmuster, Verhalten im Haushalt (Liedtke et al. 2015 a und b). Für ein kommunales Management von Transformationsprozessen wird ebenfalls ein konkreter Zugriff möglich: Dies umfasst z.B. die Bereiche des Ressourcen- und Klimaschutzes, der Klimafolgenanpassung und Resilienz sowie sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit (kommunale Haushaltssicherung). Eine ähnliche Brückenfunktion kann die zukunftsfähige Entwicklung von Städten und Regionen auch in zeitlicher Hinsicht übernehmen. Hier können langfristige Transformationsprozesse bis zum Jahr 2050 oder danach hin zu „Low Carbon Cities“ analysiert, vorausgedacht und entwickelt werden. Nachhaltigkeit ist eine komplexe Aufgabe, die in kaum überschaubarer Weise alle gesellschaftlichen Systeme überspannt, in der „Überschaubarkeit“ des urbanen Kontextes in Quartieren und Nachbarschaften für Menschen aber konkret wird. Städte und Urbanisierung sind dementsprechend auch ein Querschnittsthema in der Agenda 2030 (Bundesregierung 2016).

¹ <https://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/i09r01.pdf>

² <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/klimaabkommen-paris-ratifizierung-deutschland-ban-ki-moon-barack-obama>

Auch der WBGU (2011) benennt die Urbanisierung als ein zentrales Handlungsfeld transformativer Forschung, die urbane Transformationsprozesse konkret unterstützt und die Entwicklung von Lösungen sowie technischen und sozialen Innovationen vorantreibt und unterstützt. Zu berücksichtigen sind demnach auch Fragen einer nachhaltigen Stadtkultur und Lebensstilen sowie der Partizipation in der Raum- und Stadtplanung, was auch „qualitative Forschung zu Nachbarschaftsverhältnissen, Wohnquartieren und Milieus – also sozialen Beziehungen, Netzwerken und Konflikten im Wohnumfeld“ (WBGU 2011, 357) umfasst.

Urbane Transformation ist in fundamentaler Weise auf die Entwicklung und Verbreitung sozialer Innovationen angewiesen. Denn: eine ausschließlich technologisch orientierte Innovationsstrategie ist nicht richtungssicher (Möglichkeit von Rebound-Effekten und Problemverschiebungen) und kann die Herausforderungen des demografischen Wandels nicht alleine lösen und insofern nur einen eingeschränkten Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten.

Fragen ökologisch nachhaltiger Stadtentwicklung im Sinne der ökologischen und klimaschonenden Gestaltung urbanen Zusammenlebens stehen in Wechselbeziehung zu Fragen sozialer Nachhaltigkeit, also ihrer Individual- und Sozialverträglichkeit (Liedtke et al. 2013a), aber auch des demografischen Wandels. Viele Kommunen sehen und sehen sich mit Wandlungsprozessen wie wirtschaftlichen Umbruchssituationen im Übergang zur wissensbasierten Ökonomie, der anhaltenden Globalisierung, Herausforderungen des nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen und des Klimawandels sowie knapper Haushaltsmittel konfrontiert. Dies macht für die Kommunen neben dem Umbau technischer Infrastrukturen auch die Weiterentwicklung sozialer Infrastrukturen notwendig. Gerade in dieser besonderen Kombination machen die Wandlungserfordernisse eine Förderung sozialer Innovation und bürgerschaftlichen Engagements unabdingbar. Viele gute Beispiele sozialer Innovationen, die bereits heute in den Kommunen umgesetzt werden, können einen wichtigen Beitrag dazu leisten urbane Transformationsprozesse zu fördern (bspw. Singer-Brodowski et al. 2014 zu sozialen Innovationen in lokalen Netzwerken der Bildung für Nachhaltige Entwicklung). Städte können zudem auf unterschiedlichen Maßstabsebenen Ort für die Umsetzung von Realexperimenten zu Transformationsprozessen sein: Auf Ebene der Stadt insgesamt (Schneidewind und Scheck 2013; Nevens et al. 2013) sowie darunterliegend auf Quartiersebene und der Interaktion der darin lebenden Haushalte und Menschen mit ihren alltäglichen sozialen Praktiken im Sinne eines Living Labs für nachhaltige Produkt-Dienstleistungs-Systeme (Liedtke et al. 2015a und b).

3 Hintergrund: Politische Strategien und Leitinitiativen nachhaltiger und zukunftsfähiger Stadtentwicklung

3.1 Strategien auf Ebene der Europäischen Union

Die Europäische Union zählt zu den am stärksten urbanisierten Weltregionen. Über zwei Drittel der europäischen BürgerInnen wohnen bereits in einem städtischen Gebiet (EC 2016a). Vor dem Hintergrund der in Zukunft noch weiter voranschreitenden Urbanisierung und des demografischen Wandels innerhalb der EU kann prognostiziert werden, dass der Anteil bis 2050 auf 80 % ansteigen wird (EC 2016b). Während der Großteil der Städte quer durch Europa weiter anwächst, insbesondere in den Ballungszentren westeuropäischer Metropolen (z.B. Paris) sowie in einigen Großstädten in Deutschland (bspw. Berlin, Köln, München, Hamburg), sind in oftmals ohnehin dünn besiedelten Regionen (z.B. im Deutsch-Polnischen Grenzgebiet, sowie in alten Industrieregionen, wie z.B. dem Ruhrgebiet) schrumpfende Städte, sogenannte „shrinking cities“, zu verzeichnen (BBSR 2015). Somit sind unterschiedliche Städte mit ganz unterschiedlichen Umbruchsituationen konfrontiert. Insgesamt erfordert die Situation der europäischen Städte eine Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit und Demografiefestigkeit.

Es ist daher davon auszugehen, dass die nachhaltige Entwicklung der Europäischen Union insgesamt, deren Ziele im *Klima- und Energiepaket 2020* verankert worden sind und die auch den Rahmen für die *Klima- und Energiepolitik bis 2030* (EC 2014) vorgeben, entscheidend von umfassenden (sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen) Transformationsprozessen städtischer Gebiete abhängen wird. Aus diesem Grund besteht aus europäischer Sicht ein großer Bedarf an planerischen, technologischen, infrastrukturellen und ökonomischen, sowie an sozialen Lösungsansätzen für den urbanen Raum. In der Strategie *Europa 2020* wird die Zielperspektive einer smarten, nachhaltigen, inklusiven europäischen Gesellschaft anvisiert. Dafür ist die feste Verankerung politischer Leitlinien, die sich an nachhaltigen urbanen Entwicklungs- und Transformationsstrategien orientieren, auf europäischer Ebene nötig.

Im Zuge dieser Entwicklung ist in den letzten Jahren das Bewusstsein für die Schlüssel-funktion der Städte auf europäischer Ebene gewachsen und die städtische Dimension der EU-Politik gestärkt worden. Der mehrjährige Finanzrahmen 2014 – 2020 sieht für städtische Gebiete eine stärkere Förderung durch den Europäischen Fonds für regionale

Entwicklung (EFRE) vor. Über 50 % des EFREs sollen in die Finanzierung von Kommunen fließen, rund 10 Milliarden Euro direkt in integrierte Strategien für nachhaltige Stadtentwicklung, die in mindestens 750 Städten umgesetzt werden sollen (EC 2016). Die Förderung soll den Möglichkeitsraum für mehr nachhaltige urbane Mobilität erweitern, die Regenerationsfähigkeit benachteiligter Kommunen stärken und die Kapazitäten für Forschung und Innovation im Feld nachhaltiger Stadtentwicklung fördern.

Die im Mai 2016 vereinbarte *Städteagenda für die EU* (der sog. „*Pact of Amsterdam*“) hat „den Grundsatz eines integrierten Ansatzes für nachhaltige Stadtentwicklung“ (EC 2016b) als Leitprinzip in die politische Strategie der Europäischen Union eingeführt. Diese europäische Städteagenda bildet die neue Grundlage der informellen, strukturierten Kooperation zwischen EU und Kommunen und zielt darauf ab, die integrierte, nachhaltige Stadtentwicklung voranzutreiben. Sie hat ihre Vorläufer in Dokumenten wie der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt (2007), die den ersten Meilenstein europäischer Stadtentwicklungspolitik markiert, sowie den Deklarationen von Toledo (2010) und Riga (2015), die den inhaltlichen Rahmen vorgeben.

Als prioritäre Themen der urbanen Agenda werden u.a. Integrative Stadtentwicklung (städtische Mobilität, Stadtplanung, Wohnen, Stadterneuerung etc.), Wirtschaft (Kreislaufwirtschaft, Sharing Economy, Entrepreneurship & SMEs etc.), Umwelt (nachhaltige Landnutzung, Energiewende, Luftqualität etc.), Governance (Soziale Innovationen, Stadtmanagement, Capacity Building etc.), und Inklusion (Bildung, Gesundheit, Migration etc.) adressiert, die im Rahmen des URBACT-Programmes in zahlreichen, interkommunal vernetzten Projekten angegangen werden (URBACT 2016). Hier wird die Zielperspektive für europäische Städte der Zukunft formuliert, wonach sie sich zu „smart“, „green“ und „inclusive cities“ entwickeln sollen, die dabei interkommunal kooperieren. Gefördert werden Innovation, CO₂-Reduzierung, Umweltschutz und soziale Integration. Die europäische Städteagenda enthält wesentliche Elemente und Instrumente zur nachhaltigen Stadtentwicklung in der EU und daher sollen einige von ihnen hier näher beleuchtet werden.

Bei dem in Anknüpfung an die Leipzig-Charta entwickelten „Referenzrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung“ (RFSC 2017) handelt es sich um ein Instrument zur Planung und Umsetzung von nachhaltigen Stadtentwicklungsvorhaben, das auf die gemeinsame Initiative der EU-Mitgliedstaaten zurückgeht. Der Referenzrahmen ist 2008 initiiert worden, um eine breite Anwendbarkeit der Leipzig-Charta in den heterogenen europäischen Städten zu ermöglichen und ihre konkrete Umsetzung zu fördern. Der Fokus wurde dabei von Beginn an auf einen wissenschaftlich begleiteten Austausch von guter Praxis in unterschiedlichen urbanen Settings (z.B. in den Partnerstädten Leipzig, Gothenburg, Rennes) mit eigenen lokalen Indikatoren gelegt. Der Referenzrahmen steht den europäischen Städten zudem als interaktives Online-Tool zur Überprüfung von Stadtentwicklungsansätzen nach nachhaltigen Kriterien seit 2013 zur Verfügung. Seit Beginn der aktuellen Förderperiode (2014 – 2020) haben Kommunen die Möglichkeit, am Entwicklungsprogramm CLLD (Community-Led Local Development) teilzunehmen, das eine lokale Entwicklung unter Beteiligung der Bevölkerung vorantreiben soll.

Ein wesentlicher Fokus liegt in diesem Zeitraum auf der Förderung von praxisorientierter Forschung und sozialer Innovation im städtischen Kontext. Das dafür vorgesehene Programm von „Urban Innovative Actions (UIA)“ stellt Ressourcen für städtische Gebiete zu Verfügung, die neue Innovationen ausprobieren und die über das „Urban Development Network (UDN)“ und das „International Urban Cooperation (IUC)“-Programm vernetzt sind. URBACT ist hier die zentrale Plattform zum Austausch und gegenseitigen Lernprozess. Bis Anfang 2016 haben sich rund 7000 EuropäerInnen aus 500 Städten in 29 Ländern an dem Programm beteiligt (EC 2016). Ein Beispiel von derzeit acht im URBACT-Netzwerk involvierten deutschen Städten (Stand: Oktober 2016) ist die Stadt Oldenburg, die am „ARRIVAL CITIES-Projekt“ für integrative Stadtentwicklung teilnimmt.

3.2 Nachhaltige Stadtentwicklung in Deutschland: Bundesstrategien und Landesstrategien am Beispiel Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Bundesstrategien

Die zentrale Rolle der Städte leitet sich auch aus der Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (2016) zur Umsetzung der Agenda 2030 ab. Insbesondere die deutschen Großstädte weisen in den letzten Jahren eine große Dynamik auf. Im Unterschied zu den meisten kleineren Kommunen wächst die Bevölkerungszahl in vielen Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern seit der Jahrtausendwende – und noch verstärkt seit 2010 – weiter an. Allein 25,37 Millionen Menschen, die einen Anteil von 31 % der deutschen Bevölkerung ausmachen, leben in einer von 77 deutschen Großstädten (BBSR 2016a).

Die ersten Weichen für eine Transformation der deutschen Städte sind bereits gestellt. Um dem Klimawandel entgegenzuwirken und die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 % gegenüber 1990 zu senken, hat die Bundesregierung das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 und die nationale Klimaschutzinitiative vorgelegt. Auch das „Deutsche Ressourceneffizienzprogramm ProgRes“ fokussiert urbane Räume als ein zentrales Handlungsfeld (BMUB 2015). Im Jahr 2016 ist der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung verabschiedet worden. Die Kommunen werden in den Maßnahmenpaketen, neben anderen wesentlichen Akteuren aus allen Sektoren, als Agenten des Wandels adressiert. Ziel ist es, „nahezu klimaneutrale Städte und Gemeinden bis zum Jahr 2050 zu realisieren – und dabei die Lebensqualität weiter zu verbessern“ (BMUB 2016, 37). Im Rahmen der „Nationalen Klimaschutzinitiative NKI“ fördert das Bundesumweltministerium BMUB auch die Erarbeitung kommunaler Klimaschutzpläne sowie die Einrichtung eines kommunalen Klimaschutzmanagements.

Um die Klimaschutzmaßnahmen deutscher Städte, Gemeinden, Landkreise und Regionen zu fördern und zu würdigen, hat das Bundesumweltministerium zusammen mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und in Kooperation mit den kommunalen Spitzen-

verbänden den Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ ins Leben gerufen (Difu 2016). Zusammen mit dem Klimaschutz stellt die anstehende lokale und regionale Energiewende in einem hoch urbanisierten und industrialisierten Land wie Deutschland eine zentrale Herausforderung für die Kommunen dar: Bis 2050 sollen erneuerbare Energien den Hauptanteil der Energieversorgung bereitstellen. Der Umbau der Energieversorgung bietet Chancen für technologischen Fortschritt sowie regionale Wertschöpfung und trägt damit zur wirtschaftlichen Entwicklung der Kommunen bei. Auch die Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland 2016 formulieren Gestaltungswege von Klimawandel und Energiewende und die Anpassung räumlicher Strukturen daran: „Sie sind der raumordnerischen Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung verpflichtet, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt“ (BMVI 2016, 2). Eine, die genannten Herausforderungen berücksichtigende, Raumentwicklung schließt den nachhaltigen Umbau urbaner Siedlungs- und Raumstrukturen mit ein.

Um die klimapolitischen Ziele und die Zielsetzungen der Energiewende erreichen zu können, ist ein umfassender Transformationsprozess der deutschen Städte notwendig. In Anknüpfung an die Leipzig-Charta (2007) und das Leitbild der europäischen Stadt der Zukunft ist deshalb die Vision einer CO₂-neutralen, energie- und ressourceneffizienten, klimaangepassten, wirtschaftlich und sozial wandlungsfähigen und lebenswerten Stadt erarbeitet worden. Mit der Schaffung der Nationalen Plattform Zukunftsstadt (NPZ), die aus der Hightech-Strategie 2020 der Bundesregierung hervorgegangen ist, wird diese Vision seit 2015 im Rahmen einer strategischen Forschungs- und Innovationsagenda (FINA) ins Werk gesetzt, um „strategische Impulse für Forschung und Umsetzung der Vision von CO₂-neutralen, energieeffizienten und klimaangepassten Städten zu geben“ (BMBF 2015a, 11). Nachhaltige Stadtentwicklung wird darin als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen, die Klimaschutz und Ressourceneffizienz, Umwelt- und Lebensqualität, wirtschaftliche Chancen und politische Gestaltungskraft, sowie städtische Innovationsfähigkeit unter Einbindung aller Akteure adressiert. Städte werden als Experimentier-, Forschungs- und Umsetzungsfelder sozialer und technischer Innovationen aufgefasst. Um der Vielfalt neuer integrierter Ansätze nachhaltiger Stadtentwicklung Rechnung zu tragen, benennt die „Forschungs- und Innovationsagenda FINA“ Leitthemen für die Nationale Plattform Zukunftsstadt hinsichtlich der Transformation der Städte und steckt prioritäre Innovationsfelder der Zukunftsstadt ab. Die neun strategischen Leitthemen „adressieren die entscheidenden gesellschaftlichen, räumlichen und technologischen Bereiche der Zukunftsstadt und sind eng miteinander vernetzt“ (BMBF 2015b, 7):

- „Soziokulturelle Qualität und urbane Gemeinschaften“ (Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe unter Einbeziehung aller Akteure)
- „Städtisches Transformationsmanagement“ (Neue Wege für strategische Planung und optimierte Verwaltungsorganisation)
- „Stadt – Quartier – Gebäude“ (Nachhaltiger Stadtumbau)
- „Resilienz und Klimaanpassung“ (Umsetzung von Anpassungs- und Resilienzstrategien in der Stadtentwicklung)

- „Energie, Ressourcen und Infrastruktursysteme“ (Transformation bestehender Infrastrukturen und vernetzte Lösungsmöglichkeiten)
- „Mobilität und Warenströme in der Zukunftsstadt“ (zukunftsfähige Mobilitäts- und Logistikkonzepte)
- „Schnittstellentechnologien für die Zukunftsstadt“ (digitale und technische Lösungen an den Schnittstellen bestehender Infrastrukturen)
- „Stadtökonomie für die Zukunftsstadt“ (Finanzierung eines nachhaltigen Stadtumbaus)
- „Daten, Informationsgrundlagen und Wissensvermittlung“ (Datenbasis und Informationsgrundlage, sowie Vermittlung von Transformationswissen)

Für die Transformation der Städte ergeben sich somit ganz unterschiedliche *Innovationsfelder*, die von der Nationalen Plattform Zukunftsstadt aus angegangen werden sollen. Da eine nachhaltige Stadtentwicklung nur gemeinsam mit dem Bürger gelingen kann, gilt es zum einen zivilgesellschaftliche Akteure als gleichberechtigte Partner und Treiber urbaner Transformation mit einzubinden. Zum anderen müssen zur Stärkung und Unterstützung kommunaler Transformation die Kooperationen zwischen den Entscheidungsträgern vor Ort (Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft) an die Anforderungen der Transformation angepasst und, z.B. um Prozesse des Transformationsmanagements, erweitert werden. Zudem gilt es, neue Rahmenbedingungen für urbane Innovationen zu schaffen, um neue Formate, z.B. Pionierprojekte für urbane Infrastrukturen, die zur Daseinsvorsorge dienen, transdisziplinär in den Experimentierfeldern Stadt und Quartier erproben zu können. Als weitere Innovationsfelder sind Werkzeuge- und Verfahrensentwicklung für Planung und Wissensmanagement, z.B. über Geobasisdaten als digitale Kataster, sowie strategisches Finanzmanagement und Geschäftsmodelle, die neue Formen urbaner Wertschöpfung berücksichtigen, zu nennen.

3.2.2 Landesstrategien am Beispiel Nordrhein-Westfalen

Im Bundesland Nordrhein-Westfalen kommt einer nachhaltigen Stadt- und Quartiersentwicklung aufgrund der hohen Dichte an Großstädten laut Müller et al. (2015) besondere Bedeutung zu. Die AutorInnen haben eine Bestandsaufnahme von Nachhaltigkeitsaktivitäten des Landes NRW in insgesamt 14 Handlungsfeldern und sieben Querschnittsthemen vorgenommen. Es wurden Felder und Themen mit explizitem Fokus auf eine nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung identifiziert, mehrere dieser Auswertungsdimensionen umfassen allerdings auch Querbezüge: „Alle Handlungs- und Querschnittsthemen weisen einen Querbezug zur kommunalen Ebene auf, da die Umsetzung von Nachhaltigkeitsaktivitäten maßgeblich auf der kommunalen Ebene erfolgt, die von der Landesregierung durch Programme und Initiativen unterstützt wird“ (Müller et al. 2015, 270). Im Handlungsfeld „Stadt- und Quartiersentwicklung“ folgern die AutorInnen, dass in NRW die wichtigsten politischen Programme zur Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung im Städtebauförderungsprogramm (2013 – 2017) mit dem Programm „Soziale Stadt“ bestehen, die von Bund und Ländern zur Förderung kommunaler Selbstverwaltung aufge-

legt worden sind. Mit Fokus auf soziale Nachhaltigkeit wird das Wohnraumförderungsprogramm des Landes NRW (2014 – 2017) genannt, das vorwiegend Teilhabe, Integration und Inklusion sowie demografischen Wandel, aber auch energetische Sanierung adressiert. Die Kappungsgrenzenverordnung aus dem Jahr 2014 ergänzt im Bereich bezahlbarer Wohnraum, indem Mietsteigerungen begrenzt werden sollen. Der Programmaufruf „Starke Quartiere – Starke Menschen“ (2014 – 2020) zielt auf die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. Ökologische und wirtschaftliche sowie präventive Maßnahmen sollten hierbei integrativ verfolgt werden.

Im Querschnittsthema „Nachhaltigkeit in den Kommunen“ werden dann noch einmal der Querbezug vieler Handlungsfelder zur kommunalen Ebene hervorgehoben und zwei Aktivitäten fokussiert: Die „Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW)“ sowie das im Rahmen dieser gegründete „Netzwerk Nachhaltigkeit NRW“. Hier werden der Dialog „CHEFSACHE Nachhaltigkeit“ und die jährliche Kommunale Nachhaltigkeits-tagung NRW herausgehoben, welche beide eine Verzahnung der Nachhaltigkeitsstrategie NRW mit der kommunalen Ebene und der Kommunalpolitik leisten sollen. Besonders hervorgehoben werden soll auch noch das Querschnittsthema „Bürgerschaftliches Engagement“ in seiner Relevanz für das KoSI-Lab Projekt. Diese Aspekte werden im Kapitel 3.3 nun ausführlicher betrachtet.

3.3 Strategien auf kommunaler Ebene in Deutschland

In diesem Unterkapitel sollen nach den Ausführungen zu Strategien auf europäischer und nationaler Ebene nun kommunale Strategien im Feld Nachhaltigkeit und Stadtentwicklung thematisiert werden. Dabei werden erstens die von vielen Kommunen entwickelten kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien (3.3.1) und zweitens die Tradition zivilgesellschaftlichen Engagements in Kommunen (3.3.2) herausgestellt.

3.3.1 Kommunale Nachhaltigkeitsstrategien

Wie eingangs beschrieben, bündeln und konkretisieren sich auf der kommunalen Ebene die Anforderungen und die Umsetzungsmöglichkeiten nachhaltiger Entwicklung. Ebenso breit ist das Handlungsspektrum für Kommunen bei der Gestaltung urbaner Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Es handelt sich hierbei um freiwillige Aufgaben für Kommunen. Wird zunächst der kommunale Klimaschutz betrachtet, so sind die Handlungsfelder entsprechend vielfältig. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu 2011) unterscheidet im Praxisleitfaden „Klimaschutz in den Kommunen“ die Ebenen „Stadtplanung und Klimaschutz“, „Energie“, „Verkehr“ und „Handlungsmöglichkeiten innerhalb der eigenen kommunalen Verwaltung“. Laut Kern et al. (2005) können Kommunen als Akteure im Klimaschutz in vier Rollen aktiv werden: „Verbraucher und Vorbild“, „Planer und Regulierer“, „Versorger und Anbieter“ sowie „Berater und Promoter“. Im Handlungsfeld der eigenen Verwaltung bzw. in der Rolle als „Verbraucher und Vorbild“

können Kommunen bspw. in der öffentlichen Beschaffung oder im Gebäudemanagement kommunaler Liegenschaften sowie dem Nutzerverhalten in diesen Gebäuden für den Klimaschutz aktiv werden. In der Rolle des „Versorgers und Anbieters“, bspw. in der Abfall- und Abwasserwirtschaft oder in kommunalen Stadtwerken, könnten Kommunen agieren, indem sie etwa den öffentlichen Personennahverkehr ausbauen oder über mengenabhängige Müllgebühren agieren.

In der sozialen Dimension nachhaltiger Stadtentwicklung ist z.B. das Bundesförderprogramm „Soziale Stadt“ zu nennen. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat Studien bspw. zur Umsetzung von Quartiersmanagements und zum Thema Umweltgerechtigkeit als Querschnittsfeld der Sozialen Stadt durchgeführt. Im Rahmen einer Studie zu Quartiersmanagements wird, hinsichtlich der Übertragbarkeit des Instruments auch auf andere Städtebauförderungsprogramme, die hohe Bedeutung der Engagementförderung für die Lösung lokaler Herausforderungen wie z.B. der Wohnumfeldverbesserung hervorgehoben. Hier werden explizit Freiwilligenagenturen mit ihren Aufgaben der Vermittlung, Vernetzung und Qualifizierung genannt, die aber bislang zumeist auf gesamtstädtischer Ebene angesiedelt seien. Engagement würde sich aber vor allem auf nachbarschaftlicher Ebene und über lokale soziale Netzwerke vollziehen. „Durch eine Ansiedlung im Quartier könnte jedoch eine zielgerichtete Aktivierung und niedrigschwellige Ansprechbarkeit der Agentur erreicht werden. Dass eine Anlaufstelle vor Ort, wie das Quartiersmanagement, ein sinnvolles Instrument zur Engagementförderung ist, wird auch darin deutlich, dass das Programm Soziale Stadt in der Engagementstrategie der Bundesregierung (2010) als wichtiger Baustein der Engagementförderung aufgeführt wird“ (BBSR 2016b, 60). Quartiersmanagements würden die Aufgaben der Information, Aktivierung und Beteiligung der Bürgerschaft sowie der Förderung bürgerschaftlichen Engagements vor Ort übernehmen.

3.3.2 Zivilgesellschaftliches Engagement für eine Nachhaltige Stadtentwicklung

Zu den im Kapitel 3.3.1 beschriebenen Rollen und Handlungsfeldern von Kommunen im Klimaschutz und nachhaltiger Stadtentwicklung insgesamt, kommt vor dem Hintergrund neuer komplexer Problemlagen und Kommunen in Umbruchsituationen mindestens eine weitere Aufgabe hinzu: Die Unterstützung sozialer Innovation in der Stadtgesellschaft. Dies umfasst die Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements, insbesondere aber auch eine Vernetzungs- und Unterstützungsinfrastruktur mit weiteren Akteuren, um soziale Innovationen an den Schnittstellen gesellschaftlicher (Sub-)Systeme bzw. Sektoren (wie z.B. Zivilgesellschaft, Ökonomie, Wissenschaft, Politik und Verwaltung) zu unterstützen.

Spätestens seit den Lokalen „Agenda 21“-Prozessen hat zivilgesellschaftliches Engagement für eine nachhaltige Entwicklung Tradition in Deutschland. Im Nachfolgeprozess der Rio-Konferenz 1992 wurde die Agenda 21 von insgesamt 178 Mitgliedsstaaten der UN unterzeichnet. In Kapitel 28 der Agenda 21 wird explizit die Rolle der Kommunen adres-

siert, die schon hier als zentrale Orte erkannt werden, in denen sich viele der Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung konkretisieren lassen und begreifbar werden.

„28.1 Da so viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen ihre Wurzeln in Aktivitäten auf örtlicher Ebene haben, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der Agendaziele. [...] Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle dabei, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu mobilisieren und im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf ihre Anliegen einzugehen“.

Als Ziel wird formuliert: „Bis 1996 sollte die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder in einen Konsultationsprozess mit ihren Bürgern eingetreten sein und einen Konsens hinsichtlich einer "lokalen Agenda 21" für das jeweilige Gemeinwesen erzielt haben“ (Auszüge aus dem Kapitel 28 der Agenda 21; UN 1992, 291).

Im Nachgang dieses Beschlusses wurden auch in Deutschland in vielen Kommunen Lokale Agenda 21 Prozesse angestoßen. Die Agenda 21 adressiert zwar die Kommunen als Entscheidungsträger zur Initiierung einer Lokalen Agenda 21, die Prozesse setzen aber auf eine breite Beteiligung vieler Akteursgruppen. Die Kommunen sind unterschiedliche Wege gegangen, in vielen Städten waren Bürgerinitiativen und ehrenamtliches Engagement Ausgangspunkt der Nachhaltigkeitsprozesse, während anderenorts die Kommunen die Prozesse initiierten (vgl. Bertelsmann Stiftung 2016, 21). Somit haben bürgerschaftlich getragene Initiativen und Projekte von Beginn an eine zentrale Rolle bei der Umsetzung gespielt und es wurden Beteiligungsprozesse angestrebt. Im Rahmen einer Befragung aus dem Jahr 1999 hat Rösler (2000) gezeigt, dass 103 der befragten Städte durch die Lokale Agenda 21 neue Kooperationspartner gewonnen haben und die große Mehrheit von ca. 70 % mit Bürgerinitiativen kooperiert hat. Dabei hat die lokalspezifische Umsetzung allerdings zu einer großen Bandbreite unterschiedlicher Prozesse mit auch variierendem Umfang geführt. Viele der damaligen Projekte und Initiativen der Lokalen Agenda 21 hatten auch einen Fokus auf die (Umwelt-)Bildung und nachhaltige Konsummuster. Sie legten damit den Grundstein für die breite Beteiligung an der späteren UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung und deren Umsetzung in Deutschland. Aus den kommunalen Initiativen ist eine Vielzahl von Projekten hervorgegangen, die sich bei der deutschen UNESCO-Kommission als offizielle Dekade-Projekte beworben haben und später ausgezeichnet wurden. Bis heute sind sie noch vielerorts aktiv und sind weiterhin wichtige Ansprechpartner bzw. Initiatoren in der Umsetzung nachhaltiger Stadtentwicklung.

Nachhaltige Stadtentwicklung sollte insgesamt verstärkt die „Nutzer“ (BürgerInnen) und weitere Akteure und Stakeholder in der Stadtgesellschaft einbeziehen, um akteursintegriert und experimentell Transformationsprozesse im urbanen Raum zu gestalten. Gesellschaft muss sich selbst erfahren und erleben können, um kreativ und aktiv zu werden und Handlungswege zu identifizieren, zu testen und zu implementieren. Dies steht in

unmittelbarem Bezug zu bürgerschaftlichem Engagement für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Dazu benötigt sie vor allem sozial überschaubare Lern- und Explorationsräume wie z.B. Quartiere in der Stadt (Liedtke et al. 2015b; Baedeker et al. 2014; Geibler et al. 2014) und eine offene Fehlerkultur, um aus den Versuchen lernen zu können (Hartmann et al. 2006). Hierzu sind Explorations- und Entwicklungsräume zentral – gemeinsame *LivingLabs* und urbane Reallabore, die den beteiligten Akteuren erlauben, passgenaue Lösungen zu entwickeln und zu erproben, ohne große finanzielle und soziale Risiken einzugehen (Liedtke et al. 2015a). Sie können die Entwicklung und Erprobung veränderter Praktiken unterstützen und das Gewollte in Produkten und Dienstleistungen materialisieren (z.B. einen neuen Mix von Mobilitätsangeboten). LivingLabs sind regional, national und international angelegt, vernetzt und ermöglichen Herstellern, Anwendern und Nutzern, wie auch kommunalen Akteuren, an Entwicklungen aktiv teilzunehmen und diese auch zu reflektieren. Sie bestehen aus einer kombinierten Labor- und Feldinfrastruktur für Co-Creation-Prozesse, in der das Entwickelte im realen Leben, beim Arbeiten oder im Alltag ausgetestet und angewendet werden kann. Prototypen können zunächst im Labor oder auch direkt bei den Nutzern und Anwendern (z.B. Unternehmen, öffentliche Einrichtungen, Haushalte) getestet werden (Liedtke et al. 2015a und b; Baedeker et al. 2014; Geibler et al. 2014).

4 Steckbriefe: Beispiele guter Praxis in Kommunen

Im Folgenden werden Steckbriefe zu 20 Beispielen guter Praxis von Nachhaltigkeit und Stadtentwicklung präsentiert. Zunächst wird die Vorgehensweise bei dieser Übersicht erläutert, bevor die Steckbriefe einzeln dargestellt werden.

4.1 Methodik

Zur Auswahl der Beispiele wurden Auszeichnungen für Kommunen oder Projekte in Kommunen im Rahmen nationaler und teilweise internationaler Wettbewerbe (in der Europäischen Union) betrachtet, da diese jeweils gute Praxis auszeichnen und so bereits eine Vorselektion erfolgt. Durch eine Internetrecherche wurden sieben Wettbewerbe identifiziert, die unten aufgeführt und kurz vorgestellt werden. In der folgenden Tabelle werden die Auswahlkriterien sowohl der Wettbewerbe als auch der Beispiele aus den Wettbewerben erläutert.

Tabelle 1: Kriterien bei der Auswahl der Wettbewerbe und Beispiele guter Praxis

Wettbewerbe (Kriterien erfüllen alle ausgewählten Beispiele guter Praxis)	Gewinner-Städte aus den Wettbewerben (zwei bis vier pro Wettbewerb) (Kriterien variieren in gewählten Beispielen)
Klarer Bezug zu nachhaltiger Stadtentwicklung	Schwerpunkt auf bürgerschaftliches Engagement
Auszeichnung von (Groß-)Städten	Schwerpunkt auf Bürgerbeteiligung
Aktualität (die letzten zehn Jahre)	Schwerpunkt auf nachhaltige Entwicklung von Stadt-Quartieren oder -Teilen in mehreren Handlungsfeldern
Überwiegend Deutschland (zwei im europäischen Ausland) mit geografischer Streuung, bei Fokus auf NRW	Schwerpunkt auf nachhaltige Entwicklung in einem oder wenigen Handlungsfeldern
Einbezug sozialer Innovation und Verhaltensänderungen neben technischer Innovationen	Initiiert bottom-up (durch BürgerInnen oder zivilgesellschaftliche Organisationen) vs. top-down (durch Politik oder Verwaltung)

Im Folgenden werden zunächst die berücksichtigten Wettbewerbe bzw. Auszeichnungen kurz vorgestellt.

Deutscher Nachhaltigkeitspreis

Der *Deutsche Nachhaltigkeitspreis* (DNP) ist eine Auszeichnung für Nachhaltigkeit, die seit 2008 jährlich von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V. verliehen wird. Sie ist eine Initiative der Stiftung in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen. Prämiert werden vorbildliche Akteure und Projekte aus den Bereichen Wirtschaft, Kommunen und Forschung, um ein nachhaltiges Handeln in diesen Sektoren zu fördern und tiefer in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern (Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2017).

In diesem Wettbewerb wurden die folgenden Gewinner-Städte ausgewählt: Dortmund, Freiburg (auch Wettbewerb Zukunftsstadt) und InnovationCity Ruhr, Modellstadt Bottrop. Dortmund wurde als eine der beiden Vorreiterstädte im Projektverbund KoSI-Lab sowie aufgrund seines weitsichtigen Masterplans zur Energiewende aufgenommen, Freiburg als Stadt mit langer auch bürgerschaftlich getragener Tradition in nachhaltiger Stadtentwicklung und InnovationCity Ruhr, Modellstadt Bottrop, als weit sichtbare Modellkommune im Ruhrgebiet, in der eine Vielzahl von Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung real-experimentell erprobt wurde.

Europäische Umwelthauptstädte

Seit 2009 vergibt die Europäische Kommission den Titel „Grüne Hauptstadt Europas (*European Green Capital Award*)“ bzw. „Umwelthauptstadt Europas“ jährlich an eine europäische Stadt, in deren nachhaltiger Stadtentwicklung sich Umweltschutzmaßnahmen und Wirtschaftswachstum mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen verbinden und so zu einer hohen städtischen Lebensqualität beitragen (EC 2017). Dies wird durch zwölf Themenfelder konkretisiert. Die Kommission erwartet von den Gewinnern, dass sie hohe Umweltstandards erfüllen, ambitioniert künftige Verbesserungen avisieren und Vorbild für andere Städte sind (Reutter und Müller 2016).

In diesem Wettbewerb wurden die folgenden Gewinner-Städte ausgewählt: Essen, Hamburg, Kopenhagen und Nimwegen. Hier wurden mit Essen und Hamburg die beiden deutschen Städte ausgewählt, die bislang den Titel der Europäischen Umwelthauptstadt verliehen bekommen haben. Kopenhagen und Nimwegen wurden beispielhaft aufgrund ihres besonderen Schwerpunkts bei bürgerschaftlichem Engagement und Partizipation ausgewählt.

Wettbewerb Kommunalen Klimaschutz

Der gemeinsam vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) zusammen mit dem Deutschen Städtetag getragene Wettbewerb *Kommunaler Klimaschutz* (seit 2016 Wettbewerb *Klimaaktive Kommune*) fördert im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative vorbildliche kommunale und regionale Projekte zum Klimaschutz und zur Klimafolgenbewältigung. Zuständig ist das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Difu 2016).

In diesem Wettbewerb wurden die folgenden Gewinner-Städte ausgewählt: Mannheim und Tübingen (auch European Energy Award). Mit dem Mannheimer Programm „FlurfunkE“ wurde ein Beispiel aufgenommen, das sich auf Energieeinsparung und Klimaschutz in den städtischen Betrieben konzentriert und dabei auch Verhaltensänderungen der MitarbeiterInnen aufnimmt, während viele andere Beispiele oft die Entwicklung eines Quartiers oder Stadtteils in mehreren Handlungsfeldern anschauen. Tübingen ist als Marke „Tübingen macht blau“ präsent und wurde als Beispiel einer integrierten kommunalen Handlungsstrategie zum Klimaschutz, die unter einem Dach kommuniziert wird, aufgenommen.

European Energy Award

Bei dem *European Energy Award* (eea) handelt es sich um ein europäisches Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren für die Nachhaltigkeit von Kommunen im Hinblick auf Energie- und Klimaschutzpolitik. Dem Verfahren liegt ein europaweites Netzwerk von Kommunen, Landesträgern und nationalen Geschäftsstellen zu Grunde. An dem Wettbewerb „können alle Städte, Gemeinden und Kommunen teilnehmen, die ihre Energieeffizienz steigern und ihre Klimaschutzpolitik stärken wollen“ (Bundesgeschäftsstelle European Energy Award 2016).

In diesem Wettbewerb wurden die folgenden Gewinner-Städte ausgewählt: Tübingen (auch Wettbewerb kommunaler Klimaschutz) und Wuppertal. Tübingen ist auch in diesem Wettbewerb ausgezeichnet worden. Durch die Zertifizierung wird der Qualitätssicherungsanspruch der Aktivitäten in Tübingen unterstrichen und damit die Auswahl weiter untermauert. Wuppertal wurde als die andere der beiden Modellstädte im Projektverbund KoSI-Lab ebenfalls im Rahmen dieses Wettbewerbs ausgezeichnet. Wichtiger noch als diese Auszeichnung ist aber die sehr vielfältige Landschaft bürgerschaftlicher Initiativen in Wuppertal, die sich ganzheitlich für eine nachhaltige und demografiefeste Stadtentwicklung engagieren.

Wettbewerb „Zukunftsstadt“

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (*BMBF*) veranstalteten Wettbewerbs Zukunftsstadt werden Kommunen ausgezeichnet, die der – seit Anfang 2013 im Rahmen des Programms „Forschung für nachhaltige Entwicklung“ (FONA) bestehenden – „Nationalen Plattform Zukunftsstadt“ (NPZ) gemäß, gemeinsam mit ihren BürgerInnen und im Zusammenspiel mit Akteuren aus Wissenschaft und Wirtschaft, Visionen einer nachhaltigen Stadt der Zukunft entwickeln und umsetzen. Der Wettbewerb ist mehrstufig organisiert. In der ersten Phase im Jahr 2015 wurden 51 Kommunen ausgewählt, die eine Vision für 2030+ für ihre Stadt entwickeln konnten. Für die zweite Phase wurden im Jahr 2016 20 Kommunen ausgewählt, um ab Anfang 2017 konkrete Umsetzungsschritte zu planen. Die dritte Phase zur Umsetzung dieser Konzepte in „Reallaboren“ wird ab 2018 starten und dafür erneut eine Auswahl der Kommunen stattfinden, die sich beteiligen werden. Die ausgewählten Städte erhalten für die jeweilige Phase eine Förderung des BMBF (BMBF 2017).

In diesem Wettbewerb wurden die folgenden Gewinner-Städte der zweiten Phase (2016) ausgewählt: Dresden, Halle (Saale), Konstanz und Oberhausen. Dresden hat im Wettbewerb innovative Konzepte der Bürgerbeteiligung zur Visionsentwicklung angewendet sowie lokale Nachhaltigkeitsinitiativen von BürgerInnen einbezogen und wurde daher ausgewählt. Ähnlich wurden in Halle (Saale) ebenfalls neue Konzepte der Bürgerbeteiligung bei der Visionsentwicklung zum Stadtteil Halle-Neustadt im Wettbewerb ausprobiert. Die Städte Konstanz und Oberhausen wurden ausgewählt, um eher zentralisierte Herangehensweisen zu betrachten.

Orte des Fortschritts NRW

Als *Orte des Fortschritts* zeichnet das NRW-Wissenschaftsministerium (Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen) seit 2011 innovative Beispiele aus, die unter Berücksichtigung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten, zukunftsweisende Antworten auf zentrale Herausforderungen und Probleme unserer Zeit geben (MIWF NRW 2013).

In diesem Wettbewerb wurden die folgenden Gewinner-Städte ausgewählt: Hattingen/Zentrum für bürgerschaftliches Engagement, Krefeld/Samtweberviertel und Langenfeld/Demografiekonzept. Hattingen wurde hier aufgrund des Fokus auf bürgerschaftliches Engagement aufgenommen und Krefeld sowie Langenfeld als innovative Konzepte, die den Bereich demografische Entwicklung als eines der Schwerpunktthemen in KoSI-Lab adressieren.

BNE-Dekade Kommunen

Während der *UN-Dekade BNE* (Bildung für nachhaltige Entwicklung) wurden, im Zeitraum 2005 – 2014, insgesamt 21 Kommunen von der deutschen UNESCO-Kommission ausgezeichnet, die durch engagierte Projektarbeit in allen Bildungsbereichen die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, insbesondere auf lokaler Ebene, umsetzen (Deutsche UNESCO-Kommission 2015).

In diesem Wettbewerb wurden die folgenden Gewinner-Städte ausgewählt: Erfurt, Gelsenkirchen und Heidelberg. Beispielhaft für die oft sehr starke Rolle der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements in den Agenda 21-Prozessen und Bildungsprojekten für Nachhaltigkeit wurden diese Kommunen ausgewählt. Die Städte sind zudem beispielgebend bei der Institutionalisierung der BNE, so z.B. durch das kommunale Bildungsleitbild in Erfurt, ein starkes Akteursnetzwerk in Heidelberg bzw. durch das lokale Agendabüro in Gelsenkirchen.

Das methodische Vorgehen bei der Analyse der Beispiele guter Praxis stellt sich wie folgt dar. Die 20 ausgewählten Fälle guter Praxis aus den genannten Wettbewerben und Auszeichnungen wurden im Rahmen von Desk Research (Internetrecherchen und Publikationen) anhand der oben in Tabelle 1 ausgeführten Kriterien vorsortiert. Es wurde ein Steckbriefraster mit relevanten Kriterien erarbeitet und im Anschluss für jeden ausgewählten Fall ausgefüllt. Eine tabellarische Querauswertung wichtiger Gemeinsamkeiten und Unterschiede erfolgte im Anschluss für alle ausgewählten Beispiele guter Praxis, um die Ergebnisse zu synthetisieren, Muster zu finden und Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Die hier verfolgte Methodik hat den Vorteil, dass Beispiele mit Vorbildcharakter im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung beschrieben und verglichen werden können. Es gibt jedoch auch Grenzen der Methode: die Auswahl von Beispielen guter Praxis anhand von Wettbewerben bringt es mit sich, dass selten bis überhaupt nicht über etwaige Schwächen oder Fehlschläge in den oft mehrjährigen Prozessen in den Kommunen kommuniziert und somit Lernprozesse in den Städten kaum nachgezeichnet werden können.

4.2 Wettbewerb „Deutscher Nachhaltigkeitspreis“

Name	Dortmund – Auszeichnung im Wettbewerb Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2014/ Masterplan Energiewende 2025
Lage/ Größe	Dortmund, Nordrhein-Westfalen, Deutschland Einwohner: 601.150 (Stand 31. Dez. 2016, Quelle: Dortmunder Statistik 2017)
Kurzbeschreibung	Gemeinsam mit einer Vielzahl gesellschaftlicher Akteure, Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Bürgerschaft und Gewerkschaften, begegnet die Stadt Dortmund den Herausforderungen der Energiewende mit der Entwicklung einer ganzheitlichen, gesamtstädtischen Strategie, dem „Masterplan Energiewende“, und rückt damit das Thema in den Mittelpunkt der Gesellschaft. Im Rahmen des Deutschen Nachhaltigkeitspreises ist die Ruhrgebietsmetropole als „Deutschlands nachhaltigste Großstadt 2014“ ausgezeichnet worden.
Auswahl aus Wettbewerb Deutscher Nachhaltigkeitspreis	In der Begründung der Jury ist die Stadt Dortmund für ihr umfangreiches Maßnahmenportfolio in den verschiedenen Themenfeldern nachhaltiger Stadtentwicklung gewürdigt worden. An dem Dortmunder Nachhaltigkeitsmanagement, das über integrierte Stadtentwicklungskonzepte sowie zahlreiche Aktions- und Masterpläne umgesetzt wird, konnten - neben dem Masterplan Energiewende, der für die Entwicklung von Effizienztechnologien im Bereich Klima- und Ressourcenschutz steht - besonders die „vielfältigen verwaltungsweiten Beteiligungsinstrumente“, sowie der breite „Einbezug von Menschen, Unternehmen und lokalen Einrichtungen“ überzeugen. ³ Gewürdigt worden ist daneben auch die Bildungs- und Integrationsarbeit.
Zeitleiste	Start: 10. April 2014, 1. Forum Masterplan Energiewende 2014, 2. Forum Masterplan Energiewende 2015, 3. Forum Masterplan Energiewende 2017 Umsetzung bis 2020, Konsolidierung bis 2030, Vision bis 2050
Initiator/ Koordinator	Rat der Stadt Dortmund, Zivilgesellschaft, Koordination: Leitstelle Energiewende Dortmund L.E.D in Verzahnung mit Verwaltung und anderen Gremien (s.u.)
Weitere Unterstützer	Lenkungskreis mit elf VertreterInnen aus Hochschulen (z.B. TU Dortmund, FH Dortmund), Wissenschaft (z.B. Fraunhofer-Institut für Materialfluss und Logistik, NRW Kompetenzzentrum Elektromobilität etc.), Wirtschaft (z.B. DEW21, RWE Deutschland AG), aus Vereinen, Verbänden, Initiativen und Arbeitskreisen (z.B. DGB, IHK, Handwerkskammer), der Stadtverwaltung Dortmund (Wirtschaftsförderung, Dezernat 6 (Planen, Bauen und Umwelt)) und der Politik (Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke, FDP, SPD) Konsultationskreis Energieeffizienz und Klimaschutz (KEK)
Ziele	Ziel ist es gemeinsam eine zivilgesellschaftlich getragene Strategie zur zukunftsfähigen, ressourceneffizienten Stadtentwicklung zu entwickeln und mit dieser Strategie die Energiewende hin zu regenerativen Energien

³ https://www.nachhaltigkeitspreis.de/app/uploads/2014/07/DNPS2014_Kurzbegr%C3%BCndung_Dortmund_Sieger.pdf

	und Energieeinsparungen voranzutreiben bzw. umzusetzen.
Inhalte	<p>Mehr als 150 Akteure haben sich in den Arbeitspaketen Energie und Energiewirtschaft, Ressourceneffizienz, Mobilität, Klimaschutz und Klimafolgeanpassung, Fachkräftesicherung und Öffentlichkeitsarbeit aktiv und stetig am Masterplan Energiewende beteiligt.</p> <p>Mit den Masterplänen Umwelt und Mobilität, dem Handlungsprogramm Klimaschutz 2020, dem Lenkungskreis Elektromobilität und dem Konsultationskreis Energieeffizienz und Klimaschutz sowie vielen Projekten der Dortmunder Wirtschaft sind grundlegende Umsetzungsvoraussetzungen geschaffen und bereits erste Ergebnisse erzielt worden.</p>
Organisation/ Gremien	Es wurde ein Umsetzungsmodell für den Masterplan Energiewende erarbeitet, das den bestehenden Konsultationskreis Energieeffizienz und Klimaschutz (KEK) über eine Geschäftsstelle Energiewende mit der im Rahmen des Masterplanprozesses entstandenen Leitstelle Energiewende Dortmund (L.E.D.) verknüpft. Diese Struktur gewährleistet eine enge organisatorische und inhaltliche Verzahnung der L.E.D. im Sinne einer Projektleitstelle mit der Umsetzungsbegleitung des Masterplans durch die Stadtverwaltung und den bisherigen Aufgaben der Geschäftsstelle des KEK.
Zielgruppen	<p>Betroffene (alle Personen, Unternehmen, Institutionen etc. die von Maßnahmen oder Projekten betroffen sind)</p> <p>Interessierte (alle Personen, die sich aktiv informieren und beteiligen möchten)</p> <p>Breite Öffentlichkeit (alle Betroffenen und Interessierten sowie alle EinwohnerInnen eines bestimmten Gebietes)</p>
Rolle der Zivilgesellschaft	<p>Der im Amt des Oberbürgermeisters angesiedelte Bereich „Zivilgesellschaft und Bürgerinteressen“ ist direkt für die Einbeziehung von BürgerInnen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zuständig, die über breit angelegte Beteiligungsinstrumente geregelt wird. Im Zusammenspiel mit Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, spielt die Zivilgesellschaft auch bei der Erarbeitung und Durchführung des Masterplans Energiewende eine entscheidende Rolle:</p> <p>„Die Energiewende kann nur gelingen, wenn die Zivilgesellschaft bei ihrer Umsetzung maßgeblich beteiligt wird. Das zunächst auf Dortmund fokussierte, aber auf andere Kommunen und somit auf das gesamte Ruhrgebiet übertragbare Konzept des ‚Masterplan Energiewende Dortmund‘ basiert deshalb auf einem breiten Beteiligungsprozess, dessen Ziel es ist, über Verständnis Akzeptanz zu schaffen und so Botschafter für die Energiewende in allen Teilen der Gesellschaft zu gewinnen“ (Rettberg et al. 2014, S. 9).</p>
Handlungsfelder	Energie und Energiewirtschaft, Energiebildung, Ressourceneffizienz, Mobilität, Klimaschutz, Fachkräftesicherung, Energiebildung und Energiearmut
Besondere Stärken	<p>Projektmanagement:</p> <p>Das Projekt „Smart City Dortmund“ 2015, ein zentrales Thema des Masterplans, bei dem es um eine fachbereichs- und branchenübergreifende Stadtentwicklung geht, hat sehr stark Fahrt aufgenommen und sich zu einem eigenständigen Format entwickelt.</p>
Förderung/ Sponsoring,	<p>Deutscher Nachhaltigkeitspreis:</p> <p>35.000 € (Förderer: Allianz Umweltstiftung, laut DNP 2017)</p>

soweit erkennbar	
Ansprechperson	<p>Kurt Pommerenke, Martin Prothmann Geschäftsstelle Wirtschaftsförderung Dortmund Kontakt: masterplan-energiewende@dortmund.de</p> <p>Michaela Bonan Projektleitung Masterplan Energiewende Kontakt: michaela.bonan@stadtdo.de</p>
Quellen	<p>https://www.nachhaltigkeitspreis.de/2014_grossstadt_dortmund_detail/ https://www.nachhaltigkeitspreis.de/app/uploads/2014/07/DNPS2014_Kurzbegr%C3%BCndung_Dortmund_Sieger.pdf https://www.dortmund.de/media/p/masterplan_energiewende_1/pdf_energiewende/masterplan_energiewende_bericht_2014.pdf https://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/umwelt/kek/masterplan_energiewende/index.html http://www.gfsdortmund.de/docs/MasterplanEnergiewende-GFSVortrag-20-03-2014.pdf Rettberg, J. F., Rehtanz, C. (2014): Masterplan Energiewende Dortmund, online: https://www.dortmund.de/media/p/masterplan_energiewende_1/pdf_energiewende/Bericht_Masterplan_Energiewende.pdf</p>

Name	Freiburg – Auszeichnung im Wettbewerb Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2012
Lage/ Größe	Freiburg im Breisgau, Baden-Württemberg, Deutschland Einwohner: 227.400 (Stand 01. August 2016, Quelle: FRITZ 2017)
Kurzbeschreibung	Der Freiburger Nachhaltigkeitsprozess gilt bundesweit als ein Good Practice kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien und deren Umsetzung. Bereits seit den Agenda 21-Prozessen nach der Rio-Konferenz 1992 gibt es umfangreiches zivilgesellschaftliches Engagement für nachhaltige Entwicklung in der Kommune. 1996 unterzeichnete Freiburg die Charta von Aalborg, die den Kommunen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung von Nachhaltigkeit zuschreibt, 2006 wurde deren Fortschreibung unterzeichnet, die „Aalborg Commitments“, womit in Freiburg der Startpunkt eines partizipatorischen Zielsetzungsprozesses gesetzt wurde. In Erweiterung der Aalborg-Commitments wurden zwölf übergreifende Politikfelder mit jeweils fünf gleichrangigen Zielen formuliert und 2009 verabschiedet. 2012 wurde in Freiburg der „Nachhaltigkeitskompass“ als Steuerungsinstrument im Nachhaltigkeitsprozess verabschiedet. Im Jahr 2014 wurde der erste Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt.
Auswahl aus Wettbewerb Deutscher Nachhaltigkeitspreis	Die Jury des Deutschen Nachhaltigkeitspreises hat ihre Entscheidung für Freiburg als nachhaltigste Großstadt Deutschlands 2012 damit begründet, dass die Nachhaltigkeitsorientierung hier strukturell durch das eigene Zielsystem, die Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement beim Oberbürgermeister und einer einzigartigen Beiratsstruktur verankert sei. Darüber hinaus wurden die vorbildlichen Baustandards hervorgehoben. Ebenso wurde das Recycling- und Verkehrskonzept gelobt. Freiburg wurde auch im Rahmen des BMBF-Wettbewerbs „Zukunftsstadt“ ausgewählt und gefördert, inzwischen auch für die zweite Phase (ab 2017).
Zeitleiste	Seit 1992: zahlreiche Initiativen im Rahmen des Agenda 21-Prozesses in der Stadt, 1996: Unterzeichnung der Charta von Aalborg, 2006: Fortschreibung des Prozesses mit den Aalborg-Commitments ist Anstoß eines neuen partizipatorischen Zielsetzungsprozesses, 2007: Freiburg gibt sich das Label „Green City“, 2009: Zwölf Politikfelder mit fünf gleichrangigen Zielen werden verabschiedet, 2011: Gründung der Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement als Koordinations- und zentrale Steuerungsstelle, direkt dem OB unterstellt, 2012: Auszeichnung mit dem DNP, 2014: 1. Freiburger Nachhaltigkeitsbericht, 2015-2016: Visionsentwicklung im Rahmen des BMBF-Wettbewerbs Zukunftsstadt, Auswahl für die zweite Phase (Beginn ab Anfang 2017).
Initiator/ Koordinator	Stadt Freiburg, Zivilgesellschaftliche Organisationen in der Stadt aus den Agenda 21-Prozessen (z.B. urbane Gärten in Freiburg Vauban, fesa e.V., ecotrinova e.V. als Impulsgeber und später immer stark integrierte Akteure bei den zunehmenden kommunalen Nachhaltigkeitsaktivitäten).
Weitere Unterstützer	„Leistungszentrum Nachhaltigkeit Freiburg“ (Allianz der Universität Freiburg und allen fünf Fraunhofer Instituten in Freiburg, in Kooperation mit Unternehmen), Cluster „Green City Freiburg“ (Unternehmensnetz-

	werk/Technologiezentrum Umwelt- und Solarwirtschaft: Unternehmen, Wissenschaft)
Ziele	<p>Die Ziele der verschiedenen Nachhaltigkeitsaktivitäten in Freiburg sind vielfältig. Als übergreifendes Instrument stellt der Freiburger Nachhaltigkeitskompass ein Steuerungsinstrument dar, das auf Wirkungsmessung nachhaltiger Entwicklung und vor allem darauf zielt, das Engagement der Bürgerschaft sowie der Politik und Verwaltung in zahlreichen Projekten und Initiativen sichtbar zu machen.</p> <p>Die Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement beim Oberbürgermeister der Stadt soll dem Ziel dienen, „diese städtische Nachhaltigkeitsorientierung weiter auszubauen, die bisherigen Erfahrungen zu bündeln und daraus neue Kompetenzen für die vielfältigen Herausforderungen zu gewinnen“⁴.</p>
Inhalte	<p>Im Jahr 2012 wurde der „Nachhaltigkeitskompass“ als Instrument zur wirkungs- und beteiligungsorientierten Umsetzung der Ziele verabschiedet.</p> <p>Im gleichen Jahr wurde die Stadt Freiburg als Deutschlands nachhaltigste Großstadt mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet. Dieser Linie möchte Freiburg auch bei der Teilnahme am Wettbewerb Zukunftsstadt treu bleiben. Nachhaltige Entwicklung wird als Beteiligungsprozess verstanden, der nicht ohne die Ideen der Bevölkerung auskommt, was durch verschiedene Beteiligungsformate zwischen Stadtverwaltung, Bürgerschaft und Wissenschaft angestoßen und gefördert werden soll.</p> <p>Hier sollen bestehende Prozesse im Bereich Nachhaltigkeit aufgegriffen werden und die Bedürfnisse der Bürger neu ermittelt werden und abschließend eine ganzheitliche Vision für „Freiburg 2030N“ zu entwickeln</p>
Organisation/ Gremien	<p>Der Prozess ist organisatorisch in mehreren Gremien verankert:</p> <p>Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement beim OB der Stadt Freiburg (seit 2011)</p> <p>Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit in der Stadtverwaltung (dezernatsübergreifende Vernetzung, Ideenanstoß)</p> <p>Nachhaltigkeitsrat Freiburg, unter Vorsitz des OB, Mitglieder des Gemeinderats, Verwaltung und BürgerInnen</p> <p>Gemeinderat Freiburg</p> <p>Fachliche Umsetzung mit zahlreichen Projekten und Aktivitäten.</p> <p>Formate zum Dialog zwischen den Zielgruppen: gesamtstädtischer Ideenwettbewerb, Zukunftskonferenz mit Kindern und Jugendlichen, UnternehmerInnen-Workshop und Zukunftsdialo g mit Wissenschaft und Bürgerschaft.</p>
Zielgruppen	Zivilgesellschaftliche Organisationen, Stadtverwaltung und Lokalpolitik (als Haupttreiber), Bürgerschaft (im Rahmen des Prozesses beteiligt), Wissenschaft, Unternehmen
Rolle der Zivilgesellschaft	Die lange Tradition der zivilgesellschaftlichen Initiativen in der Stadt (Protestbewegungen in den 1970er Jahren, Organisationen/Vereine in der Agenda 21 zu Beginn der 1990er) wird betont, sie werden mit dem Beginn des aktiven Handelns der Stadt (Charta von Aalborg) ebenso wie die BürgerInnen von Anfang an aktiv eingebunden. Die Zivilgesellschaft

⁴ http://www.freiburg.de/pb/_Lde/206068.html

	hat somit auch als Initiator des Nachhaltigkeitsprozesses eine herausgehobene Rolle.
Handlungsfelder	Bauen (Passivhausstandard, Niedrigenergiebauweise), Mobilität (Rad-Vorrang-Route, Parkraumbewirtschaftung, Stadt der kurzen Wege), Cluster „Green City“: Nachhaltige Entwicklung und Bürgerbeteiligung
Besondere Stärken	Partizipatorischer Prozess mit langer Tradition, insbesondere auch lange Tradition des bürgerschaftlichen Engagements (Agenda 21), Einrichtung einer Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement und vergleichsweise hoher Anspruch der Nachhaltigkeitsstrategie (Quantifizierte Indikatoren/1. Nachhaltigkeitsbericht liegt vor). Gelungene Kopplung zwischen bürgerschaftlichen Initiativen, Beteiligung der BürgerInnen (z.B. beim Nachhaltigkeits-Zielsetzungsprozess) und den städtischen Nachhaltigkeitsinitiativen.
Förderung/Sponsoring, soweit erkennbar	Deutscher Nachhaltigkeitspreis: 35.000 € (Förderer: Allianz Umweltstiftung, laut DNP 2017)
Ansprechperson	Mareike Rehl Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement Freiburg Kontakt: mareike.rehl@stadt.freiburg.de
Quellen	https://www.nachhaltigkeitspreis.de/app/uploads/2014/03/dnpsg2012_kurzbegrueundung_freiburg_pt.pdf http://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E442127722/533235/A4Folder_Nachhaltigkeit.pdf http://www.freiburg.de/pb/,Lde/206068.html http://www.freiburg.de/pb/,Lde/631777.html https://zukunftsstadt.freiburg.de/freiburg/de/home

Name	InnovationCity Ruhr, Modellstadt Bottrop – Sonderpreis Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2013
Lage/ Größe	Bottrop, Nordrhein-Westfalen, Deutschland Einwohner: 116.442 (Stand 28. Juni 2016, Quelle: Bottrop 2016)
Kurzbeschreibung	Die InnovationCity Ruhr, Modellstadt Bottrop als Test- und Experimentiergebiet wurde im Jahr 2010 gestartet. Ein Teil des Stadtgebiets von Bottrop im Ruhrgebiet wurde im Rahmen eines Wettbewerbs des Initiativkreises Ruhr (Zusammenschluss zahlreicher Unternehmen) zum Klimaschutz der Zukunft in zwei Phasen ausgewählt. Im ausgewählten Modellgebiet in Bottrop werden bis 2020 zahlreiche Projekte mit großer Bandbreite der adressierten Bereiche umgesetzt. Zentraler Akteur zur Koordinierung ist die eigens gegründete InnovationCity Management GmbH (ICM). Im Pilotgebiet sollen bis zum Abschluss ca. 350 Einzelprojekte durchgeführt werden, von denen viele wissenschaftlich begleitet werden bzw. als transformative Forschungsprojekte angelegt sind. Während der gesamten Laufzeit wurde zudem in mehreren Stufen eine wissenschaftliche Begleitung durchgeführt, die den Transformationsprozess unterstützt und die angestoßenen Systeminnovationen in den Blick nimmt.
Auswahl aus Wettbewerb Deutscher Nachhaltigkeitspreis	Betont wurde von der Jury insbesondere der exemplarische Ansatz der InnovationCity. Als „besonders auszeichnungswürdig“ ist dabei „die Kooperation zwischen Industrie, Wissenschaft sowie den lokalen Handwerkern, Energieberatern und Architekten“ angesehen worden. Weil „bisher weltweit kein Stadtteil dieser Größenordnung im Bestand zur Klimastadt der Zukunft umgebaut und ein solcher Lernort geschaffen worden sei“, finde das Projekt auch international Anerkennung. ⁵
Zeitleiste	2009: Vorprojekt „CO ₂ -arme Metropole Ruhr 2050“; 2010: Wettbewerb „Klimastadt der Zukunft“; 2011: Gründung ICM sowie erste Vorstudie wissenschaftliche Begleitforschung; 2012: Masterplanentwicklung; 2013: formale Umsetzung Masterplan; 2014 und 2015: Implementierungsphase mit institutionalisierter Begleitforschung; Juli 2016: Beginn der Konzeptphase für Rollout auf 20 weitere Quartiere im Ruhrgebiet
Initiator/ Koordinator	Gründung: Initiativkreis Ruhr, Koordinator: InnovationCity Management GmbH (ICM)
weitere Unterstützer	Enge Kooperation mit der Stadtverwaltung Bottrop, Industrie (Projektisch, Gesellschafter der ICM, Industriebeirat, Initiativkreis Ruhr, (lokale Unternehmen) sowie Wissenschaft (Begleitforschung, wiss. Beirat).
Ziele	Die große Zahl an bereits durchgeführten und laufenden Einzelprojekten verfolgt eine ebenso große Bandbreite spezifischer Ziele (vgl. Bereiche). Für die InnovationCity wurde übergreifend das ehrgeizige Ziel der Reduktion von CO ₂ -Emissionen des Pilotgebiets um 50 % bis zum Jahr 2020 formuliert. Zudem sollen die dezentrale regenerative Energieerzeugung stark erhöht und die Standort-, Wohn- und Lebensqualität gesteigert

⁵https://www.bottrop.de/guiapplications/newsdesk/publications/InnovationCity_Management_GmbH/113010100000142167.php?mode=pdf

	werden.
Inhalte	<p>Zu unterscheiden ist die Ebene des Gesamtprojekts InnovationCity und die der 350 Einzelprojekte im Pilotgebiet in Bottrop mit einer großen Bandbreite von Bereichen, die bis 2020 durchgeführt werden sollen. Inhalte des hier fokussierten Gesamtprojekts sind: Koordinierung und Steuerung des Gesamtprozesses durch ICM, Erstellung eines Masterplans klimagerechter Stadtumbau, Beteiligung von BürgerInnen, Informations- und Beratungsangebote, Öffentlichkeitsarbeit.</p> <p>Die wissenschaftliche Begleitforschung umfasst: 1) Koordinierungsstelle „Wissenschaftliche Begleitforschung“ und wissenschaftlicher Beirat. 2) Wissenschaftliche Begleitung des Masterplanprozesses. 3) Zusammenführen von Stakeholdern, um Projekte anzustoßen (Matching). 4) Transfer von Erfolgsfaktoren. 5) Empirische Analyse des Transformationsprozesses.</p> <p>Ziel ist, die Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung auszuwerten, aufzubereiten und zu transferieren (Transformationsprozess wissenschaftlich unterstützten, Lernprozess, Richtungssicherheit der Maßnahmen).</p> <p>Dadurch stehen zudem Auswertungen zum Prozess der InnovationCity und den Wirkungen zur Verfügung. Die Maßnahmen wurden in einer Zwischenbilanz im Jahr 2015 auch hinsichtlich ihrer CO₂-Einsparungen bewertet.</p>
Organisation/ Gremien	<p>Masterplan „klimagerechter Stadtumbau“ als zentrales Dokument: umfasst Leitbild und Projektbeschreibungen zu 350 Projekten in der InnovationCity, 2014 Beschluss im Stadtrat, das Leitbild im Masterplan im Pilotgebiet für die allgemeine Stadtentwicklung zu berücksichtigen; „Zentrale Vorgabe ist es die Grundsätze des Masterplans in der Abwägung zur Aufstellung von Bauleitplänen und anderen kommunalen Fachplanungen zu berücksichtigen (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB) und in das städtebauliche Entwicklungskonzept einzubinden“ (Fischedick et al. 2015).</p> <p>Beteiligung von BürgerInnen auf unterschiedlichen Stufen; Einrichtung eines regelmäßig tagenden Projektstischs mit ICM, Stadtverwaltung, Industrie, Wissenschaft; Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirats</p>
Zielgruppen	<p>Industrie, BewohnerInnen des Pilotgebiets über mehrere der Einzelprojekte sowie Energieberatungen der ICM (primär Hauseigentümer), weitere Kommunen (insbesondere im Zuge des Rollouts auf weitere 20 Pilotquartiere in 17 Kommunen im Ruhrgebiet).</p>
Rolle der Zivil- gesellschaft	<p>Es wurden laut Hunecke und Best (2015) zwei Formen der Beteiligung im Rahmen von über 140 Veranstaltungen in Bottrop verfolgt: einerseits primär informative Veranstaltungen (Themenabende, Beratungen) sowie andererseits auch Formate, in denen BürgerInnen ihr Wissen einbringen konnten (z.B. Bürger- und Quartierswerkstätten).</p> <p>Insbesondere der Masterplan sollte demnach partizipativ angelegt werden (Auftraktkonferenz, fünf Quartierswerkstätte, Planungswerkstatt für lokale Wirtschaft).</p> <p>Im Rahmen eines der Einzelprojekte (SusLabNWE) wurden BürgerInnen im Rahmen des Sustainable LivingLab-Ansatzes in die Entwicklung und Erprobung nachhaltiger Produkt-Dienstleistungs-Systeme einbezogen (Liedtke et al. 2015a). Damit wurde Haushalten im Pilotgebiet im Rahmen einer freiwilligen Teilnahme die Mitgestaltung an einem aktorsin-</p>

	tegrierten transformativen Forschungsprozess ermöglicht.
Handlungsfelder	Große thematische Bandbreite der Projekte: Wohnen, Arbeiten, Energie, Mobilität, Stadt, Aktivierung der BürgerInnen über z.B. Energieberatung
Besondere Stärken	Breite Beteiligung verschiedener Stakeholder (Wirtschaft, BürgerInnen, Stadtverwaltung), Beratungsangebot der ICM (stationär und Haus-zu-Haus Beratungen), wodurch eine vergleichsweise hohe Zahl der Menschen in Bottrop erreicht und auch für Projekte gewonnen werden konnte. Gesteigerte Sanierungsquote Vergleichsweise hohe Bekanntheit der ICM in Bottrop und positive Wahrnehmung (Baedeker et al. 2017)
Förderung/Sponsoring, soweit erkennbar	Deutscher Nachhaltigkeitspreis: 35.000 € (Förderer: Allianz Umweltstiftung, laut DNP 2017)
Ansprechperson	InnovationCity Management GmbH Zentrum für Information und Beratung (ZIB) Kontakt: info@icruhr.de
Quellen	http://www.icruhr.de/fileadmin/media/downloads/Zwischenbilanz/Zwischenbilanz_v1_db.pdf http://www.icrollout.de/wp-content/uploads/2017/01/ICR_Broschüre_Final_web.pdf Baedeker, C., Hasselkuß, M., & Buhl, J. (2017). Actor and network analysis. In <i>Living Labs</i> (pp. 191-203). Springer International Publishing. Liedtke, C., Baedeker, C., Hasselkuß, M., Rohn, H., Grinewitschus, V. (2015a). User-integrated innovation in Sustainable LivingLabs: an experimental infrastructure for researching and developing sustainable product service systems. <i>Journal of Cleaner Production</i> , 97, 106–116 (2015). doi: 10.1016/j.jclepro.2014.04.070. Fischedick, M., Venjakob, J., Unger, G., Werbeck, N., Danielzyk, R., Rehfeld, D. (2015): SWOT-Analyse zum InnovationCity-Prozess und Handlungsfähigkeit kommunaler Akteure. In: IC Ruhr Modellstadt Bottrop (Hrsg.): Zwischenbilanz. Kurzanalysen des Wissenschaftsbeirats zur Zwischenbilanz der Innovation-City Ruhr Modellstadt Bottrop, November 2015, 13-18. http://www.icruhr.de/fileadmin/media/downloads/Zwischenbilanz/Zwischenbilanz_v1_db.pdf

4.3 Wettbewerb „European Green Capital Award“

Name	Essen – Europäische Umwelthauptstadt 2017
Lage/ Größe	Essen, Nordrhein-Westfalen, Deutschland Einwohner: 589.484 (Stand 31. März 2017, Quelle: Amt für Statistik Essen 2017)
Kurzbeschreibung	Mit der Stadt Essen erhält im Jahr 2017 erstmals eine Stadt der Montanindustrie den Green Capital Award. Ihre Entwicklung steht beispielhaft für die Transformation einer Kohle- und Stahlstadt zu einer grünen Stadt mit hoher Lebensqualität. Damit kann sie Vorbild für viele weitere Städte Europas werden, die sich in einem ähnlichen Strukturwandel befinden.
Auswahl aus Wettbewerb European Green Capital Award	Neben der Vorreiterrolle Essens als eine sich in Richtung Nachhaltigkeit transformierende Industriestadt, hob die Jury die überregionale Bedeutung der Stadt in der Metropole Ruhr und den ganzheitlichen Ansatz hervor.
Zeitleiste	Die Auszeichnung schließt an eine Entwicklung an, die bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der errichteten Gartenstadt Margarethenhöhe beginnt. 1929: „Große Ruhrländische Gartenbau-Ausstellung“ (GRUGA), die Flächen werden heute noch als innerstädtischer Naherholungsraum genutzt. 2001: Auszeichnung als Kulturhauptstadt Europas, stellvertretend für das gesamte Ruhrgebiet sowie Ernennung Zeche Zollverein zum UNESCO-Welterbe. 2014: Entwurf integrierter Strategien für Essen: „Stadt begegnet Klimawandel. Dokumentation des Bundesmodellvorhabens StadtklimaExWoSt und Entwurf eines Strategie- sowie Maßnahmenkonzepts zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels.“
Initiator/ Koordinator	Zentrale Organisation: Projektbüro Grüne Hauptstadt Europas – Essen 2017 Umweltdezernentin Simone Reskob Projektträger: Stadt Essen
weitere Unterstützer	Öffentliche Förderer: BMUB, MBWSV NRW, MUNLV NRW Hauptsponsoren: Innogy, ista, Nissan Premiumsponsoren: Deutsche Bahn, Sparkasse Essen Partner: Emschergenossenschaft, Regionalverband Ruhr (RVR), Runder Umwelt-Tisch Essen (RUTE) Projektbeteiligte: Transition Town – Essen im Wandel, Slow Food Convivium Essen, Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Essen e.V., Klimawerkstatt Essen, Biologische Station Westliches Ruhrgebiet, NABU Ruhr e.V. - Regionalverband für Essen und Mülheim u.v.m.
Ziele	Das Essen von Morgen soll eine soziale, klimafreundliche, kohlenstoffarme, resiliente und lebenswerte Stadt mit hoher Lebensqualität sein (vgl. Vision: Die Reise in das Essen von Morgen). Die Stadt soll zeigen, dass ökonomisches und ökologisches Wachstum miteinander einhergehen können. Das übergeordnete Ziel von Essen als Umwelthauptstadt lautet: „Men-

	<p>schen zusammenbringen, Wissen teilen, voneinander lernen, Identifikation schaffen“. Die CO₂ Emissionen sollen bis 2020 um 40 % gesenkt werden (gegenüber 1990). Ein „Grüne Wege Netz“, Umstellungen im ÖPNV und neue Zielwerte für die Bereiche Luftqualität und Qualität der akustischen Umgebung sollen umgesetzt werden. Im Verkehrsbereich soll der Modal Split ÖPNV, motorisierter Individualverkehr, Radwege, Fußwege bis 2035 auf bei je 25 % liegen, wozu u.a. Radverkehrswege und das ÖPNV-Angebot ausgebaut werden sollen (Reutter und Müller 2016). Bis 2050 soll ein Drittel der Stromversorgung durch Solarenergie gedeckt werden und der Gesamtenergieverbrauch der Stadt soll fortlaufend gemindert werden.</p>
Inhalte	<p>Gerade Lösungsvorstellungen für eine Zukunft als lebenswerte Stadt wurden herausgestellt, etwa der Emscherumbau mit dem Projekt „Essen. Neue Wege zum Wasser“.</p> <p>Die Bürgerbeteiligung zeigt sich bereits vor Beginn des Jahres als Umwelthauptstadt an mehr als 260 Vorschlägen für Bürgerprojekte, die bei der Ideenbörse „Meine Ideen, Meine Projekte, Meine grüne Hauptstadt“ eingereicht wurden.</p>
Organisation/ Gremien	<p>Zu fünf Themenfeldern (s. Handlungsfelder) werden verschiedene Aktionen, Workshops und Veranstaltungen durchgeführt, bspw.: Ernteaktionen, gemeinsame Fahrradtouren, Herausgabe von „heimatgrün – das Magazin der Grünen Hauptstadt Europas – Essen 2017“; die App „greenApes“, welche Tipps und Tricks für mehr Nachhaltigkeit bereit hält und die Möglichkeit bietet, Punkte für ein Belohnungssystem zu sammeln.</p> <p>Verabschiedung politischer Programme, bspw. Strategie zur Klimaanpassung, Vorhaben zur Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie, Fortschreibung Abfallwirtschaftskonzeptes, Ausbau der Förderung von Forschung und Entwicklung in der Green Economy sowie Strategie „Essen.2030“ für eine zukunftsfähige Stadt.</p>
Zielgruppen	<p>Bevölkerung in Essen, weitere europäische Städte (Vorbildcharakter)</p>
Rolle der Zivilgesellschaft	<p>Das Motto der Umwelthauptstadt 2017 „Menschen zusammenbringen, Wissen teilen, voneinander lernen, Identifikation schaffen“ spiegelt sich in zahlreichen Bürgerprojekten und zivilgesellschaftlichen Initiativen wieder, die auf der Online-Plattform der Grünen Hauptstadt Europas aufgelistet sind.⁶ Zudem werden die BürgerInnen über verschiedene Infobroschüren und -medien (Kampagne „Erlebe DEIN grünes Wunder“⁷) sowie Mitmach-Aktionen direkt adressiert.</p> <p>Die zahlreichen Vorschläge für Bürgerprojekte unterstreichen die Rolle der BürgerInnen auch als Initiator von Projektideen.</p>
Handlungsfelder	<p>Meine Wege – nachhaltige Mobilitätsformen Meine Flüsse – grüne und blaue Infrastrukturen dank Emscher und Ruhr Mein Grün – Parkanlagen und Grünflächen (Gemeinschaftliche & Private) Mein Einkauf – nachhaltiger Konsum im Alltag Meine Zukunft – Jobs, Ausbildungen und Bildung zu Umweltthemen</p>
Besondere Stärken	<p>Beeindruckendes Netzwerk an Förderern, Projektpartnern und – beteiligten, forcierte Einbindung von Bürgerprojekten und eine</p>

⁶ https://www.essengreen.capital/projekte_ghe/buergerprojekte/auflistung_buergerprojekte.de.html

⁷ https://www.essengreen.capital/essen_2017/erlebe_dein_gruenes_wunder_/Kampagne.de.html

	professionelle, auf BürgerInnen zugeschnittene Öffentlichkeitsarbeit.
Förderung/ Sponsoring, soweit erkennbar	Sponsoring durch Haupt- (Innogy, ista, Nissan) und Premiumsponsoren (Deutsche Bahn, Sparkasse Essen)
Ansprech- person	Jennifer Röder Projektbüro Grüne Hauptstadt Europas – Essen 2017 Kontakt: info@egc2017.essen.de Markus Pließnig Pressebüro Grüne Hauptstadt Europas – Essen 2017 Kontakt: media@egc2017.essen.de
Quellen	https://www.essengreen.capital/ https://media.essen.de/media/egc2017media/egc2017_dokumente/ghe_flyer.de.pdf https://media.essen.de/media/egc2017media/egc2017_dokumente/ghe_imagebroschuere.de.pdf https://www.essen.de/meldungen/pressemeldung_1043910.de.html https://media.essen.de/media/egc2017media/egc2017_bilder/grafiken_2/12_ziele_poster.de.pdf

Name	Hamburg – Europäische Umwelthauptstadt 2011
Lage/ Größe	Stadtstaat Hamburg, Deutschland Einwohner: 1.860.759 (Stand 31. Dez. 2016, Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2017)
Kurzbeschreibung	Hamburg hat sich als Europäische Umwelthauptstadt beworben und durfte 2011 ein Jahr lang den Titel tragen. Im Anschluss daran wurde ein neues Umweltprogramm verabschiedet in dessen Mittelpunkt drei Leitlinien stehen: 1) die Energiewende aktiv vorantreiben und zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen, 2) Lebensqualität erhalten und verbessern, 3) Weiterentwicklung als grüne Stadt am Wasser vorantreiben. Vor dem Hintergrund des Pariser Klimaabkommens vom 12.12.2015 ist im Dezember 2015 der aktuelle Hamburger Klimaplan verabschiedet worden.
Auswahl aus Wettbewerb European Green Capital Award	International konnte Hamburg mit der Bewerbung als Umwelthauptstadt überraschen, war die Stadt doch primär bekannt als Industriestandort und Verkehrsknotenpunkt. Die Jury begründete ihre Entscheidung folgendermaßen: „Hamburg hat in den vergangenen Jahren große Leistungen erbracht und auf der ganzen Bandbreite exzellente Umweltstandards erreicht. [...] Die Stadt hat sehr ehrgeizige Pläne, die zusätzliche Verbesserungen versprechen“ ⁸
Zeitleiste	1978: Gründung der „Behörde für Bezirksangelegenheiten, Naturschutz und Umweltgestaltung“ als Grundstein für die heutige Umweltpolitik, 2011: Auszeichnung: European Green Capital Award, 2013: Umweltprogramm: Hamburg bis 2015: grüner, gerechter, stärker, 2014: Hamburger Aktionsplan zur Unterstützung der UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung", 2015: Hamburger Klimaplan
Initiator/ Koordinator	Stadt Hamburg Zentrale Organisation: Behörde für Stadtentwicklung und Umweltschutz (BSU); seit 2015 aufgeteilt in: Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen sowie die Behörde für Umwelt und Energie
Weitere Unterstützer	Die Naturschutzjugend (NAJU) veranstaltete im September 2011 einen Jugendumweltgipfel. Siemens und Deutsche Bahn waren finanzielle Unterstützer.
Ziele	Im Rahmen der Bewerbung als Umwelthauptstadt formulierte Hamburg ehrgeizige Ziele: die Treibhausgase sollten bis 2020 um 40 % verringert werden (ausgehend von 1990), der Fahrradverkehr von zwölf (im Jahr 2008) auf 18 % erhöht werden und die Stadtentwicklung auf ein Binnenwachstum der Stadt abzielen um einer Zersiedelung entgegen zu wirken. Übergeordnetes Thema war die Steigerung der Lebensqualität für die Bewohner der Stadt.
Inhalte	Das Jahr 2011 stand unter dem Motto: „Hamburg, lernende Stadt der Zukunft“. Die BürgerInnen sollten durch zahlreiche Veranstaltungen zum Mitmachen bewegt werden und Hamburg sollte als nachhaltige Metropole Städten in ganz Europa zeigen, dass eine nachhaltige Entwicklung im Einklang von Wirtschaftsentwicklung und Umweltschutz möglich ist.
Organisation/ Gremien	Insgesamt wurden sieben Umweltdialoge ausgerichtet, in denen 1.500 Hamburger die Chance hatten über die Zukunft der Stadt und nachhalti-

⁸ www.hamburg.de/contentblob/3015072/.../pdf-katalog-umwelt-hat-geschichte.pdf

	ge Umweltpolitik zu diskutieren. Weitere Veranstaltungsformate waren der „Zug der Ideen“, ein Jugendumweltgipfel, die Hamburger Klimawoche, ein Umweltrechtskongress, Umwelttouren sowie die Messe für nachhaltigen Konsum. Des Weiteren wurden Umweltpartnerschaften mit Unternehmen geschlossen und BürgerInnen waren aufgefordert an der Aktion „Klimaathleten“ (einem Wettbewerb für mehr Ressourceneffizienz) teilzunehmen. Durch die Bereitstellung von Fördermitteln konnten kleine, regionale Projekte für mehr Umweltschutz unterstützt werden.
Zielgruppen	Bevölkerung in Hamburg (gemeinsames Verbessern der Lebensqualität), sowie weitere europäische Städte (Vorbildcharakter). Der „Zug der Ideen“ bereiste von Hamburg aus ganz Europa um Impulse zur Stadt der Zukunft in 17 weitere europäische Städte zu bringen („train of ideas“).
Rolle der Zivilgesellschaft	Ein Ziel der Stadt im Rahmen des Umwelthauptstadtjahres 2011 war es, die Partizipation der Bürgerschaft und die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure mit Hilfe zahlreicher Aktionen und Projekte (Umweltdialoge, Aktion Klimaathleten) zu stärken.
Handlungsfelder	Fünf Kernthemen: 1) Mobilität, 2) Energie und Klima, 3) Stadtgrün und Natur, 4) Wohnen und Stadtentwicklung, 5) Ressourcenschutz und Wirtschaften
Besondere Stärken	Einbezug der BürgerInnen und zivilgesellschaftlicher Akteure durch Aktionen und Projekte (s.o.) und Verbreitung durch „Zug der Ideen“. Verkehrsminderung durch „Stadt der kurzen Wege“ z.B. im Rahmen des größten europäischen Stadtentwicklungsprojekts „Hafen City“ (Reutter und Müller 2016).
Förderung/Sponsoring, soweit erkennbar	Sponsoring durch Premiumpartner (DB, Siemens) und weitere Unterstützer (u.a. Panasonic, Otto Group, Globetrotter)
Ansprechperson	Jens Kerstan Behörde für Umwelt und Energie Kontakt: info@bue.hamburg.de Dr. Dorothee Stapelfeldt Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Kontakt: info@bsw.hamburg.de
Quellen	http://www.urbanista.de/wp-content/uploads/2014/07/Umwelthauptstadt_Broschuere.pdf http://www.hamburg.de/contentblob/3529414/488c872aa7f8c43e8c769d7968c2898a/data/umweltprogramm-2012-2015.pdf http://www.hamburg.de/contentblob/3015072/3d922c48822f4474aae9d68898e51d1b/data/pdf-katalog-umwelt-hat-geschichte.pdf http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/winning-cities/2011-hamburg/index.html http://www.hamburg.de/contentblob/3010212/821bffdc08a46b619cfd1992a87cdb46/data/uhh-magazin.pdf http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/1198128/2009-02-23-bsu-umwelthauptstadt/ http://www.abendblatt.de/hamburg/article108195544/Ein-Jahr-europaeische-Umwelthauptstadt-Hamburg.html http://www.abendblatt.de/hamburg/article108195497/Verbaende-

[Hamburg-hat-als-Umwelthauptstadt-versagt.html](http://www.urbanista.de/wp-content/uploads/2014/07/Umwelthauptstadt_Broschuere.pdf)
http://www.urbanista.de/wp-content/uploads/2014/07/Umwelthauptstadt_Broschuere.pdf
<http://www.hamburg.de/contentblob/3529414/488c872aa7f8c43e8c769d7968c2898a/data/umweltprogramm-2012-2015.pdf>
<http://www.hamburg.de/contentblob/3015072/3d922c48822f4474aae9d68898e51d1b/data/pdf-katalog-umwelt-hat-geschichte.pdf>
<http://www.hamburg.de/contentblob/3010218/847d0fdb82a0ecb8ec3d24f241fcdc18/data/2011-06-u-magazin.pdf>
<http://bund-hamburg.bund.net/index.php?id=18789>
https://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article13758821/Vernichtendes-Urteil-ueber-Umwelthauptstadt.html
Reutter, O., Müller, M. (2016): Benchmark: Klimaschutz im Stadtverkehr.
In: Raumplanung, Heft 184, 39–45.

Name	Kopenhagen – Europäische Umwelthauptstadt 2014
Lage/ Größe	Kopenhagen, Region Hovedstaden, Dänemark Einwohner: 591.481 (Stand 2016, Quelle: Danmarks Statistik)
Kurzbeschreibung	Kopenhagen gilt als grüne Metropole, da die Stadt von Wasser umgeben ist und einen hohen Anteil von Parks und Grünflächen aufweist. Die einzigartige Infrastruktur für den Fahrradverkehr wird täglich von 55 % der Bevölkerung genutzt. Im Jahr 2008 wurde das U-Bahnsystem als „best metro in the world“ ausgezeichnet. Gleichzeitig gilt Kopenhagen als Pionier für grünes Wirtschaften und Umweltverträglichkeit. Eine zentrale Rolle in Kopenhagens Stadtentwicklung spielt der städtische Klimaschutzplan. Bereits in Folge der ersten Fassung 2009 konnten erhebliche Einsparungen im Bereich der Ressourcenverbräuche und CO ₂ -Emissionen erreicht werden.
Auswahl aus Wettbewerb European Green Capital Award	Die Jury zur Auswahl der Umwelthauptstadt 2014 zeigte sich besonders von den Bestrebungen beeindruckt, grüne Wirtschaftsformen weiter auszubauen. Ebenfalls hervorgehoben wurden die Public-Private Partnerships, in denen die Kommune mit Unternehmen, Universitäten und der Zivilgesellschaft Themen wie Öko-Innovationen und nachhaltige Beschäftigungsmodelle vorantreibt.
Zeitleiste	2008: Auszeichnung des Metro-Systems in der Stadt, 2009: erster Klimaschutzplan, 2012: Aktualisierung des Klimaplanes, 2014: Auszeichnung World Smart Cities Award, 2014: Auszeichnung European Green Capital Award
Initiator/ Koordinator	Behörde „State of Green“: Dänisches Ministerium für Klima, Energie und Bauen, Dänisches Ministerium für Umwelt, Verband der dänischen Industrie, Dänischer Energieverband, Dänischer Landwirtschaft- und Nahrungsmittelrat, Dänischer Windenergieverband Stadt Kopenhagen: Initiator Klima-Aktionsgruppe „Sharing Copenhagen“
weitere Unterstützer	Lokale Unternehmen, NGOs (zahlreiche Public-Private Partnerships)
Ziele	Die zentralen Ziele, die in Kopenhagens Klimaschutzplan verankert sind und im Rahmen der Bewerbung als Umwelthauptstadt formuliert worden sind, umfassen die Reduktion von CO ₂ -Emissionen und die Steigerung der Lebensqualität. Das wohl ehrgeizigste Ziel ist der Anspruch, bis 2025 die weltweit erste CO ₂ -neutrale Stadt zu werden. Gleichzeitig soll erreicht werden, dass bis 2015 80 % der Bevölkerung mit dem Leben in der Stadt zufrieden sind.
Inhalte	Es sollte gezeigt werden, dass Wachstum und steigende Lebensqualität keinen Gegensatz zu einer Verringerung der CO ₂ -Emissionen und einer Auseinandersetzung mit weiteren ökologischen Herausforderungen darstellen.
Organisation/ Gremien	Im Jahr 2014 als Umwelthauptstadt stehen die Bewohner Kopenhagens im Vordergrund, die Maßnahmen zielen neben Umwelt- und Klimaschutz auf die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität im urbanen Raum ab. Um den Austausch mit anderen europäischen Städten zu fördern, wurde die Initiative „Sharing Copenhagen 2014“ ins Leben gerufen. Erfahrungen und Good Practice-Beispiele sollten diskutiert werden, um die Um-

	<p>weltagenden der Städte voranzutreiben.</p> <p>Um internationale Akteure aus Wissenschaft und Politik einzubinden fanden wegweisende Klimakonferenzen (ESOF u. IPCC) 2014 in Kopenhagen statt.</p> <p>Zwischenetappen auf dem Weg zur CO₂-neutralen Stadt bis 2025 liegen im Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, intelligenter Verkehrssteuerung und der Steigerung des Radverkehrs von 55 (2009) auf 70 % (2015) (Anteil, der täglich das Fahrrad nutzt). Begleitet werden soll dieser Prozess zusätzlich von einer Weiterentwicklung grüner Technologien, bspw. urbaner Solaranlagen. Zur Steigerung der Lebensqualität gehören Verbesserungen im Bereich Lärmschutz, Luftreinhaltung, Bereitstellung von Biolebensmitteln (insb. in der öffentlichen Infrastruktur), Umwandlung von Parkplätzen in Grünflächen und die Steigerung der urbanen Biodiversität.</p>
Zielgruppen	Bevölkerung in Kopenhagen, weitere europäische Städte (Vorbildcharakter)
Rolle der Zivilgesellschaft	<p>Zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft wurden im Rahmen des auf Bürgerbeteiligung abzielenden Programmes Sharing Copenhagen 2014 zahlreiche Events und Konferenzen, bspw. Webkonferenzen, veranstaltet, sowie verschiedene Social Media Formate genutzt.</p> <p>Einige Projekte, die im Rahmen der Bewerbung zur Umwelthauptstadt entstanden sind, wären ohne bürgerschaftliches Engagement nicht möglich gewesen. Ein prominentes Beispiel ist die Sanierung des Hafenufers Islands Brygge zu einem ‚grünen‘ Hafenbad, bei dem die BürgerInnen selbst aktiv am Umbau beteiligt waren.</p>
Handlungsfelder	<p>Fünf Hauptthemen:</p> <p>Die Stadt der Zukunft</p> <p>Ressourceneffizienz</p> <p>Wasser</p> <p>Grüne Mobilität</p> <p>Klima</p> <p>CO₂-Einsparungen sollen in den Bereichen Energieverbrauch, Energieproduktion, grüne Mobilität und städtischer Verwaltung erreicht werden.</p>
Besondere Stärken	<p>Besonders gelungen ist Kopenhagens ganzheitliches Konzept einer nachhaltigen Stadtentwicklung, das sich bereits in dem Klimaschutzplan von 2009 abgezeichnet hat und mittlerweile zahlreiche Einzelprojekte zur Klima- und Ressourcenschonung, sowie zur Verbesserung der Lebensqualität verbindet. Unter dem Titel State of Green (official green brand for Denmark) hat sich eine Art Marke etabliert. Thomas Auer, TU München, Professor Gebäudetechnologie und klimagerechtes Bauen, sagte der SZ Anfang 2017 dazu: „Eine solche ganzheitliche Klimaplanung kenne ich aus keiner deutschen Stadt (...) Da ist Kopenhagen schon sehr, sehr weit.“⁹</p>
Förderung/Sponsoring, soweit erkennbar	Unbekannt

⁹ <http://www.sueddeutsche.de/geld/daenemark-schoen-sparsam-1.3321999>

Ansprechperson	Jørgen Abildgaard Executive Climate Project Director Copenhagen Kontakt: jorgen.abildgaard@tmf.kk.dk
Quellen	http://denmark.dk/en/green-living/copenhagen/green-capital http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/wp-content/uploads/2012/07/ENV-13-004_Copenhagen_EN_final_webres.pdf http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/winning-cities/2014-copenhagen/index.html http://www.stern.de/panorama/umwelthauptstadt-2014-kopenhagen--tor-des-nordens-mit-ehrgeizigen-umweltzielen-3421034.html http://www.3sat.de/page/?source=/nano/umwelt/176132/index.html http://www.sueddeutsche.de/geld/daenemark-schoen-sparsam-1.3321999

Name	Nimwegen – Europäische Umwelthauptstadt 2018
Lage/ Größe	Stadt Nimwegen, Provinz Gelderland, Niederlande Einwohner: 172.322 (Stand 01. April 2016, Quelle: Statistics Netherlands 2017)
Kurzbeschreibung	Nijmegen (dt. Nimwegen) an der Waal ist die älteste Stadt der Niederlande. Mit heute über 170.000 Einwohnern und einer Bevölkerungsdichte von 3.000 Einwohnern pro m ² hat sie sich zum weiter anwachsenden Zentrum der Metropolregion Arnheim-Nimwegen entwickelt. Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich das Gesicht der Hansestadt stark gewandelt. Rund um das an der Waal gelegene Zentrum haben sich eine Reihe neuer grüner Stadtteile entwickelt. Bezirke, die früher, abgeschnitten von den Wohnvierteln, allein von Industrie und Arbeit geprägt waren, haben sich mittlerweile in bewohnte Quartiere transformiert. Der städtische Verkehr ist geprägt von öffentlichen Nahverkehrsmitteln, die mit umweltfreundlichem Gas betrieben werden, und nicht zuletzt von Fahrrädern. 2016 ist Nimwegen offiziell als beste niederländische Fahrradstadt (Fietsstad 2016) ausgezeichnet worden. Nimwegens aktuelle Vision, die im Rahmen des European Green Capital Awards 2018 unter dem Motto „for ever green“ formuliert worden ist, zeichnet das Bild einer grünen, wachsenden und sozialen Stadt, die unter Einbindung von Bürgerschaft und Unternehmen für eine nachhaltige Entwicklung eintritt.
Auswahl aus Wettbewerb European Green Capital Award	Bei der Vergabe des Titels Umwelthauptstadt 2018, die an Hand von zwölf Umweltindikatoren erfolgt ist, konnte Nimwegen u.a. in den Bereichen Abfallproduktion und -management, Natur- und Artenvielfalt, integriertes Umweltmanagement und insbesondere Mobilität überzeugen.
Zeitleiste	2011: Nachhaltigkeitsagenda, 2013: Stadtentwicklungskonzept „Ecopolis“, 2016: Fahrradstadt (Fietsstad 2016), 2018: Auszeichnung Umwelthauptstadt Europas
Initiator/ Koordinator	Kommune Nimwegen
weitere Unterstützer	Kommune Arnheim, Cluster „Power2Nijmegen“ (Unternehmen, Wissenschafts- u. Bildungseinrichtungen, Zivilgesellschaft)
Ziele	In Nimwegens Zielsetzungen stehen sowohl Klimaneutralität, als auch Lebensqualität im Vordergrund. Ziel ist es bis zum Jahr 2045 energie-neutral und bis 2050 „klimasicher“ zu sein. In Übereinstimmung mit dem europäischen Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie strebt Nimwegen bis 2020 zunächst eine CO ₂ -Reduktion von 20 % an. Das Ziel ist in der nationalen Klimapolitik der Niederlande verankert. Bis 2045 wird eine Reduktion von 100 % anvisiert. Zudem ist eine Vergrößerung von Grünflächen in der Innenstadt vorgesehen (jeweils gegenüber 2008).
Inhalte	Der städtische Verkehr ist geprägt von ÖPNV, der mit umweltfreundlichem Gas betrieben wird, und Fahrrädern. Für diese wurden „Superhighways“ auf einer Gesamtlänge von 43 km durch die Stadt angelegt. Das Tempolimit liegt in allen Wohngebieten bei 30 km/h. Daneben stehen Innovationen und Energieeffizienz im Vordergrund. U.a. durch über 15.000 Solarzellen, konnte der Gas- und Stromverbrauch der gesamten Stadt im Jahr 2017 gegenüber 2008 um 15 % gesenkt werden.

	Als Koproduktion von Kommune, NGOs, Bürgerinitiativen und privaten Investoren konnte Nimwegens erster Windpark finanziert werden. Die ersten vier Turbinen versorgen rund 7.000 städtische Haushalte (ca.10 %).
Organisation/ Gremien	Um bis 2045 klimaneutral zu werden, verfolgt die Stadt einen partizipativen Ansatz, der Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit einbindet. Um die klimapolitischen Ziele zu erreichen, sollen die nachhaltige Energieversorgung, der ÖPNV, die Elektromobilität und die bereits gut funktionierende Abfallwirtschaft weiter ausgebaut werden.
Zielgruppen	Nimwegens Ansatz einer integrativen und nachhaltigen Stadtentwicklung adressiert sowohl bürgerschaftlich getragene Initiativen (z.B. mit der Kampagne ‚Groen Verbindt‘), als auch NGOs und Wirtschaftsunternehmen (z.B. über das Netzwerk ‚Power2Nijmegen‘), die einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz sowie zur Verbesserung der Lebensqualität leisten. Daneben werden andere Kommunen sowohl aus der umliegenden Region Gelderland (z.B. Arnheim), als auch aus dem europäischen Ausland, als Kooperationspartner angesprochen.
Rolle der Zivilgesellschaft	Die Einbindung von BürgerInnen ist charakteristisch für Nimwegens Ansatz einer integrativen, nachhaltigen Stadtentwicklung. Auf einer interaktiven „Participation Map“ ¹⁰ der Kommune Nimwegen sind alle bürgerschaftlich getragenen Projekte im öffentlichen Raum der Stadt verzeichnet. Ein herausragendes Beispiel für die bedeutende Rolle der Zivilgesellschaft ist die Initiative ‚Groen Verbindt‘ (dt. Grün verbindet). Die Kampagne verbindet bürgerschaftliches Engagement mit ökologischer Quartiersentwicklung: Bürgerinitiativen präsentieren eigene Projekte und erhalten Unterstützungsleistung, um so einen Beitrag zur Entwicklung grüner und blauer Infrastruktur zu leisten. Weitere Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements sind der „Nijmegen Sharing Day“, ein Projekt zum Artenschutz von Dachsen und ‚Permablitz‘-Aktionen, in denen städtische Gärten und Grünflächen von BürgerInnen umgestaltet werden. Hinzu kommt das Living Lab „Nature Based Solutions Arnheim-Nijmegen“, das für die spezifischen Herausforderungen, die sich mit der urbanen Region am Wasser verbinden, klimafreundliche Lösungen erforscht und dabei Initiativen aus der Zivilgesellschaft berücksichtigt.
Handlungsfelder	Kernthemen: Mobilität Energie & Klima Stadtgrün & Natur Wohnen & Stadtentwicklung Partizipation & Bürgerbeteiligung Generationengerechtigkeit
Besondere Stärken	Neben dem Mobilitätskonzept stechen insbesondere die forcierte Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure und Unternehmen in den Bereichen nachhaltige Quartiersentwicklung und Energie, sowie die Vielzahl bürgerschaftlich getragener Projekte in Nimwegen heraus.

¹⁰ <https://www.participatiekaart.nl/nijmegen/>

Förderung/ Sponsoring, soweit erkennbar	Unbekannt
Ansprech- person	Hubert Bruls Gemeente Nijmegen Kontakt: gemeente@nijmegen.nl
Quellen	http://www2.nijmegen.nl/wonen/milieuenafval/green_capital/green_capital_award_2018_english http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/winning-cities/2018-nijmegen/ https://www.participatiekaart.nl/nijmegen/ http://www.ru.nl/deutsch/aktuelles/aktuelles/@1044670/nimwegen-zur-grunen-hauptsadt-2018-gekuhrt/ https://eu-smartcities.eu/content/nijmegen-european-green-capital-2018 http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/wp-content/uploads/2016/06-2016/nijmegen/Introduction_Nijmegen%202018.pdf

4.4 Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“

Name	Mannheim „FlurfunkE“ – Auswahl im Wettbewerb Kommunaler Klimaschutz 2015
Lage/ Größe	Mannheim, Baden-Württemberg, Deutschland Einwohner: 316.265 (Stand 31. Dez. 2016, Quelle: Kommunale Statistikstelle Mannheim 2017)
Kurzbeschreibung	Das Aktionsprogramm „Flurfunk E“ zielt auf die Motivation von Beschäftigten zum Klimaschutz in Stadtverwaltung und städtischen Betrieben – im Büro und im Alltag. Das Programm ist eingebettet in die städtische Klimaschutzstrategie „Mannheim auf Klimakurs“. Hier ist besonders das Handlungsfeld „Vorbild Stadt“ zu nennen, das auf eine Vorbildfunktion der Stadt zu Fragen des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung mit ihren eigenen Liegenschaften und eine Verantwortungsübernahme der gesamten Stadtverwaltung zielt. Weitere Handlungsfelder sind „Zukunft Quartier“, „Engagiert vor Ort“, „Aktive Unternehmen“.
Auswahl aus Wettbewerb Kommunaler Klimaschutz	Gewürdigt wird die abwechslungsreiche interne Kommunikationsstrategie, die nicht nur für einen hohen Bekanntheitsgrad des Klimaschutz-Aktionsprogrammes sorgt, sondern durch Bildungs- und Informationsarbeit in den Themenfeldern Energie, Mobilität und Ernährung/Konsum „praxisnah und kreativ zu mehr Klimaschutz“ motiviere. ¹¹
Zeitleiste	ab März 2015 wurde das verwaltungsinterne Programm gestartet; 2015: Auszeichnung im Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“
Initiator/ Koordinator	Stadtverwaltung Mannheim
weitere Unterstützer	(Mehrere im Rahmen der übergeordneten Strategie Mannheim auf Klimakurs)
Ziele	Ziel des Aktionsprogrammes ist die Anregung von Verhaltensänderungen im Büroalltag rund um das Thema Energiesparen und Klimaschutz, die möglichst mit nach Hause genommen werden sollen. Die Tipps sollen sich über den „Flurfunk“ verbreiten und die Beschäftigten erreichen. Ziel der übergreifenden Klimaschutzstrategie in Mannheim ist es, die stadtweiten CO ₂ -Emissionen bis 2020 um 40 % im Vergleich zu 1990 zu senken.
Inhalte	Entsprechend der Umsetzungsschritte werden Themenbausteine zu den Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung/Konsum bestehend aus Informationsangeboten, Aktionen und Wettbewerben angeboten. Die Teilnahme an einem „Energiecheck“ ist bspw. mit einer Abwrackprämie für alte Bürokühlschränke gekoppelt. Ein „fares Arbeits-Klimafrühstück“ ermöglicht die Teilnahme an einem Klima-Kochkurs. Die anschließenden Wettbewerbe haben das Ziel, gute Ideen der Beschäftigten abzuholen (z.B. klimafreundliche Rezepte, Klimaschutztipps, Fotos zum Bereich „umweltfreundlich unterwegs“).

¹¹ <https://difu.de/node/10109>

Organisation/ Gremien	Die Umsetzung besteht aus Informationsangeboten, darauf aufbauenden Aktionen und einem abschließenden Wettbewerb. Zur Verbreitung spielt der „Flurfunk“ eine wesentliche Rolle, um gute Ideen direkt zwischen den Beschäftigten zu kommunizieren. Dies wird unterstützt durch ein einheitliches Design der Kommunikationskampagnen sowie Intranet, Beileger zur Gehaltsabrechnung und Artikel in der Mitarbeiterzeitung.
Zielgruppen	Beschäftigte in Stadtverwaltung und städtischen Eigenbetrieben
Rolle der Zivilgesellschaft	Im Rahmen des Aktionsprogramms ist die Zivilgesellschaft (als EinzelbürgerInnen) indirekt angesprochen, denn die Beschäftigten der Stadtverwaltung und städtischen Eigenbetriebe sollen gute Ideen zum Klimaschutz möglichst auch auf ihren Alltag übertragen. In der übergeordneten Strategie spielen Beteiligung und Bürgerengagement im Rahmen der Handlungsfelder „Zukunft Quartier“ und „Engagiert vor Ort“ eine Rolle.
Handlungsfelder	Energie, Mobilität, Ernährung/Konsum
Besondere Stärken	Kreative Ansprache der Beschäftigten der Stadtverwaltung, Einbezug eigener Ideen der Beschäftigten, Kopplung Klimaschutz im Arbeitsleben und Alltag.
Förderung/ Sponsoring, soweit erkennbar	Wettbewerb Kommunalen Klimaschutz 25.000 € (öffentliche Förderer BMUB, laut Difu 2016)
Ansprechperson	Agnes Schönfelder Klimaschutzleitstelle Stadt Mannheim Kontakt: agnes.schoenfelder@mannheim.de
Quellen	Difu Deutsches Institut für Urbanistik (2016): Ausgezeichnete Praxisbeispiele: Kommunalen Klimaschutz 2015 – Ein Wettbewerb des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), online: http://edoc.difu.de/edoc . http://www.mannheim-auf-klima-kurs.de/fileadmin/user_upload/Mannheim_auf_Klimakurs/PDFs/Broschueren/MANNHEIM_AUF_KLIMAKURS.pdf https://www.klimaschutz.de/en/node/29942 https://www.klima-ma.de/projekte/stadt-mannheim/nutzermotivation.html

Name	Tübingen „macht blau“ – Auswahl im Wettbewerb Kommunaler Klimaschutz 2009
Lage/ Größe	Tübingen, Baden-Württemberg, Deutschland Einwohner: 86.500 (Stand 31. Dez. 2015, Quelle: Universitätsstadt Tübingen 2017)
Kurzbeschreibung	<p>Im Jahr 2007 formulierte die Stadt Tübingen das Ziel, ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 auf drei Tonnen pro Kopf und Jahr zu senken. Dazu wurde auch die Kampagne „Tübingen macht blau“ ab 2008 ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um eine vom Oberbürgermeister der Stadt initiierte Klimaschutzkampagne, die eine Vielzahl von Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes umfasst und sich an die BürgerInnen der Stadt zur Motivation von Klimaschutzmaßnahmen richtet. Sie umfasst bspw. Energiespar-Tipps im Haushalt, energetische Beratungen, Mobilität (Fahrradfahren, Carsharing). Das ursprünglich bis 2010 avisierte Programm wurde fortgesetzt, ab 2015 mit neuem Ratsbeschluss.</p> <p>Auszeichnung, z.B. 2009 im Rahmen des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz“, 2015 mit dem European Energy Award, war 2012 nominiert für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis in der Kategorie Deutschlands nachhaltigste Stadt mittlerer Größe.</p>
Auswahl aus Wettbewerb Kommunaler Klimaschutz	Die Kampagne wurde als "erfolgreich umgesetzte, innovative Aktion zur Beteiligung und Motivation der Bevölkerung bei der Realisierung von Klimaschutzmaßnahmen" gewürdigt. ¹²
Zeitleiste	<p>2007: Zielformulierung 3-Tonnen CO₂ pro Kopf bis 2020;</p> <p>2008: Initiierung Kampagne „Tübingen macht blau“ mit Ziel 10 % CO₂-Einsparung bis 2010 gegenüber 2004;</p> <p>2009: Auszeichnung im Wettbewerb Kommunaler Klimaschutz;</p> <p>2015: Ratsbeschluss zur Fortsetzung der Kampagne mit Ziel 25 %-CO₂-Einsparung gegenüber 2014 bis 2022.</p>
Initiator/ Koordinator	Oberbürgermeister
weitere Unterstützer	Stadtverwaltung
Ziele	In der ersten Phase ab 2008 war es Ziel, den CO ₂ -Ausstoß in Tübingen bis 2010 gegenüber dem Basisjahr 2004 um 10 % zu senken. In der 2015 beschlossenen Fortsetzung ist es Ziel, die energiebedingten CO ₂ -Emissionen pro Kopf in Tübingen bis 2022 um 25 % gegenüber dem Wert von 2014 zu reduzieren.
Inhalte	Informationen auf der Internetseite zum Thema Klimaschutz zu Hause, ökologisch mobil, Klimatipps, zu Förderprogrammen und Beratungen sowie zu anstehenden und durchgeführten Aktionen/Veranstaltungen. Im Rahmen des Projekts „Blaue-Sterne-Betriebe“ Informationen und Beratung in zwölf Modulen vor allem für KMU aus Industrie, Handel, Gewerbe oder Handwerk, die noch kein Energiemanagement haben. Ziel ist es, überflüssigen Energiebedarf im Unternehmen zu reduzieren.
Organisation/ Gremien	Entsprechend der primären Zielgruppe BürgerInnen umfassen die Umsetzungsschritte vor allem öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und

¹² <https://difu.de/publikationen/2010/kommunaler-klimaschutz-2009.html>

	Informationsangebote: Informationsmaterialien und Tipps für BürgerInnen auf der Internetseite thematisch sortiert und gesammelt, Beratungsangebote, Durchführung von Klima- und Energietagen (ab 2016 auch Energiewendetag) als Informations- und Beratungsangebote.
Zielgruppen	Vor allem alle Haushalte, also die BürgerInnen der Stadt; auch Unternehmen werden angesprochen (Projekt „Blaue-Sterne-Betriebe“).
Rolle der Zivilgesellschaft	Die Zivilgesellschaft wird in Form von einzelnen Haushalten vor allem als Zielgruppe von Beratungs- und Informationsangeboten zum Klimaschutz angesprochen.
Handlungsfelder	Umstieg auf Ökostrom der Stadtwerke Tübingen, Nutzung von Carsharing, Installation von Solaranlagen, Umrüstung alter Heizpumpen, Umstieg auf E-Bikes, Austausch nicht energiesparsamer Kühlschränke.
Besondere Stärken	Hohe Sichtbarkeit eines Markenkerns. Nach eigenen Angaben der Stadt konnte eine hohe Zahl neuer Kunden für Ökostrom der Stadtwerke sowie für Carsharing gewonnen werden, der Stromverbrauch der Haushalte wurde um 12 % gesenkt (von 2006 bis 2015) ¹³ .
Förderung/Sponsoring, soweit erkennbar	Wettbewerb Kommunalen Klimaschutz 25.000 € (öffentliche Förderer BMUB, laut Difu 2016); European Energy Award (Förderung über das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg) ¹⁴
Ansprechperson	Bernd Schott Umwelt- und Klimaschutzbeauftragter sowie Leiter der Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz Stadt Tübingen Kontakt: bernd.schott@tuebingen.de
Quellen	Difu Deutsches Institut für Urbanistik (2016): Ausgezeichnete Praxisbeispiele: Kommunalen Klimaschutz 2015 – Ein Wettbewerb des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), online: http://edoc.difu.de/edoc . https://www.tuebingen.de/tuebingen-macht-blau/ https://www.klimaschutz.de/de/zielgruppen/kommunen/wettbewerbe/preistraeger/stadt-tuebingen-baden-wuerttemberg-tuebingen-macht-blau-10-weniger-co2-bis-2010

¹³ http://www.tuebingen.de/Dateien/folder_energiewendetage2016_web.pdf

¹⁴ <http://www.european-energy-award.de/teilnahme/foerderung/>

4.5 Wettbewerb „European Energy Award“

Name	Wuppertal – Auszeichnungen für vielfältige Initiativen
Lage/ Größe	Wuppertal, Nordrhein-Westfalen, Deutschland Einwohner: 358.523 (Stand 31. Dez. 2016, Quelle: Stadt Wuppertal 2017)
Kurzbeschreibung	Lange Tradition des Bürgerengagements: mit Beginn der Industrialisierung entstanden hier Bürgerinitiativen wie bspw. das „Elberfelder System“, das später Vorbild für viele Städte wurde. Anfang des 20. Jahrhunderts Gründung vieler Bürgervereine, von denen bis heute ca. 30 erhalten sind und die teilweise über 100 Jahre alt sind. Zuletzt herausragende Projekte wie die Nordbahntrasse, das Klimaquartier Arrenberg sowie die Junioruni.
Auswahl	Die Auswahl Wuppertals als Beispiel guter Praxis erfolgte ausnahmsweise nicht auf Grundlage einer Auszeichnung im Rahmen eines spezifischen Wettbewerbs, sondern aufgrund der vielfältigen und seit langem bestehenden Landschaft zivilgesellschaftlichen Engagements und kommunaler Projekte zur Nachhaltigkeit in Wuppertal. Die daraus hervorgegangenen Initiativen und Projekte wurden in verschiedenen Wettbewerben ausgezeichnet. In diesem Steckbrief erfolgt eine Kurzvorstellung der bekanntesten Initiativen.
Zeitleiste	Seit 1991 ist die Stadt Wuppertal Mitglied im Klima Bündnis; 1995 als erste Kommune in NRW Beitritt zur europäischen Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden; ebenfalls 1995 Beschluss zur Erarbeitung einer lokalen Agenda 21 1996: Ratsbeschluss zur Aufstellung eines CO ₂ -Minderungskonzeptes; 2003, 2006 und 2010 Auszeichnung mit dem European Energy Award (vgl. Wuppertal Institut 2012); 2008: Gründung der Junioruni Wuppertal als in Deutschland bislang einzigartige ganzjährig geöffnete Kinder- und Jugenduniversität mit Kursangeboten für Vier- bis 20-jährige. Das Bildungsangebot mit wissenschaftlichem Anspruch beruht auf bürgerschaftlichem Engagement und ausschließlich privater Finanzierung durch (Unternehmens-)Spenden. 2013: Gründung des „Zentrums für gute Taten“ als Freiwilligenagentur Wuppertal. 2016: Auszeichnung des Klimaquartiers Arrenberg, getragen durch BürgerInnen im Verein „Aufbruch am Arrenberg“ e.V., durch die KlimaExpo.NRW 2015: Auszeichnung der „Nordbahntrasse“, eine durch Bürgerengagement (Wuppertalbewegung e.V.) zu einem Radweg umgebaute stillgelegte Bahntrasse, als Ort des Fortschritts NRW; ebenfalls 2015 deutschlandweit bisher einzigartige Gründung eines Dezernats für Bürgerbeteiligung. 2015: Auszeichnung der Utopiastadt, Mirker Bahnhof als Ort des Fortschritts NRW
Initiator/ Koordinator	Zivilgesellschaft, Stadtverwaltung, Stadtrat

Weitere Unterstützer	Zivilgesellschaft, Vereine, Stadt, Stiftungen, Unternehmen
Ziele	Die Ziele der verschiedenen Initiativen sind so vielfältig wie die Initiativen selbst. Eine übergreifende kommunale Gesamtstrategie mit Nachhaltigkeitszielen fehlt bislang in Wuppertal.
Inhalte	<p>Die Inhalte unterscheiden sich spezifisch je nach Initiative bzw. Projekt ebenso wie die Bereiche, die dabei abgedeckt werden. In vielen der Initiativen und Projekte spielt die Zivilgesellschaft als Initiator und Umsetzer (ehrenamtliches Engagement) eine herausgehobene Rolle.</p> <p>In diesem Zusammenhang ist auch die ebenfalls aus bürgerschaftlichem Engagement hervorgegangene Freiwilligenagentur „Zentrum für gute Taten“ hervorzuheben. Eng verbunden mit der städtischen Ehrenamtsförderung ist sie als dennoch unabhängige Einrichtung eine Anlaufstelle für einzelne BürgerInnen für Beratung und Coaching rund um ehrenamtliches Engagement.</p> <p>Die hervorgegangenen Initiativen sind inzwischen Teil mehrerer Kooperationen mit der Forschung: Im Projekt „Wohlstandstransformation Wuppertal“ wird als urbanes Reallabor zum Klimaquartier Arrenberg, zu Utopiastadt und zur Quartiersentwicklungsgesellschaft WQG in Wichlinghausen/Oberbarmen geforscht (Hilger und Wanner 2016). Als urban sustainable LivingLabs wurde im Rahmen des Klimaquartiers Arrenberg im EU-Projekt „Pathways“ transformative Forschung zu Foodsharing am Arrenberg und ein Experiment zum Heizverhalten im Klimaquartier durchgeführt (Berg et al. 2016).</p>
Organisation/Gremien	Nicht anwendbar.
Zielgruppen	Die vielfältigen Initiativen sprechen unterschiedliche Zielgruppen an: BürgerInnen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Verwaltung, Unternehmen.
Rolle der Zivilgesellschaft	In vielen der ausgezeichneten Projekte/Initiativen ist die Zivilgesellschaft in Form von Bürgerorganisationen, insbesondere als Vereine, Initiator und Motor (Wuppertalbewegung, Utopiastadt, Aufbruch am Arrenberg). Insofern ist die Engagementbereitschaft zu Nachhaltigkeitsfragen besonders hervorzuheben.
Handlungsfelder	Ernährung, Energie, Mobilität
Besondere Stärken	Als besondere Stärke ist das hohe bürgerschaftliche Engagement, u.a. auch im Bereich einer nachhaltigen Stadt- und Quartiersentwicklung, zu nennen.
Förderung/Sponsoring, soweit erkennbar	European Energy Award (Förderung über das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW) ¹⁵ . Verschiedene der bürgerschaftlichen Projekte werden durch Sponsoring von Unternehmen bzw. Stiftungsförderung unterstützt.
Ansprechperson	Angelika Leipnitz Servicestelle Ehrenamt Stadt Wuppertal Kontakt: Angelika.Leipnitz@stadt.wuppertal.de
Quellen	https://www.junioruni-wuppertal.de/de/ Projekt „Wohlstandstransformation Wuppertal“ (WTW):

¹⁵ <http://www.european-energy-award.de/teilnahme/foerderung/>

<http://www.transzent.uni-wuppertal.de/forschung/wtw0.html>

Berg et al. (2016): Transition pathways in the making, its scaling up and learning potentials. Deliverable D3.5 of the Pathways project.

<http://www.pathways->

[pro-](http://www.pathways-)

[ject.eu/sites/default/files/D3_5_Transition%20pathways%20in%20the%20making_web.pdf](http://www.pathways-)

Hilger, A., Wanner, M. (2016). Urbane Reallabore für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung. Präsentation zur Jufo-Salus Konferenz „Stadt der Zukunft“, 9. Juni 2016 TU Dortmund.

<http://www.transzent.uni->

[wupper-](http://www.transzent.uni-)

[tal.de/fileadmin/transzent/Forschung/Veranstaltungen/Output_Jufo-Salus_Dortmung_Urbane_Reallabore_für_eine_zukunftsfähige_Stadtenwicklung.pdf](http://www.transzent.uni-)

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (2012): Low Carbon City Wuppertal 2050. Sondierungsstudie

<http://epub.wupperinst.org/frontdoor/index/index/docId/4679>

4.6 Wettbewerb „Zukunftsstadt“

Name	Dresden – Auswahl für die zweite Phase im BMBF-Wettbewerb „Zukunftsstadt“
Lage/ Größe	Dresden, Sachsen, Deutschland Einwohner: 553.036 (Stand 31. Dez. 2016, Quelle: Landeshauptstadt Dresden 2017)
Kurzbeschreibung	Ausgangspunkt der Bewerbung Dresdens im Wettbewerb Zukunftsstadt ist die Anknüpfung an bestehende Initiativen zur intelligenten Verkehrssteuerung, Forschungscluster für energieeffiziente Informations- und Kommunikationstechnologie, „Repair-Cafés“ und Verbrauchergemeinschaften für regionale Lebensmittel in Dresden. 2015 erfolgte die Auswahl Dresdens im Rahmen des Wettbewerbs Zukunftsstadt des BMBF (erste Stufe). Das in der Umsetzung befindliche Projekt will Ideen und Visionen für die Zukunft der Stadt entwickeln und in Reallaboren als Erprobungsbereiche im öffentlichen Raum erproben. Die gemeinsame Entwicklung der Ideen und Visionen mit BürgerInnen, Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Verwaltung steht im Zentrum.
Auswahl aus Wettbewerb Zukunftsstadt	Die Auswahl (für die zweite Phase des Wettbewerbs Zukunftsstadt) ist auf Grund des Visionsbildes der Zukunftsstadt Dresden erfolgt. Positiv ist dabei die Beteiligung von SchülerInnen ins Gewicht gefallen. ¹⁶
Zeitleiste	Dreistufiges Verfahren: Bewerbung, Erste Phase 2015 - 2016, zweite Phase 2017 - 2018, Dritte Phase nach 2018 (jeweils erneute Auswahl durch das BMBF)
Initiator/ Koordinator	Partner bei der Bewerbung: Stadt Dresden, Cool Silicon e.V. c/o Silicon Saxony Management GmbH; DRESDEN-concept e.V. (TU Dresden); Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung IÖR; stawowy-media; TU Dresden, Fakultät Architektur, Wissensarchitektur; TU Dresden, Medienzentrum; Umweltzentrum Dresden e.V.
Weitere Unterstützer	Offizielle Partner u.a.: DREWAG, Citymakler Dresden, BONAVA, Stadtreinigung Dresden, Die Johanniter, dis (Dresden International School); plus weitere Unternehmen, Verbände (z.B. „Wir gestalten Dresden: Branchenverband Dresdner Kultur- u. Kreativwirtschaft) u. Communitys (z.B. Plant Values, cloudsters Dresden)
Ziele	Die BürgerInnen sollen aktiv in die Gestaltung einer Vision für Dresden 2030+ eingebunden werden. Ungenutzte Potentiale in Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Bürgerschaft heben, Transfer von Wissen und Praktiken zwischen den Akteuren verbessern und in einem offenen, kreativen Prozess zusammenführen.
Inhalte	In der ersten Phase wurde die akteursintegrierte Vision fokussiert in offenen Diskussionsformaten entwickelt. Im Zentrum stand es, Meinungen und Ideen zusammenzutragen. Im Oktober 2015 wurden Wünsche und

¹⁶ <http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Dresden-bleibt-Zukunftsstadt>

	<p>Vorstellungen zur Zukunft in Straßenbahn-Linien eingeholt, fünf Betreuer standen dafür in den Linien für Fragen bereit. Es wurden über 700 Zukunftsideen eingereicht, von denen die Mehrzahl zu Fragen sozialen Zusammenhalts und Geflüchteten sowie zu Mobilität/Verkehr, Kinder/Jugendliche/Bildung, Wohnen, und Umwelt/Grün Stellung nehmen.¹⁷ Im Mai 2016 fand die Zukunftskonferenz statt, auf der die Visionen und das daraus entwickelte Zukunftsbild diskutiert wurden.</p> <p>Aus den über 700 Meinungen wurde ein Fünf-Punkte Plan entwickelt, der dann in der zweiten Phase zur Entwicklung konkreter Einzelprojekte steht (s. Umsetzungsschritte).</p> <p>Nachhaltigkeitsinitiativen der Stadt sind im Themenstadtplan kartiert.¹⁸</p>
Organisation/ Gremien	<p>Erste Phase 2015 - 2016: Offene Diskussionsrunden, sog. „Barcamps“ in drei Etappen: 1) Drei-Minuten-Barcamp in der Straßenbahn, 2) mehrere Barcamps zu verschiedenen Themen und 3) ein großes Barcamp-Finale. Entwickelt wurde ein Zukunftsbild für Dresden durch insgesamt 650 TeilnehmerInnen in zwei Zukunftsstraßenbahnen bzw. an 24 Workshops (700 Meinungen und 70 Einzelvisionen).</p> <p>Zweite Phase 2017 - 2018: Entwicklung konkreter Einzelprojekte auf Basis dieser Vision. Workshops zu acht Themensträngen (vgl. Bereiche).</p> <p>Dritte Phase zur Umsetzung ab 2018 im Reallabor, vorbehaltlich weiterer Förderung.</p> <p>Wissenschaftlich begleitet durch das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), beteiligt sind die Arbeits- und Forschungsgruppe Wissensarchitektur und das Medienzentrum der TU Dresden.</p>
Zielgruppen	Bürgerschaft, Unternehmen, Wissenschaft
Rolle der Zivilgesellschaft	Die Integration zivilgesellschaftlicher Akteure, insbesondere die Einbindung von BürgerInnen, ist ein fester Baustein in der Visionsentwicklung Dresden 2030+.
Handlungsfelder	<p>Fünf Handlungsebenen:</p> <p>Global: Welche Rolle spielt Dresden auf dem Planeten Erde?</p> <p>Gesellschaftlich: Wie gestalten wir Stadtbewohner unsere Stadt?</p> <p>Regional: Wie verbindet sich die Stadt mit dem Umland zur resilienten Region?</p> <p>Nachbarschaftlich: Wie setzt sich unsere Stadt aus Nachbarschaften zusammen?</p> <p>Zwischenmenschlich: Wie gehen wir DresdnerInnen zwischenmenschlich miteinander um?</p> <p>In der zweiten Phase Workshops zu acht Themensträngen: Energie, Mobilität, Bürgerbeteiligung, Bildung & Bürgerwissen & Campus, Nachbarschaft, Stadtraum, nachhaltige Wirtschaft & Geschäftsmodelle, Kultur & Kulturhauptstadt</p>
Besondere Stärken	<p>Bürgerbeteiligung durch innovative Formate.</p> <p>Eine Karte der Nachhaltigkeitsinitiativen in Dresden wurde erstellt.</p>
Förderung/ Sponsoring,	Der Wettbewerb ist Teil der Leitinitiative „Zukunftsstadt“ des Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltige Entwicklungen“ des BMBF. Die

¹⁷ <https://www.dresden.de/de/leben/gesellschaft/buergebeteiligung/zukunftsstadt/zukunftsprojekt/phase-eins/zukunftsbahn.php>

¹⁸ <https://www.dresden.de/de/leben/gesellschaft/buergebeteiligung/zukunftsstadt/zukunftsprojekt/nachhaltigkeit.php>

soweit erkennbar	Höhe der Fördersumme steigt mit jeder Phase, wobei die abgeschlossene erste Phase mit je bis zu 35.000 € gefördert wurde. Die zweite Phase kann mit bis zu 200.000 € gefördert werden und die dritte Phase soll eine höhere noch nicht genau definierte Förderung erhalten.
Ansprechperson	Norbert Rost Landeshauptstadt Dresden Projektleitung Zukunftsstadt Dresden Kontakt: nrost@dresden.de
Quellen	https://www.dresden.de/media/pdf/zukunftsstadt/Zukunftsbild_Version_1.0.pdf https://www.dresden.de/de/leben/gesellschaft/buergebeteiligung/zukunftsstadt/zukunftsprojekt/phase-eins/zukunftsbahn.php https://www.dresden.de/de/leben/gesellschaft/buergebeteiligung/zukunftsstadt/zukunftsprojekt/nachhaltigkeit.php

Name	Halle an der Saale – Auswahl für die zweite Phase im BMBF-Wettbewerb „Zukunftsstadt“
Lage/ Größe	Halle an der Saale, Sachsen-Anhalt, Deutschland Einwohner: 239.738 (Stand: 31. Dez. 2016, Quelle: Stadt Halle 2017)
Kurzbeschreibung	<p>Im BMBF-Wettbewerb Zukunftsstadt beteiligt sich Halle an der Saale mit dem Stadtteil Halle-Neustadt. Dieser ist nach eigener Beschreibung ein Stadtteil „der ehemaligen sozialistischen Stadtutopie der Moderne von europäischer Bedeutung und größten Stadtgründung der DDR“ und umfasst einen angrenzenden Wissenschaftspark und ein Technologie- und Gründungszentrum (TGZ) „weinberg campus“. Zudem gibt es ein Wohngebiet Heide-Süd, das als eines der „bedeutsamsten Konversionsprojekte in Ostdeutschland nach der Wende“ bezeichnet wird und ebenfalls als Zielgebiet im Projekt fungiert. Unter dem Motto „halle.neu.stadt.2050: klimaneutral-vernetzt-integriert“ wurde eine Visionsentwicklung durchgeführt und dabei verschiedene Formate zur Beteiligung von BürgerInnen und Stakeholdern wie z.B. Unternehmen durchgeführt.</p> <p>Es konnte dabei an einen breiten Beteiligungsprozess zum Stadtentwicklungskonzept „ISEK 2025“ angeknüpft werden.</p> <p>Wenngleich nicht explizit mit dem Zukunftsstadt-Prozess verknüpft, ist hervorzuheben, dass die Stadt Halle ein eigenes Dienstleistungszentrum Bürgerengagement eingerichtet hat. Dieses dient als zentraler Ansprechpartner der Stadtverwaltung für BürgerInnen, Vereine, Initiativen sowie für Hinweise, Bürgerbegehren und Petitionen. Es umfasst außerdem Quartiersmanagement und unterstützt das bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Engagement. Auf einer Online-Plattform können BürgerInnen außerdem eigene Vorschläge in die Haushaltsberatungen einbringen.</p>
Auswahl aus Wettbewerb Zukunftsstadt	Die Auswahl Halles würdigt die Zukunftsvision „halle.neu.stadt.2050“, die auf eine Verbindung des Stadtteils Halle-Neustadt mit dem nahegelegenen Wissenschaftspark/Technologie- und Gründungszentrum (TGZ) abzielt. Damit wird ein „Brückenschlag zwischen wissenschaftlicher, internationaler Exzellenz und interkulturellem Sozialraum“ ¹⁹ ins Auge gefasst.
Zeitleiste	Dreistufiges Verfahren: Bewerbung, Erste Phase 2015-2016, Zweite Phase 2017-2018, Dritte Phase nach 2018 (jeweils erneute Auswahl durch das BMBF)
Initiator/ Koordinator	Partner bei der Bewerbung: Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik (IWM), Isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gGmbH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Gründerservice, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät II, Dept. Medien- und Kommunikationswissenschaften, Mediengruppe Mitteldeutsche Zeitung GmbH & Co. KG, Quartiermanagement Halle-Neustadt, SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH, science2public – Gesellschaft f. Wissenschaftskommunikation, Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. an der MLU Halle-Wittenberg.

¹⁹ <http://www.mz-web.de/halle-saale/neustadt-2050-halle-ist-weiter-im-wettbewerb-zukunftsstadt-24400296>

Weitere Unterstützer	Staatskanzlei Sachsen-Anhalt, Urban aktiv (Projekt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit - BMUB und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR), Stadwerke Halle, GWG-Halle (städt. Wohnungsunternehmen), GHS Gebäude- und Hygiene-Service Halle (Serviceunternehmen haushaltsnahe Dienstleistungen), PS Union Autohaus (Unternehmen), Bauverein (Wohnungsgenossenschaft)
Ziele	Zielsetzung ist es, ein Modell für eine Transformation der o.g. städtebaulichen Typen hin zu klimaneutralen und „nachhaltig lebensfähigen (resilienten)“ Quartieren zu entwickeln und dafür notwendige soziale und technologische Innovationen zu fördern.
Inhalte	In der ersten Phase wurden insgesamt 15 Veranstaltungen zwischen Juli 2015 und Mai 2016 durchgeführt (als „Visionsbausteine“): Es sollten kreative Ideen der BürgerInnen, lokaler Akteure und externer Experten gesammelt werden. Zudem wurden Workshops der Labore und zwei Zukunftswerkstätten (> 100 TeilnehmerInnen), drei Schul-AGs und eine Seminarreihe an der Martin-Luther-Universität durchgeführt. Außerdem wurde eine Bürgerumfrage durchgeführt (> 650 TeilnehmerInnen).
Organisation/ Gremien	Es wurde ein Zukunftslabor in Halle-Neustadt eingerichtet: Nutzung als „Arbeits- und Besprechungsort“ für MitarbeiterInnen des Zukunftsstadtteams und als „Anlaufstelle für BürgerInnen“ ²⁰ . Zudem wurde ein Living Lab eingerichtet, das als Gästewohnung fungiert, und die Möglichkeit bietet, den Stadtteil von innen kennenzulernen. Darüber hinaus wurde ein offenes Kommunikations- und Filmlabor im Rahmen von Lehrveranstaltungen an der Universität Halle-Wittenberg eingerichtet (später als mobiles Labor beim Tag der offenen Tür der Stadt Halle genutzt), in dem BürgerInnen in Interviews die Möglichkeit hatten, ihre Meinungen sowie Ideen mitzuteilen. Beteiligungsformate umfassten: Stakeholder-Forum während der Antragsstellung, Kick-off-Veranstaltung (mit Stadtverwaltung Halle, Universität Halle-Wittenberg, SchuldirektorInnen aus Halle-Neustadt), Mitmach-Angebote an BürgerInnen beim „Neustadtfest“, ein Mobilitätsworkshop, zwei Zukunftswerkstätten (ca. 65 BürgerInnen und Akteure – Verantwortliche der Stadt Halle, Schulleitungen, UnternehmerInnen, PolitikerInnen, Mitglieder verschiedener Vereine sowie VertreterInnen des ÖPNV und der Wohnungsunternehmen).
Zielgruppen	BürgerInnen der Stadt, Vereine, SchülerInnen, WissenschaftlerInnen, Kreative, Schulen im Stadtteil Halle-Neustadt, Unternehmen
Rolle der Zivilgesellschaft	Die Zivilgesellschaft wird hier sowohl auf der Ebene einzelner BürgerInnen als auch durch Vereine und Initiativen im Stadtteil intensiv einbezogen, nicht jedoch als Initiatoren bereits zu Beginn etwa in der Antragsstellung.
Handlungsfelder	Die Integration und Beteiligung der Akteure erfolgte zielgruppen- und themenspezifisch mit je eigenen Formaten in den sog. Teillaboren („Kommunikationslabor“, „Gründungslabor“, „Soziallabor“ und „Technologielabor“)

²⁰ https://halle.neu.stadt-2050.de/wp-content/uploads/2016/09/halle-neu-Stadt-2050_Dokumentation_WEB.pdf

	Handlungsfelder sind: Mobilität, Bildung im Quartier, Demografie, verschiedene Wohnbedürfnisse, soziale Durchmischung, klimaneutrales Quartier, Energie, energie- und materialeffiziente Technologien, Förderung von Unternehmensgründung.
Besondere Stärken	Die breit aufgestellte und institutionell verankerte Bürgerbeteiligung und Unterstützung für das Engagement von BürgerInnen sind besondere Stärken dieses Beispiels guter Praxis. Hervorzuheben ist außerdem die systematische Einbeziehung von Schulen.
Förderung/ Sponsoring, soweit erkennbar	Der Wettbewerb ist Teil der Leitinitiative „Zukunftsstadt“ des Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltige Entwicklungen“ des BMBF. Die Höhe der Fördersumme steigt mit jeder Phase, wobei die abgeschlossene erste Phase mit je bis zu 35.000 € gefördert wurde. Die zweite Phase kann mit bis zu 200.000 € gefördert werden und die dritte Phase soll eine höhere noch nicht genau definierte Förderung erhalten.
Ansprechperson	Dr. Petra Sachse Gesamtkoordination Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft und Fachbereich Planen Stadt Halle Kontakt: petra.sachse@halle.de
Quellen	https://halle.neu.stadt-2050.de/wp-content/uploads/2016/09/halle-neu-Stadt-2050_Dokumentation_WEB.pdf https://www.wettbewerb-zukunftsstadt.de/teilnehmende-kommunen/halle-saale.html http://www.halle.de/de/Verwaltung/Verwaltungsorganisation/GB%2DFinanzen%2Dund%2DPersonal/DLZ%2DBuergerengagement/

Name	Konstanz – Auswahl für die zweite Phase im BMBF-Wettbewerb „Zukunftsstadt“
Lage/ Größe	Konstanz, Baden-Württemberg, Deutschland Einwohner: 85.478 (Stand 31. Dez. 2016, Quelle: Stadt Konstanz 2017)
Kurzbeschreibung	Konstanz am Bodensee hat sich im Rahmen des Wettbewerbs Zukunftsstadt als Kommune beworben, um begleitet durch Wissenschaft und unter Beteiligung von BürgerInnen eine Vision 2030+ für ein ausgewähltes Gebiet in der Kommune zu entwickeln. Es sollen zudem Handlungs- und Umsetzungsvorschläge entwickelt werden.
Auswahl aus Wettbewerb Zukunftsstadt	Die Auswahl von Konstanz ist auf Grund des vorher bereits eingeschlagenen Weges einer nachhaltigen Stadtentwicklung erfolgt, der verschiedene integrative Aktionen und Projekte (Zukunftswerkstätten, 2.000-Watt-Gesellschaft) hervorgebracht hat. ²¹
Zeitleiste	Bewerbung, Erste Phase 2015-2016, Zweite Phase Verdichtungs-Phase 2017-2018, Dritte Phase Reallabor ab 2018
Initiator/ Koordinator	Partner bei der Bewerbung: Stadt Konstanz, HTWG Konstanz, translake GmbH, Universität Konstanz
Weitere Unterstützer	Lenkungsgruppe, Wissenschaftlicher Beirat, Spurgruppe (sechs BürgerInnen der Stadt zur Steuerung des Dialogprozesses mit der Bevölkerung/Reflexionsgruppe), Fachverwaltung, Arbeitsgruppen aus: Politik und Verwaltung, Wissenschaft, Verbänden und Unternehmen, Bürgerschaft
Ziele	In der ersten Phase des Wettbewerbs „Zukunftsstadt“ sind folgende Zielvorstellungen ausgearbeitet worden: „bezahlbare, flexible, nutzungsgemischte, flächensparende, grüne und barrierefrei Quartiere, mit neuen Wohnformen und Mut zum Experiment“ „bunte und sozial gemischte Quartiere – lebendig, generationen- gemischt, multikulturell und spannungsgeladen“ „eine intelligent vernetzte Stadt, die Technologien zum Nutzen und Wohle aller einsetzt“ „Die Stadt der kurzen Wege, eine zukunftsweisende Mobilitätsentwicklung, die Multimodalität und eine Verkehrsentwicklung integriert zur Quartiersentwicklung ermöglicht“ ²²
Inhalte	Im Rahmen von Workshops ist die Grundlage der Vision für Konstanz 2030+ entwickelt worden, die Bedürfnisse der Bevölkerung, wie Integration, bezahlbarer Wohnraum, Anbindung an den ÖPNV und ökologische Konzepte mit nachhaltiger Stadtentwicklung verbindet und vier Handlungsfelder vorsieht (s. Bereiche): Wohnen, smarte/vernetzte Stadt, soziale Mischung/Integration, Mobilität.
Organisation/ Gremien	In der ersten Phase zur Visionsentwicklung 2030+ wurde ein Symposium mit Bürgerbeteiligung sowie Workshops (ein wissenschaftlicher Workshop der Konstanzer Hochschulen sowie ein Workshop zur Planung neuer Quartiere mit VerwaltungsvertreterInnen; die Beteiligung weiterer Stakeholder sowie Bürgerschaft ist mitgedacht worden) durchgeführt.

²¹ https://plattform.netzwerk-n.org/project/seminar-postwachstumsokonomie/zukunftsstadt/file/broschure_zukunftsstadt.pdf/download

²² <http://www.konstanz.de/umwelt/01029/01065/07283/index.html?lang=de&download=NHZLpZeg7t,lnp6I0NTU042I2Z6In1acy4Zn4Z2qZpnO2Yuuq2Z6gpJCGdX17gWym>

	Die Ergebnisse wurden zu einer ersten Vision zusammengefügt, die Ausformulierung, Weiterentwicklung, Konkretisierung und Verdichtung sollen in der zweiten Phase ab 2017 erfolgen.
Zielgruppen	BürgerInnen, Verbände und Unternehmen, Wissenschaft
Rolle der Zivilgesellschaft	Durch ein Symposium mit BürgerInnen und die Adressierung von Bürgerbeteiligung in der vorläufigen Vision ist ein erster Grundstein für die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Entwicklung der Konstanzer Vision 2030+ gelegt. Insgesamt bleibt die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen bzw. der BürgerInnen auf diese wenigen Aktivitäten beschränkt. Die Organisation und Lenkung des Prozesses obliegt primär der Lenkungsgruppe aus Oberbürgermeister, VertreterInnen des Stadtrats sowie der städtischen Gesellschaften (z.B. Stadtwerke). Nur wenige BürgerInnen begleiten diesen Prozess, wobei deren Auswahl nicht transparent wird.
Handlungsfelder	Handlungsfelder: Stadt.Wohnen, Stadt.Intelligent, Stadt.Gemischt, Stadt.Mobil
Besondere Stärken	Soziale Mischung und Integration werden explizit in die Visionsentwicklung einbezogen.
Förderung/Sponsoring, soweit erkennbar	Der Wettbewerb ist Teil der Leitinitiative „Zukunftsstadt“ des Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltige Entwicklungen“ des BMBF. Die Höhe der Fördersumme steigt mit jeder Phase, wobei die abgeschlossene erste Phase mit je bis zu 35.000 € gefördert wurde. Die zweite Phase kann mit bis zu 200.000 € gefördert werden und die dritte Phase soll eine höhere noch nicht genau definierte Förderung erhalten.
Ansprechperson	Marion Klose Projektleitung Zukunftsstadt Konstanz Kontakt: Marion.Klose@konstanz.de
Quellen	http://www.konstanz.de/umwelt/01029/01065/07283/index.html http://www.konstanz.de/umwelt/01029/01065/07283/index.html?lang=de&download=NHzLpZeg7t,lnp6lONTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpnO2Yug2Z6gpJCGdX17gWym162epYbg2c_JjKbNoKSn6A--

Name	Oberhausen – Auswahl für die zweite Phase im BMBF-Wettbewerb „Zukunftsstadt“
Lage/ Größe	Oberhausen, Nordrhein-Westfalen, Deutschland Einwohner: 212.460 (Stand 31. Dez. 2016, Quelle: Stadt Oberhausen 2017)
Kurzbeschreibung	Oberhausen ist den Herausforderungen als schrumpfende Stadt, die vom Strukturwandel der Montanindustrie betroffen ist, bereits mit einigen Projekten der ökonomischen, ökologischen und sozialen Stadterneuerung begegnet. Mit der Teilnahme am Wettbewerb Zukunftsstadt will sich die Stadt nun weiter wandeln. Aufbauend auf Erfahrungen beim Stadtentwicklungskonzept Oberhausen 2020, in das die Kreativität, Innovationslust und der Mut der BürgerInnen einbezogen wurden, soll im Rahmen des Wettbewerbs auch Freiraum für visionäres Denken geschaffen werden.
Auswahl aus Wettbewerb Zukunftsstadt	Grundlage für die Auswahl war die Bandbreite an Ideen, die unter dem Motto „Ideenfabrik Oberhausen – da geht was!“ unter breiter Beteiligung (BürgerInnen, RatsvertreterInnen, Verwaltung, Unternehmen, Verbände, Wissenschaft) gesammelt und zu einer ganzheitlichen Vision ausgearbeitet worden sind. ²³
Zeitleiste	Dreistufiges Verfahren: Bewerbung, Erste Phase 2015-2016, zweite Phase 2017-2018, Dritte Phase nach 2018 (jeweils erneute Auswahl durch das BMBF)
Initiator/ Koordinator	Partner bei der Bewerbung: Stadt Oberhausen, Fraunhofer Institut UMSICHT für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Lokalredaktion Oberhausen
Weitere Unterstützer	Aktive Begleitung und Steuerung durch ein Zukunftsstadt-Team: Projektpartner, Lokale Agenda-Büro Oberhausen, Jugendparlament, etliche Stellen der Stadtverwaltung
Ziele	Gemeinschaftlich entwickelte Vision Oberhausen 2030+, wobei ein „neues Gefühl von Gemeinsamkeit und Identifikation erzeugt“ werden soll.
Inhalte	Visionen zur Zukunft wurden in Umfragen zu den Themen Kultur, Dialog, Mobilität, Arbeit und Image eingeholt. Die Ergebnisse sind online einsehbar. ²⁴ Es wurden mehrere Visionen zu den genannten Themenbereichen erarbeitet.
Organisation/ Gremien	Erste Phase 2015 - 2016: Beteiligungsworkshops, Umfragen zur Zukunft in der Stadt zu fünf Themenbereichen (Kultur, Dialog, Mobilität, Arbeit und Image), Möglichkeiten Fotos, Texte hochzuladen Zweite Phase 2017-Mitte 2018: Geplant ist, gemeinsam mit den BürgerInnen ein Planungs- und Umsetzungskonzept zu erarbeiten. Dritte Phase: noch offen
Zielgruppen	Bürgerschaft, Unternehmen, Wissenschaft

²³ <https://idw-online.de/de/news656425>

²⁴ <http://www.vision-2030-oberhausen.de/category/umfragen/>

Rolle der Zivilgesellschaft	Die Zivilgesellschaft soll bei der gemeinsamen Entwicklung der Vision Oberhausen 2030+ eine wichtige Rolle spielen. BürgerInnen sind zurzeit dazu aufgefordert, eigene Visionen zu formulieren, und auf die Onlineplattform der Zukunftsstadt Oberhausen hochzuladen. ²⁵ Die Beteiligungsformate sind jedoch vorwiegend auf Befragungen beschränkt.
Handlungsfelder	„Oberhausen, eine Stadt mit Kultur“ „Oberhausen, eine Stadt im Dialog“ „Oberhausen, eine Stadt im wirtschaftlichen Wandel“ „Oberhausen, eine soziale und familienfreundliche Stadt“ „Oberhausen, eine lebenswerte Stadt“
Besondere Stärken	Breite Einbindung von Akteuren, Anknüpfung an Stadtentwicklungskonzept Oberhausen 2020 möglich.
Förderung/Sponsoring, soweit erkennbar	Der Wettbewerb ist Teil der Leitinitiative „Zukunftsstadt“ des Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltige Entwicklungen“ des BMBF. Die Höhe der Fördersumme steigt mit jeder Phase, wobei die abgeschlossene erste Phase mit je bis zu 35.000 € gefördert wurde. Die zweite Phase kann mit bis zu 200.000 € gefördert werden und die dritte Phase soll eine höhere noch nicht genau definierte Förderung erhalten.
Ansprechperson	Sabine Lauxen Dezernat Umwelt, Gesundheit, ökologische Stadtentwicklung und –planung Stadt Oberhausen Kontakt: sabine.lauxen@oberhausen.de
Quellen	http://www.vision-2030-oberhausen.de/category/neuigkeiten/ http://www.vision-2030-oberhausen.de/category/umfragen/ http://www.vision-2030-oberhausen.de/category/visionen/

²⁵ <http://www.vision-2030-oberhausen.de/visionen/>

4.7 Wettbewerb „Orte des Fortschritts NRW“

Name	Hattingen „Zentrum für Bürgerschaftliches Engagement“ – Orte des Fortschritts NRW
Lage/ Größe	Hattingen, Nordrhein-Westfalen, Deutschland Einwohner: 56.347 (Stand 31. Dez. 2016, Quelle: Stadt Hattingen 2017)
Kurzbeschreibung	Als „Zentrum für Bürgerschaftliches Engagement“ hält das ehemalige Schulgebäude Holschentor für die Nutzung durch gemeinnützige Gruppen, Initiativen und Vereine der Stadt Hattingen, die sich in der Stadtgesellschaft engagieren, insgesamt fünf Gruppenräume vor, die an jedem Wochentag genutzt werden können. Umwidmung des ehemaligen Schulgebäudes durch Förderung des Landes NRW und ehrenamtlicher Arbeit. Des Weiteren bietet das Gebäude der Freiwilligenagentur einen neuen Sitz mit besseren Räumlichkeiten und ansprechenden Möglichkeiten für Gruppentreffen.
Auswahl aus Wettbewerb Orte des Fortschritts NRW	Die Auszeichnung würdigt den Umbau des denkmalgeschützten, stadt- bildprägenden Gebäudes in ein Zentrum für bürgerschaftliches Engagement. Hervorgehoben werden die zahlreichen bürgerschaftlichen Vereine und Gruppen, die das Zentrum nutzen. ²⁶
Zeitleiste	2013: Stadtentwicklungskonzept Hattingen 2030, 2016: Eröffnung Zentrum für bürgerschaftliches Engagement
Initiator/ Koordinator	Freiwilligenagentur der Stadt Hattingen, ehrenamtlicher Nutzerrat
Weitere Unterstützer	EhrenamtlerInnen Partner: Sparkasse Hattingen, Stadtwerke Hattingen, HWG eG Immobilienagentur in Hattingen, Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW
Ziele	Aktive Bürgerschaft entwickeln, gesellschaftlichen Mehrwert (z.B. im sozialen, kulturellen, ökologischen, sportlichen und gesellschaftspolitischen Bereich) schaffen
Inhalte	Das Grundprinzip ist Öffentlichkeit, Transparenz und Solidarität. Die Freiwilligenagentur bietet gemeinnützigen Organisationen und interessierten BürgerInnen ein breites Spektrum an Unterstützung: Organisationen, die mit Ehrenamtlichen und Freiwilligen arbeiten, können ihre Angebote anmelden und Werbung für eine Mitarbeit in ihren Reihen machen. BürgerInnen und Unternehmen können sich in der Freiwilligenagentur beraten, begleiten und in ein passendes ehrenamtliches Engagement vermitteln lassen. Gemeinnützige Organisationen erhalten von der Freiwilligenagentur Unterstützung für ein zeitgemäßes Freiwilligenmanagement. Die Freiwilligenagentur Hattingen fördert Anerkennungskultur und Qualifizierung von freiwilligem Engagement für sportliche, kulturelle, soziale, ökologische und andere Felder.

²⁶ <https://www.engagiert-in-nrw.de/nrw-auszeichnung-fuer-engagement-orten-des-fortschritts>

Organisation/ Gremien	Die Freiwilligenagentur ist eine Stabsstelle beim Bürgermeister in Hattingen und gehört organisatorisch dem Bereich Presse/Internet/Ehrenamt an.
Zielgruppen	Gruppen und Organisationen, die durch ihr Engagement gesellschaftlichen Mehrwert generieren (z.B. im sozialen, kulturellen, ökologischen, sportlichen und gesellschaftspolitischen Bereich).
Rolle der Zivilgesellschaft	Das Zentrum für bürgerschaftliches Engagement lebt von dem ehrenamtlichen Einsatz der BürgerInnen, die es selbst mit aufgebaut und gestaltet haben. Indem es gemeinnützige Organisationen, Unternehmen und BürgerInnen über die Freiwilligenagentur der Stadt zusammen bringt, fördert es das Engagement aus der Zivilgesellschaft für die Zivilgesellschaft.
Handlungsfelder	Soziales, kulturelles, ökologisches, sportliches und gesellschaftspolitisches Engagement
Besondere Stärken	Mit dem Zentrum ist ein Raum für bürgerschaftliches Engagement geschaffen: Das ehemalige Schulgebäude, selbst von BürgerInnen umgebaut, kann von gemeinnützigen Gruppen und Organisationen genutzt werden: „Das Holschentor lebt von der Vielfalt der Nutzergruppen, die in Gemeinschaft wirken.“ ²⁷
Förderung/ Sponsoring, soweit erkennbar	Zum Umbau des Holschentors: Förderung des Landes NRW, Eigenleistung Ehrenamtler (10 %), Stadt Hattingen (10 %).
Ansprechperson	Thomas Griesohn-Pflieger Pressereferent, Stadt Hattingen Kontakt: t.griesohn-pflieger@hattingen.de Andreas Gehrke Leitung Freiwilligenagentur Kontakt: a.gehrke@hattingen.de
Quellen	http://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Leben%20in%20Hattingen/Ehrenamt/ http://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Downloads/Flyer/02freiwilligenagentur2016.pdf https://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Rathaus/B%C3%BCrgermeister/Reden%20und%20Videos/2016-04-30holschentor.pdf

²⁷ http://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Downloads/Flyer/02freiwilligenagentur2016.pdf

Name	Langenfeld „ganzheitliches Demografiekonzept“ – Orte des Fortschritts NRW
Lage/ Größe	Langenfeld, Nordrhein-Westfalen, Deutschland Einwohner: 58.033 (Stand 31. Dez. 2015, Quelle: IT.NRW 2016)
Kurzbeschreibung	Die Stadt Langenfeld ist seit 2005 Initiator, Motor, Gestalter und Haupt-Netzwerker im Rahmen der Gestaltung des demografischen Wandels. Ein ganzheitliches Demografiekonzept zu erarbeiten setzt voraus, die Entwicklung der Bevölkerung zu beobachten und deren Folgen vorausschauend zu analysieren und zu steuern. Mit relativ geringem Personalaufkommen werden bereits über ein Jahrzehnt ganz konsequent, ineinander verzahnend, sämtliche Lebensbereiche in den Planungsprozess einbezogen und ein allumfassendes, ressortübergreifendes, mit vielen Partnern abgestimmtes Demografiekonzept entworfen und umgesetzt.
Auswahl aus Wettbewerb Orte des Fortschritts NRW	Gewürdigt wird der Ansatz, den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Seine Besonderheit besteht gerade darin, „dass nicht Einzelmaßnahmen, sondern ein ressortübergreifendes, mit vielen Partnern abgestimmtes Gesamtkonzept entwickelt wurde.“ ²⁸
Zeitleiste	Seit 2002: Beschäftigung Langenfelds mit demografischem Wandel (erste Projekte, zunächst nur für ältere Bevölkerung) 2003: „Seniorenbericht 2030“ (Grundstein, Bevölkerungsentwicklung) 2005: Gründung Seniorenbüro (einheitliche Anlaufstelle für die Belange älterer Bürgerschaft), Freiwilligenagentur, „Netzwerk Demenz“ (Aufbau pflegerischer Angebote und Gestaltungsmöglichkeiten), Elternschule, Senioren-Familienmesse 2007: interdisziplinäre, intergenerationelle Projekte 2012: Demografiebericht (jährlich), Hauptaugenmerk auf Stadtentwicklung, Bürgerbeteiligung und Ermöglichungskultur 2014: Kooperation Industrieverein zu Fachkräfterekrutierung und -erhalt
Initiator/ Koordinator	Stadt Langenfeld (Verwaltung und Rat)
Weitere Unterstützer	AWO Arbeiterwohlfahrt, CBT Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft mbH, ZWAR NRW zwischen Arbeit und Ruhestand Zentralstelle NRW, ev. und kath. Kirche, CEfAS Centrum für Alternsstudien der Universität Köln 250 Multiplikatoren (Vereine, Verbände, Organisationen, Kirchen, Einzelhandel, Unternehmen, Ärzte, Apotheken, Pflegedienste, Kreis Mettmann)
Ziele	Im Mittelpunkt stehen bei allen Maßnahmen der Mensch und die Erfüllung seiner Bedürfnisse in einer sich wandelnden Gesellschaft. Die Bürgerschaft wird intensiv in die Ermittlung der notwendigen Handlungsfelder eingebunden. Demografiekongresse, Workshops und zahlreiche Befragungen dienen hierbei als Planungsgrundlage.
Inhalte	Die zunehmende Zahl der Senioren, die gesteigerte Bedeutung des freiwilligen Engagements aber auch der ansteigende Teil der an Demenz erkrankten Menschen an der Gesamtbevölkerung haben die Verwaltung veranlasst, für diesen Personenkreis Ansprechstellen im Rathaus zu installieren in Form des Seniorenbüros, der Freiwilligenagentur, und dem

²⁸ <https://www.engagiert-in-nrw.de/nrw-auszeichnung-fuer-engagement-orten-des-fortschritts>

	<p>„Netzwerk Demenz“. Als weitere Reaktion auf die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung wurde die Elternschule initiiert aber auch Maßnahmen wie die Seniorenmesse und dann fachbereichs- und generationenübergreifend die Familienmesse durchgeführt.</p> <p>Als Ergebnis kann festgestellt werden, dass Langenfeld den negativen Aspekten aus dem 2002 prognostizierten Wandel erfolgreich begegnet ist und die Bevölkerungszahl angewachsen ist. Langenfeld will den beschrittenen Weg jedoch konsequent weiter gehen und eine engagierte Ansiedlungspolitik junger Familien angehen.</p>
Organisation/ Gremien	Die ersten Schritte der Auseinandersetzung mit der erwarteten Bevölkerungsentwicklung wurden im Seniorenbericht 2030 dokumentiert. Daraus entstand im Demografiekonzept die Fortsetzungsreihe „Langenfeld - unsere Zukunft“, in der bis heute vier Bände erschienen sind. Im jährlichen Demografiebericht sind aus allen Fachbereichen der Stadtverwaltung demografiebedingte Entwicklungen sowie steuernde Projekte und Maßnahmen beschrieben.
Zielgruppen	Kommune, Zivilgesellschaft Langenfelds
Rolle der Zivilgesellschaft	Um die Herausforderungen des demografischen Wandels anzugehen, werden zivilgesellschaftliche Partner und BürgerInnen (z.B. bei Workshops) schon in die Planungsprozesse und die Ermittlung von Handlungsfeldern mit eingebunden.
Handlungsfelder	Handlungsfelder reichen von Sozialbelangen, Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr, Mobilität, Kultur, Bildung über die Geschäftsfelder: Kinder/Jugend//Familie/Schule/Sport bis hin zu den eigentlichen Sozial- und Seniorenangelegenheiten.
Besondere Stärken	Langenfeld ist eine der ersten Städte in Deutschland, die sich konzeptionell mit den Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf das eigene Gemeinwesen auseinandergesetzt hat. Es wurden keine Einzelmaßnahmen, sondern ein umfassendes, ressortübergreifendes, mit vielen Partnern abgestimmtes Gesamtkonzept entwickelt, das Vorbild, für entsprechende Planungsprozesse in anderen Kommunen sein kann.
Förderung/ Sponsoring, soweit erkennbar	Unbekannt
Ansprechperson	<p>Marion Prell Demografiebeauftragte Stadt Langenfeld Kontakt: marion.prell@langenfeld.de</p> <p>Cordula Theis, Koordination demografische Entwicklung, Quartiersentwicklung Stadt Langenfeld Kontakt: cordula.theis@langenfeld.de</p>
Quellen	<p>http://langenfeld.active-city.net/city_info/webaccessibility/index.cfm?item_id=856250&waid=157</p> <p>http://langenfeld.active-city.net/city_info/display/dokument/show.cfm?region_id=138&id=352751&design_id=3340&type_id=0&titletext=1</p> <p>http://langenfeld.active-</p>

	city.net/city_info/webaccessibility/index.cfm?region_id=138&waid=9&item_id=0&link_id=213813029
--	--

Name	„Nachbarschaft Samtweberei Krefeld“ – Orte des Fortschritts NRW
Lage/ Größe	Samtweberviertel in Krefeld, Nordrhein-Westfalen, Deutschland Einwohner (Krefeld gesamt): 233.034 (Stand 31. Juni 2016, Quelle: Stadt Krefeld 2017)
Kurzbeschreibung	Die „Nachbarschaft Samtweberei“ ist ein Modellvorhaben aus dem Programm „Initialkapital für eine chancengerechte Stadtteilentwicklung“ der Montag Stiftung Urbane Räume gAG. Das Projekt in der Krefelder Südweststadt kombiniert die Revitalisierung einer großen, leerstehenden Immobilie (denkmalgeschützte Samtweberei) mit der gezielten Förderung von Gemeinwesenarbeit und zivilgesellschaftlich getragener Quartiersentwicklung. Es entsteht ein neuer Stadtbaustein aus Wohnen, Arbeiten und verschiedenen öffentlichen Nutzungen. Die BewohnerInnen des Viertels sind dabei intensiv eingebunden und entscheiden mit. Überschüsse aus der Bewirtschaftung werden anschließend zur Förderung der Gemeinwesenarbeit im Viertel verwendet.
Auswahl aus Wettbewerb Orte des Fortschritts NRW	Die Auszeichnung würdigt das Leuchtturmprojekt als ein „herausragendes Beispiel für gemeinwohlorientierte Quartiersentwicklung.“ ²⁹ Besonders überzeugen konnte das Konzept, das Nutzer und Immobilienwirtschaft dazu verpflichtet, die Quartiersentwicklung durch gemeinnützige Beiträge voranzutreiben.
Zeitleiste	Start: 2013 (Reaktivierung d. Gewerbeareals) 2014 Eröffnung „Pionierhaus“ (25 Unternehmen, 60 Arbeitsplätze) Seit 2015 Torhaus (sechs Unternehmen, 30 Arbeitsplätze) Ab 2017 Denkmal (37 tlw. Öffentlich geförderte Mietwohnungen, eine Gewerbeeinheit) Ende Juni 2017: Fertigstellung des Baus Ab 2018 offenes Nachbarschaftswohnzimmer (Torhaus), Gemeinschaftsgärten und überdachter Freiraum (Shedhalle)
Initiator/ Koordinator	Stadt Krefeld, Wohnstätte Krefeld, Montag Stiftung urbane Räume gAG
Weitere Unterstützer	Gemeinnützige Projektgesellschaft „Urbane Nachbarschaft Samtweberei gGmbH (UNS)“ gegründet durch Carl Richard Montag Förderstiftung BürgerInnen, Kommunen, soziale Dienstleister/Wohlfahrtsverbände (z.B. Bürgerverein Bahnbezirk, Caritas, Schulen und Kindergärten, Hochschule Niederrhein etc.)
Ziele	Mit Hilfe des Handlungsprogramms soll in der alten Samtweberei ein ganzheitliches, gemeinschaftliches Wohnkonzept entstehen, welches auf sozialer, kultureller und ökonomischer Ebene Ausstrahlungseffekte auf das gesamte Quartier Samtweberei hat.
Inhalte	Das Projekt beruht auf drei Säulen, die miteinander in Beziehung stehen: (1) Das Samtweberviertel Das Zusammenleben im Viertel und das Bild des Viertels sollen kurzfristig über gemeinsame Projekte der BewohnerInnen sowie der ansässigen Einrichtungen verbessert und mittelfristig über eine auf die Bedürfnisse und Ressourcen des Viertels abgestimmte Gemeinwesenarbeit gestärkt werden.

²⁹ <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/nrw-ministerien-ehren-krefelder-projekt-samtweberei-aid-1.5139011>

	<p>(2) Die Nachbarschaft Samtweberei Die Nutzungen in der Immobilie Alte Samtweberei sollen Effekte auf die Entwicklung des Viertels haben. Von den Nutzern soll ein Impuls für die Umgebung ausgehen und es sollen Projekte und Ereignisse angeboten werden, die den Standort zu einem Ort der lokalen Gemeinschaft über die die Grundstücksgrenzen hinweg machen.</p> <p>(3) Die Immobilie Samtweberei Die Immobilie soll – neben den sozialen Effekten auf das Viertel – mittelfristig so viel Geld erwirtschaften, dass die Erträge (ca. 60.000 € pro Jahr) auf Dauer die Projekte und Programme der Zusammenarbeit im Viertel unterstützen.</p>
Organisation/ Gremien	<p>Das Projekt gliedert sich in vier Phasen: Phase Null: Entwicklung des Handlungsprogramms, Aufbau der Projektorganisation, Schärfen der Ziele und Inhalte, Maßnahmen- und Zeitpläne aller Projektbausteine, Umsetzung von ersten Maßnahmen. Phase Eins: Implementierung der Konzepte, Aufbau und Professionalisierung der Gemeinwesenarbeit, Entwicklung und Erstbezug der Immobilie, laufende Evaluation. Phase Zwei: Probetrieb, Nachjustierung, Verstetigung aller Maßnahmen. Phase Drei: Verstetigung und Rückzug der Stiftung bzw. der externen Projektsteuerung, ggf. weiterer Immobilienerwerb im Lewerentzblock/Stadtteil.</p> <p>Wichtige Umsetzungsschritte: - Partizipation von ca. 60 Wohn-Interessierten - Entwicklung eines Handlungsprogramms „Zukunft für das Samtweberviertel“</p>
Zielgruppen	Es geht um Stadteile, die auf „der Kippe“ stehen und eventuell Gefahr laufen, in eine Abwärtsspirale aus Armut und Ausgrenzung zu fallen, die aber ebenso in einen Prozess der Aufwertung mit stark steigenden Mieten und der Verdrängung der ansässigen Bevölkerung geraten können.
Rolle der Zivilgesellschaft	Das Modellvorhaben wird getragen von der Zivilgesellschaft und dem Engagement der im Samtweberviertel ansässigen BürgerInnen.
Handlungsfelder	Immobilienentwicklung, Gemeinwesenarbeit, zivilgesellschaftlich getragene Stadtteilentwicklung
Besondere Stärken	In dem Wohnvorhaben verbinden sich Gemeinwesenarbeit und Wohnungsunternehmen. Mietverträge sind gekoppelt an »Viertelstunden«: Pro m ² gemieteter Fläche erbringen die Unternehmen pro Jahr eine Stunde gemeinnützige Arbeit für das Samtweberviertel.
Förderung/ Sponsoring, soweit erkennbar	Grundstück im Erbbaurecht (Verzicht auf Erbbauzins wg. Gemeinnützigkeit) Eigenkapital (Carl Richard Montag- Förderstiftung) Fremdkapital (GLS Bank, Hannoversche Kassen) Wohnraumförderung Darlehen (NRW Bank) Städtebauförderung (Land NRW/Stadt Krefeld) Förderung auf 5 Jahre für Gemeinwesenarbeit
Ansprechperson	Birgit Causin Stadtumbaukoordinatorin, Stadt Krefeld

	<p>Kontakt: birgit.causin@krefeld.de</p> <p>Henry Beierlorzer UNS-gGmbH Kontakt: beierlorzer@samtweberei.de</p>
Quellen	<p>http://samtweberviertel.de/modellprojekt/ http://samtweberviertel.de/wp-content/uploads/2014/03/Handlungsprogramm_Samtweberviertel.pdf http://www.montag-stiftung-en.de/fileadmin/Redaktion/Urbane_Raeume/PDF/Veroeffentlichungen/UNS_Auf_gute_Nachbarschaft_Samtweberviertel.pdf</p>

4.8 Wettbewerb „Bildung für Nachhaltige Entwicklung: Dekade-Kommunen“

Name	Erfurt – BNE Dekade-Kommune
Lage/ Größe	Erfurt, Thüringen, Deutschland Einwohner: 211.590 (Stand 31. Dez. 2016, Quelle: Landeshauptstadt Erfurt 2017)
Kurzbeschreibung	<p>Das besondere Engagement der Stadt Erfurt im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung geht auf die Umsetzung der Agenda 21 ab 1998 zurück. Während der „UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 – 2014) ist die Landeshauptstadt Thüringens vier Mal als BNE-Kommune ausgezeichnet worden.</p> <p>Nach dem Start der Umsetzung des an die UN-Dekade anknüpfenden UNESCO-Weltaktionsprogramms in Deutschland (Nationale Plattform für BNE) im September 2015 fand im Erfurter Rathaus die Impulsveranstaltung für Thüringen und für die Beteiligung der BNE-Stadt Erfurt statt.</p> <p>Seit Juli 2016 ist Erfurt zudem eine „Kommune mit Auszeichnung“ im Rahmen des an die UN-Dekade anknüpfenden Weltaktionsprogrammes zur Umsetzung des Weltaktionsplanes BNE. Der Titel ist für zwei Jahre gültig. Mit der Auszeichnung im Rahmen des Weltaktionsprogrammes konnte ein weiterer Meilenstein für die Umsetzung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung gesetzt werden, die auch in Zukunft weiter verfolgt werden soll.</p>
Auswahl aus Wettbewerb BNE Dekade-Kommunen	Ein wichtiger Faktor bei der Umsetzung von BNE vor Ort, der im Laufe der UN-Dekade wiederholt gewürdigt worden ist, besteht in dem Bildungleitbild der Stadt in dem das Engagement „für eine Bildung, die Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen nachhaltiges Denken und Handeln vermittelt“ ³⁰ fest verankert ist.
Zeitleiste	<p>Ab 1998: Umsetzung der lokalen Agenda 21, 2005 – 2014: UN-Dekade, 2008: Erste Auszeichnung BNE Dekade-Kommune, 2010: Zweite Auszeichnung BNE Dekade-Kommune, 2012: Dritte Auszeichnung BNE Dekade-Kommune, 2013: Vierte Auszeichnung BNE Dekade-Kommune, 2009 – 2014: Programm Lernen vor Ort, 2015 – 2019: UNESCO-Weltaktionsprogramm, 2016: BNE-Preis „Kommune mit Auszeichnung“ des UNESCO-Weltaktionsprogrammes</p>
Initiator/ Koordinator	Stadt Erfurt Dezernat Wirtschaft und Umwelt; Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement
Weitere Unterstützer	Deutsche UNESCO-Kommission Lernen vor Ort (Gemeinsame Initiative des BMBF mit deutschen Stiftungen)

³⁰ <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/agenda21/bne/erfurt/index.html>

	Universität Erfurt/InnoNet BNE (Förderung durch das BMBF vom 09/2012 bis 08/2013)
Ziele	Ganzheitliche Transformation von Lern- und Lehrumgebungen Kompetenzentwicklung bei Lehrenden und Multiplikatoren Stärkung und Mobilisierung der Jugend Förderung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene
Inhalte	Im Laufe der UN-Dekade sind seit 2006 insgesamt 19 verschiedene Projekte unterschiedlicher Träger aus Erfurt mit dem Titel offizieller BNE-Projekte (für je zwei Jahre gültig) versehen worden. Als Beispiel kann das von der AG Nachhaltigkeit e. V. initiierte Studium-fundamentale-Projekt „Sustainability – Face the Challenge!“ genannt werden. Neben den offiziell ausgezeichneten Projekten der UN-Weltdekade wurden in Erfurt bereits zahlreiche weitere kommunale BNE-Projekte von Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen, sowie von Betrieben, Vereinen und Stiftungen umgesetzt. Viele sind auf Basis der lokalen Agenda 21 entwickelt worden, die den Hintergrund der Erfurter BNE-Ansätze im Rahmen der UN-Dekade und darüber hinaus bildet. Sie war bereits 1998 zur Förderung einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Stadtentwicklung vom Stadtrat beschlossen worden.
Organisation/ Gremien	Seit dem Startschuss der lokalen Agenda 21 2008 sind in Erfurt zahlreiche BNE-Projekte umgesetzt worden. Von den 19 während der UN-Dekade ausgezeichneten Erfurter Projekten hatten 16 ihren Wirkungsbereich direkt in der Stadt (z.B. Energiegarten der Fachhochschule Erfurt) und drei haben über die Stadtgrenzen hinaus gewirkt (z.B. „Sustainability – Face the Challenge!“ der AG Nachhaltigkeit e. V.). Darunter befinden sich auch Bildungsnetzwerke, wie das drei Mal ausgezeichnete „JUBiTh - Netzwerk für JugendUmweltBildung“, oder das von der Universität Erfurt koordinierte Innovationsnetzwerk Bildung für nachhaltige Entwicklung (InnoNet BNE). Dabei handelt es sich um ein „regionales Netzwerk von Akteuren aus Bildung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Kommune zur Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung.“ ³¹ Ein weiterer bestimmender Faktor bei der Umsetzung von Projekten und Maßnahmen im Sinne von BNE in allen Bildungsbereichen war das im Rahmen des Bundesmodellprojektes "Lernen vor Ort" entwickelte und vom Stadtrat beschlossene Bildungsleitbild der Stadt. Das Programm "Lernen vor Ort" unterstützte Erfurt auf dem Weg zur Bildungsstadt. Durch die Förderung konnte von 2009 bis 2014 ein erfolgreiches kommunales Bildungsmanagement aufgebaut werden.
Zielgruppen	Kinder und Jugendliche (frühkindliche und schulische Bildung), Erwachsene (berufliche Bildung, Hochschule, non-formale Bildung), Multiplikatoren (Lehrer, Erzieher, Kommunen)
Rolle der Zivilgesellschaft	BNE wird in Erfurt von BürgerInnen, SchülerInnen, der Kommune und verschiedensten Projektträgern gemeinsam gestaltet. Die Stadt informiert zudem über die Möglichkeiten der freiwilligen Bürgerbeteiligung.
Handlungsfelder	BNE in den Bildungsbereichen: Frühkindliche Bildung, Schulische Bildung, Berufliche Bildung, Hochschulbildung, Informelles und non-formales Lernen

³¹ <https://www.uni-erfurt.de/projekt-innovationsnetzwerk-bne/>

	Thematische Schwerpunkte: Energie, Ernährung, Innovationen, Klima, Lokale Agenda 21, Mobilität und Verkehr, Nachhaltige Städte und Gemeinden, Nachhaltiger Konsum und Produktion, Reduzierung sozialer Ungleichheiten
Besondere Stärken	Besonders hohe Vielfalt an lokalen, von der deutschen UNESCO-Kommission ausgezeichneten, Projekten
Förderung/ Sponsoring, soweit erkennbar	Förderung im Rahmen des Bundesmodellprogramms „Lernen vor Ort“; evtl. weitere unbekannt
Ansprechperson	Kathrin Hoyer Dezernat Wirtschaft und Umwelt; Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement Stadt Erfurt Kontakt: dezernat06@erfurt.de
Quellen	http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/agenda21/bne/erfurt/index.html http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/agenda21/bne/projekte/index.html http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/agenda21/bne/plus/index.html https://www.uni-erfurt.de/projekt-innovationsnetzwerk-bne/

Name	Gelsenkirchen – BNE Dekade-Kommune
Lage/ Größe	Gelsenkirchen, Nordrhein-Westfalen, Deutschland Einwohner: 264.841 (Stand 26. Mai 2017, Quelle: Stadt Gelsenkirchen 2017)
Kurzbeschreibung	Im Laufe der UN-Dekade (2005 – 2014) ist der Stadt Gelsenkirchen vier Mal der Titel „Stadt der UN-Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ verliehen worden. Die erste Auszeichnung erhielt Gelsenkirchen 2008 als erste Stadt im Ruhrgebiet überhaupt. 2012 erhielt die Stadt für ihr herausragendes Engagement zudem den BNE-Sonderpreis, der im Rahmen des Ersten Deutschen Nachhaltigkeitspreises für Kommunen von der deutschen UNESCO-Kommission überreicht worden ist. Auch seit dem Verstreichen der UN-Dekade wird das Engagement für eine BNE in Gelsenkirchen fortgeführt und weiter ausgebaut. Die Kommune nimmt am Wettbewerb „Zukunftsstadt 2030+“ mit dem Schwerpunkt BNE teil und hat dazu unter Beteiligung verschiedener Akteure die Vision einer „Lernenden Stadt“ ausgearbeitet. 2016 ist Gelsenkirchen erneut von der UNESCO im Rahmen des Weltaktionsprogrammes zur Förderung von BNE ausgezeichnet worden.
Auswahl aus Wettbewerb BNE Dekade-Kommunen	Durch die viermalige Auszeichnung während der BNE-Dekade hat die UNESCO insbesondere das große Netzwerk in Gelsenkirchen gewürdigt, das dazu beigetragen hat, „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Stadt voranzutreiben und in allen Bildungsbereichen zu verankern.“ ³²
Zeitleiste	Ab 2005: UN-Dekade, 2008: Erste Auszeichnung BNE Dekade-Kommune, 2012: Sonderpreis „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, ab 2015: UNESCO-Weltaktionsprogramm, 2015: Teilnahme am Wettbewerb Zukunftsstadt, 2016: BNE-Preis des UNESCO-Weltaktionsprogrammes
Initiator/ Koordinator	Stadt Gelsenkirchen aGEnda 21-Büro Gelsenkirchen
Weitere Unterstützer	Deutsche UNESCO-Kommission Landesregierung NRW: BnE-Agentur NRW Bildung für nachhaltige Entwicklung – Zukunft lernen NRW (2016-2020)
Ziele	Ganzheitliche Transformation von Lern- und Lehrumgebungen: Integration von Nachhaltigkeitsprinzipien Kompetenzentwicklung bei Lehrenden und Multiplikatoren Stärkung und Mobilisierung der Jugend Förderung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene
Inhalte	Bildung für nachhaltige Entwicklung ist nicht erst seit den UNESCO-Auszeichnungen in allen Bildungsbereichen in Gelsenkirchen verankert, sondern wird bereits seit der Beteiligung der Stadt am Agenda 21-Prozess als thematischer Schwerpunkt verfolgt. Seitdem existieren mannigfaltige Projekte und Aktivitäten zur BNE von der Stadtverwaltung, schulischen und außerschulischen Bildungsträgern, die sich seit 2008 fortschreitend vernetzt haben und von dem städtischen aGEnda 21-Büro koordiniert werden. Mit dem UN-Dekadenprojekt „Färbergärten“ und der

³² https://www.gelsenkirchen.de/de/bildung/bildung_fuer_nachhaltige_entwicklung/

	„Kreativwerkstatt“ sind nur zwei von zahlreichen Beispielen genannt.
Organisation/ Gremien	<p>Wesentliche Umsetzungsschritte für die Etablierung und Weiterentwicklung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung in Gelsenkirchen waren die Beteiligung am Agenda 21-Prozess und der Beschluss der Kommune, seit 2008 BNE zum Leitbild der Stadtentwicklung zu machen. Seitdem sind zahlreiche einschlägige Projekte in unterschiedlichen Akteurskonstellationen entstanden, sowie ein umfassendes Netzwerk der Projekte. Beispiele hierfür sind Kolleg 21, Kreativwerkstatt, Färbergärten, Öko-Profit, Konsum und Lebensstile, Multiplikatoren Ausbildung, Kita Check, und die Bildungsoffensive Hassel, die „Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung freier und öffentlicher Träger mit den Schulen, mit bürgerschaftlichem Engagement und mit ansässigen Unternehmen im Stadtteil Hassel“ verknüpft.³³</p> <p>Neben der Projektorientierung ist die strukturelle Verankerung einer BNE fokussiert worden, u.a. in der Stabsstelle beim Stadtdirektor und als fester Programmbereich in der Volkshochschule.</p> <p>Mit der Teilnahme am Wettbewerb Zukunftsstadt des BMBFs sind weitere Wegmarken, die in die Zukunft weisen, gesetzt. Hierfür wurde die Vision einer „Lernenden Stadt“ entwickelt, sowie eine „Gelsenkirchener Erklärung“³⁴ mit konkreten Handlungsfeldern abgegeben, die unter Einbindung der Stadtgesellschaft ausgearbeitet und von 50 Initiativen aus unterschiedlichen Bereichen (u.a. städtische Einrichtungen, Bildungsinstitutionen und aus der Zivilgesellschaft: Wohlfahrtsverbände, Vereine, Ehrenamtsagentur) unterschrieben worden ist.</p>
Zielgruppen	Kinder und Jugendliche (frühkindliche und schulische Bildung), Erwachsene (berufliche Bildung, Hochschule, non-formale Bildung), Multiplikatoren (Lehrer, Erzieher, Institutionen)
Rolle der Zivilgesellschaft	Seit BNE 2008 ins Leitbild der Stadt aufgenommen worden ist, sind zahlreiche Projekte mit Partizipation der Bürgerschaft, unterschiedlichen Organisationen und Verbänden, sowie Kirchen entstanden.
Handlungsfelder	<p>BNE in den Bildungsbereichen: Frühkindliche Bildung, Schule, Hochschule, Außerschulische Bildung und Weiterbildung, Non-formale und informelle, Bildung, Lehrer-/Erzieher-/Multiplikatoren Ausbildung</p> <p>Thematische Schwerpunkte: Armutsbekämpfung, Energie, Ernährung, Generationengerechtigkeit, Geschlechtergleichstellung, Globalisierung, Interkulturelles Lernen, Kulturelle Vielfalt, Klima, Lokale Agenda 21, Migration, Mobilität und Verkehr, Nachhaltige Städte und Gemeinden, Nachhaltiger Konsum und Produktion, Reduzierung sozialer Ungleichheiten, Wasser</p>
Besondere Stärken	In Gelsenkirchen konnte sich seit dem Agenda 21-Prozess ein erfolgreiches BNE-Netzwerk entwickeln, das mit dem aGenda 21-Büro eine zentrale Koordinierungsstelle in der Stadt hat.
Förderung/ Sponsoring, soweit erkennbar	Unbekannt

³³ www.bildungsoffensive-hassel.de

³⁴ https://assets02.nrwspd.net/docs/doc_9466_2006215135728.pdf

Ansprechperson	Werner Rybarski, aGEnda 21- Büro Gelsenkirchen, Kontakt: rybarski@agenda21.info
Quellen	https://www.gelsenkirchen.de/de/bildung/bildung_fuer_nachhaltige_entwicklung/ http://www.heidelberg.de/hd,Lde/HD/Leben/Stadt+als+UN_Dekade.html http://www.agenda21.info/agenda21_texte/bne.htm https://www.zukunft-lernen-nrw.de/bne-in-nrw/

Name	Heidelberg – BNE Dekade-Kommune
Lage/ Größe	Heidelberg, Baden-Württemberg, Deutschland Einwohner: 156.267 (Stand 31. Dez. 2015, Quelle: Statistisches Bundesamt 2016)
Kurzbeschreibung	Das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist in Heidelberg bereits seit einigen Jahren präsent und prägt das städtische Zusammenleben in vielen Bereichen. Für die erfolgreiche Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung ist die Stadt in den Jahren 2012/2013 bereits zum dritten Mal im Rahmen des UN-Dekade-Projekts mit dem UNESCO-Prädikat „Stadt der Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet worden. Das Land Baden-Württemberg hat die Vermittlung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zudem in seiner Nachhaltigkeitsstrategie verankert und im Rahmen eines Aktionsprogrammes gefördert. Als Mitglied im bundesdeutschen Partnernetzwerk BNE-Kommunen ist Heidelberg darüber hinaus in dem an die Dekade anknüpfenden UNESCO-Weltaktionsprogramm 2015 bis 2019 aktiv.
Auswahl aus Wettbewerb BNE Dekade-Kommunen	In der Begründung der Deutschen UNESCO-Kommission zur wiederholten Auswahl Heidelbergs sind der hohe Grad an Vernetzung und „die gefestigten Strukturen“ gewürdigt worden, durch die es in der Stadt gelungen sei, „die beeindruckend große Zahl von Akteuren auf den Gebieten der BNE-Themen kooperativ und wirkungsvoll zusammenzufassen.“ ³⁵
Zeitleiste	Ab 2005: Start UN-Dekade, 2013: Dritte Auszeichnung BNE Dekade-Kommune, 2015: Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015, ab 2015: Mitglied im Netzwerk des UNESCO-Weltaktionsprogrammes BNE
Initiator/ Koordinator	Stadt Heidelberg Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie
Weitere Unterstützer	Deutsche UNESCO-Kommission Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (Bildung für nachhaltige Entwicklung Baden-Württemberg) Wissenschaftsstadt Heidelberg (Universität und Kommune) Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg Pädagogische Hochschule Heidelberg BNE-Hochschulnetzwerk Baden-Württemberg
Ziele	Vermittlung und strukturelle Verankerung von bildungsbereichs- und generationenübergreifender Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)
Inhalte	Um die Bewusstseinsbildung für Nachhaltigkeit lokal voranzutreiben hat sich in Heidelberg ein beeindruckendes Netzwerk unterschiedlichster Akteure aus Verwaltung, Universität, NGOs, Schulen und Kindertagesstätten gebildet. Die Bildung für nachhaltige Entwicklung ist daher in Heidelberg heute in allen Bildungsbereichen verankert und Teil des öffentlichen städtischen Lebens. Die Bildung eines Bewusstseins für nachhaltige Entwicklung setzt bereits in der frühkindlichen Bildungsphase ein und wird in den Heidelberger Schulen und Hochschulen, der beruflichen und der informellen Bildung (z.B. Zooschule HB) weiter ver-

³⁵<http://www.heidelberg.de/hd,Lde/HD/Leben/Heidelberg+als+Stadt+der+UN+Weltdekade+Bildung+fuer+nachhaltige+Entwicklung+ausgezeichnet.html>

	mittelt.
Organisation/ Gremien	<p>Im Laufe der UN-Dekade sind in Heidelberg zahlreiche Projekte umgesetzt worden in denen Akteure aus unterschiedlichen Bereichen miteinander kooperieren. Die Bandbreite reicht von der Umwelt- und Mobilitätserziehung in Kindergärten und Schulen bis hin zu BNE-Projekten von NGOs und außerschulischen Lernorten. Die Stadt kooperiert dabei mit zahlreichen Kindertagesstätten, Schulen, der Pädagogischen Hochschule und der Universität Heidelberg, sowie weiteren Netzwerkpartnern. Die BNE-Kommune Heidelberg profitiert dabei u.a. von dem Zusammenschluss der Universität mit der Stadt zur Europäischen Wissenschaftsstadt, sowie von der Umsetzung von BNE-Baden Württemberg durch das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft.</p> <p>Zum Thema BNE findet regelmäßig ein Runder Tisch statt, der zum Austausch zwischen den Akteuren und einzelnen Initiativen, Gruppen und Projekten, die sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen, dient. Zudem lädt das Format weitere Akteure aus Bürgerschaft, Wissenschaft und Stadtverwaltung zum Dialog ein.</p>
Zielgruppen	Kinder und Jugendliche (frühkindliche und schulische Bildung), Erwachsene (berufliche Bildung, Hochschule, non-formale Bildung)
Rolle der Zivilgesellschaft	Unter den BNE-Initiativen finden sich auch zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen. Mit dem regelmäßig veranstalteten runden Tisch zum Thema BNE konnte ein wichtiges Organ an der Schnittstelle zwischen Bürgerschaft, Bildungsexperten und Stadtverwaltung etabliert werden.
Handlungsfelder	<p>BNE in den Bildungsbereichen: Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen, Sportvereinen, Zooschule Heidelberg.</p> <p>Thematische Schwerpunkte: Energie, Ernährung, Klima, Nachhaltiger Konsum, Globale Verantwortung und Generationengerechtigkeit.</p>
Besondere Stärken	Enge Kooperation mit den Schulen und der Universität, sowie Unterstützung vom Land Baden-Württemberg (BNE-BW)
Förderung/ Sponsoring, soweit erkennbar	Unbekannt
Ansprechperson	<p>Kristina Wetzel Agenda-Büro Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie Stadt Heidelberg Kontakt: kristina.wetzel@heidelberg.de</p>
Quellen	<p>http://www.heidelberg.de/hd,Lde/HD/Leben/Bildung+fuer+nachhaltige+Entwicklung.html http://www.heidelberg.de/hd,Lde/HD/Leben/Stadt+als+UN_Dekade.html http://www.bne-bw.de/startseite.html</p>

5 Befunde und Handlungsempfehlungen für Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure

In diesem Abschnitt werden zunächst die Ergebnisse der Querauswertung der 20 betrachteten Fälle vorgestellt. Dafür wurden anhand der ersten Analysen der Steckbriefe folgende relevante Kriterien ausgewählt: Bundesland, Einwohnerzahl, Handlungsfelder, Beteiligung der Stadtverwaltung, Partizipation für BürgerInnen auf individueller Ebene, Partizipation von Organisationen der Zivilgesellschaft, Kooperation mit Unternehmen, wissenschaftliche Begleitung, Besonderheiten/Vorbildcharakter, Förderung/Sponsoring sowie Bezug zu sozialer Innovation.

Nachfolgend werden hier die Befunde, die aus der Querauswertung abzuleiten sind, systematisiert und nach den Kategorien „Themen und Handlungsfelder“, „Beteiligung der Stadtverwaltung“, „Partizipation für BürgerInnen auf individueller Ebene“, „Partizipation durch Organisationen der Zivilgesellschaft“, „Kooperation mit Unternehmen“, „Öffentlichkeitsarbeit“, „wissenschaftliche Begleitforschung/transformativa Forschung“ sowie „Vernetzung“ und „Finanzierung“ dargestellt. Davon ausgehend werden für alle identifizierten Befunde Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung in der kommunalen Praxis abgeleitet.

Es gilt zu bedenken, dass bestimmte beobachtbare Muster auch eine Folge der Auswahlkriterien in den zugrundeliegenden Wettbewerben sein können. So ist bspw. zu beachten, dass der starke Fokus auf Bürgerbeteiligung eine Folge der Auswahl von Beispielen ist, die genau dieses Kriterium erfüllen.

Themen und Handlungsfelder

Befunde: In den meisten Fällen kommen Themen aus dem Bereich ökologischer Nachhaltigkeit vor (17 von 20). In 16 von 20 Fällen wird dabei explizit das Handlungsfeld Mobilität adressiert und in elf von 20 Fällen Energie bzw. Energieeffizienz. Die Themen Klima bzw. Klimaschutz werden in acht der 20 Fälle betrachtet. Weniger häufig in den Blick genommen werden Ernährung (fünf von 20), Konsum (vier von 20) sowie Ressourceneffizienz- bzw. -schutz (drei von 20).

In mehr als der Hälfte der Fälle (13 von 20) werden außerdem soziale bzw. gesellschafts-politische Themen aufgegriffen. Es fällt zudem auf, dass in wenigen Fällen (drei von 20) Fragen des nachhaltigen Wirtschaftens und damit auch ökonomischer Nachhaltigkeit explizit als Handlungsfelder genannt werden. In Einzelfällen werden solche Themen auch integriert betrachtet, etwa wenn in Dortmund Energiearmut explizit als Thema benannt wird.

Auf Basis dieser Erkenntnisse lassen sich die folgenden **Handlungsempfehlungen** für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung ableiten.

Verknüpfung von Handlungsfeldern: Um zentralen Problem- und Handlungsfeldern in einer nachhaltiger Stadtentwicklung Rechnung zu tragen, ist eine stärkere und auch offiziell verankerte Verknüpfung von ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsaspekten zu empfehlen. Viele der Beispiele guter Praxis würden in diesem Zusammenhang davon profitieren, noch stärker soziale Aspekte sowie demografieorientierte Themenstellungen einzubeziehen, anstelle bspw. alleine bzw. ganz allgemein Energie oder Mobilität zu bearbeiten: Die ökologische, soziale und ökonomische Dimension einer nachhaltigen Entwicklung sollten integriert betrachtet bzw. verfolgt werden. Dies insbesondere auch im Hinblick auf mögliche Wechselwirkungen.

Bildung: Das Thema Bildung (z.B. Bildung für nachhaltige Entwicklung, BNE) ist auch ein zentraler Aspekt der Nachhaltigkeitsdebatte, insbesondere wann immer es um eine Änderung von Lebensstilen, Gewohnheiten oder Verhaltensweisen für eine zukunftsfähige (Stadt-)Entwicklung geht (de Haan 2008; Barth und Michelsen 2013; Bliesner et al. 2014). Nicht zuletzt werden dadurch benötigte Handlungskompetenzen vermittelt, welche die Beteiligung und das Engagement von BürgerInnen stärken und dazu beitragen können, eine längerfristige Partizipationsstrategie zu etablieren. Bildung spielt in manchen Fällen (acht von 20) eine zentrale Rolle und damit nicht nur in den drei ausgewählten Kommunen, die als BNE-Dekade Kommunen ausgezeichnet wurden.

Bildung (für nachhaltige Entwicklung, BNE) ist in den als BNE-Kommune ausgezeichneten Kommunen naturgemäß sehr präsent und spielt vermutlich auch in vielen weiteren kommunalen Beispielen guter Praxis eine größere Rolle. Es fällt jedoch auf, dass BNE bzw. generell Bildungsangebote nicht systematisch mit den übrigen Handlungsfeldern der untersuchten Beispiele guter Praxis verknüpft ist.

Bildung sollte in allen Beispielen guter (nachhaltiger) Praxis in stärkerem Maße berücksichtigt und mitgedacht werden, wie die Beispiele der BNE-Kommunen vor Augen führen. Es sollten also Schulen und Bildungsinitiativen stärker einbezogen und BNE und nachhaltige Stadtentwicklung insgesamt stärker verknüpft werden.

Beteiligung der Stadtverwaltung

In nahezu allen Fällen (19 von 20) ist die Kommune (Stadtverwaltung, Bürgermeister, Ratsbeschluss) als Initiator oder zumindest als Ko-Initiator auszumachen.

In vielen Fällen (14 von 20) ist eine zentrale Steuerungsinstanz bzw. Koordinationsstelle (z.B. in Persona eines „Kümmerers“, wie eines Nachhaltigkeitsbeauftragten oder einer Stabsstelle o.ä.) als Teil der Stadtverwaltung auszumachen. Die Schaffung solcher Stellen hängt offenkundig weder von der Größe noch von der Zeitdauer der Beschäftigung einer Kommune mit dem Thema Nachhaltigkeit ab.

Diese Befunde erlauben die folgenden **Handlungsempfehlungen** für eine nachhaltige Stadtentwicklung abzuleiten:

Initiierung: Die Stadtverwaltung erweist sich als ein zentraler Akteur bei der Initiierung, beim Anstoß und der Koproduktion von nachhaltigen Stadtentwicklungsprozessen. Ihre Beteiligung ist also als zentrale Voraussetzung für den Erfolg einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung anzusehen und ist darum generell zu empfehlen.

Koordination: Kümmerer, Change Agents und zentrale Lenkungskreise/-ausschüsse erweisen sich als wichtige lokale Akteure. Um die Kontinuität von Aktivitäten/Prozessen zu wahren erscheint hier empfehlenswert auf eine personenunabhängige Institutionalisierung und Steuerung von (nachhaltigen) Stadtentwicklungsprozessen zu achten. Insbesondere dann, wenn längerfristige Prozesse angestrebt werden, ist eine solche institutionelle Verankerung zielführend. Sie sorgt für eine gewisse Unabhängigkeit von einzelnen Personen und deren persönlicher Entwicklung wie Krankheit, Pensionierung, Versetzung etc., die den kontinuierlichen Erfolg einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie gefährden können.

Öffentlichkeitsarbeit

In nahezu allen Fällen (19 von 20) werden BürgerInnen als Adressaten von Öffentlichkeitsarbeit aktiv angesprochen. Hierbei ist auffällig, dass in diesem Kontext besonders die größeren Städte breit aufgestellt sind (Werbekampagnen, Events, Mitmachaktionen).

In drei von 20 Fällen konnte sogar eine Markenbildung („Tübingen macht blau“, InnovationCity Ruhr, State of Green Copenhagen) für die kommunalen Nachhaltigkeitsaktivitäten festgestellt werden.

Diese Erkenntnisse erlauben, die folgenden Handlungsempfehlungen abzugeben:

Information: Kommunen sollten Informationsangebote für BürgerInnen als einen wichtigen Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung zur Verfügung stellen.

Sichtbarkeit: Dieser Aspekt verbindet sich generell mit der Herstellung von Sichtbarkeit für kommunale Nachhaltigkeitsaktivitäten. Nach dem Motto „Gute Dinge tun und darüber reden“, könnte eine „Marke“ für nachhaltige Stadtentwicklung geprägt werden (bspw. nach dem Vorbild „Tübingen macht blau“).

Partizipation für BürgerInnen auf individueller Ebene

Zunächst ist festzuhalten, dass Art und Format der Beteiligung nicht offenkundig vom Thema oder Handlungsfeld abhängen. Ebenso wenig hängen die Themen oder Handlungsfelder, die Gegenstand der einzelnen Beispiele guter Praxis sind, mit der Größe der Städte zusammen, innerhalb derer sie umgesetzt wurden/werden.

In den meisten Fällen (17 von 20) ist eine individuelle Partizipation von BürgerInnen an Beteiligungsprozessen (z.B. Dialogformate: Umweltdialoge, Mitmach-Aktionen/Events, Ideenbörse, Webkonferenz, bürgernahe Beratung, Tag der offenen Tür, „Zug der Ideen“, Filmlabor, Bürgerbefragung, transformativer Forschungsprozess) möglich und aktiv vorgesehen.

In vielen Fällen (17 von 20) ist eine Kooperation mit BürgerInnen an Beteiligungsprozessen (z.B. Runde Tische, Beteiligung an Visionsentwicklung, Workshops, Projektische, Zukunftswerkstätten, Symposien, lokale Partnerschaften) umgesetzt.

In einigen Fällen (fünf von 20) ist eine stark ausgeprägte individuelle Partizipation von BürgerInnen auszumachen, die als Initiatoren/Ko-Initiatoren oder Ideengeber tätig wurden.

In einigen Fällen (vier von 20) hat es eine Beteiligung von BürgerInnen bei einer Visionsentwicklung für eine nachhaltige Zukunft der Stadt gegeben (im Wettbewerb Zukunftstadt ist dies programmatisch, in einem weiteren Fall sind BürgerInnen bei der Definition von Handlungsfeldern beteiligt).

Einige der Beispiele guter Praxis (bspw. Freiburg, Kopenhagen, Tübingen) legen nahe, dass Nachhaltigkeitsaktivitäten in der Stadt besonders erfolgreich wirken, wenn sie in eine integrierte kommunale Nachhaltigkeitsstrategie inklusive einer Vision und konkreten Zielperspektiven eingebettet werden.

Exkurs: Informieren, Beteiligen, Kooperieren

Vor dem Hintergrund erprobter Kommunikationsformen, -verfahren und -methoden in (Stadt-) Planungsprozessen lassen sich nach Bischoff et al. 2015 drei Stufen (Informieren, Beteiligen und Kooperieren) bestimmen, denen spezifische Formate und Instrumente für die Partizipation von BürgerInnen zugeordnet werden können. Dadurch lässt sich das breite Spektrum an Formen, Verfahren, Methoden und Techniken der Partizipation für BürgerInnen hinsichtlich ihrer jeweils primären Funktion ordnen.

Diese kann erstens im *Informieren*, das auch Erkundung und Meinungsbildung umfasst, bestehen. Charakteristische Formen und Verfahren sind einerseits Befragungen und Beschwerdemanagement, andererseits der Einsatz lokaler Medien, Kampagnen, Bürgerversammlungen, sowie Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen.

Zweitens lassen sich im Rahmen des *Beteiligen* formal definierte Beteiligungsinstrumente, z.B. Bürgeranträge, Bürgerbeauftragte, Beiräte und Ausschüsse, sowie informelle Beteiligungsinstrumente, wie Zukunftswerkstätten bzw. -konferenzen, Arbeitsgruppen, oder bürgernahe Beratung anwenden.

Auf der Ebene des *Kooperierens* agieren alle am Planungsprozess beteiligten Akteure auf Augenhöhe: „Es gibt nicht mehr den einen zentralen Akteur, der andere an seinen Entscheidungen teilhaben lässt“ (Bischoff et al. 2005, 50). Charakteristisch für ein solches Kooperieren ist der „Runde Tisch“; aber auch andere Spielarten, wie Workshops, lokale und intermediäre Partnerschaften können dazu gezählt werden.

Darüber hinaus hat sich aus den untersuchten Beispielen guter Praxis eine weitere Form herauskristallisiert, die über das kooperative Handeln einer Kommunalverwaltung mit BürgerInnen noch hinausgeht: Die Rede ist von einer echten *Koproduktion*, an der BürgerInnen als Ideengeber, oder (Ko-)Initiatoren des Planungsprozesses sowie bei der Umsetzung unmittelbar und aktiv beteiligt sind.

Die in diesem Feld identifizierten Befunde lassen, in Anlehnung an den vorstehenden Diskurs, die folgenden **Handlungsempfehlungen** zu:

Beteiligung: Die vielen guten Erfahrungen in den untersuchten Praxisfällen erlauben die Empfehlung, dass Kommunen den einzelnen BürgerInnen grundsätzlich Beteiligungsmöglichkeiten aktiv anbieten sollten.

Kooperation: Die vielen guten Erfahrungen in den untersuchten Praxisfällen legen zudem nahe, dass Kommunen Kooperationsprozesse mit BürgerInnen ermöglichen und fördern sollten, um gesellschaftliche Herausforderungen unter Nutzung von Synergien zwischen Kommune und Bürgerschaft und die Potenziale einer bürgerschaftlichen Mitwirkung an der Gestaltung einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung zu aktivieren und zu nutzen.

Koproduktion: Einige Praxisbeispiele ermutigen dazu, Ideengeber bzw. Initiatoren aus der Bürgerschaft noch stärker strukturell in kommunale Aktivitäten zur nachhaltigen Stadtentwicklung einzubeziehen und Koproduktionsprozesse systematisch für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu nutzen. Gerade wenn soziale Innovationen kommunal aktiviert und unterstützt werden sollen, ist ein solches Vorgehen zu empfehlen.

Eine Einbettung von Aktivitäten/Initiativen in Richtung nachhaltiger Stadtentwicklung, in eine übergreifende politische Handlungsstrategie, z.B. **integrierte kommunale Nachhal-**

tigkeitsstrategie oder -vision erscheint sinnvoll, um über eine solche politische Willensbekundung unterstützend zu wirken.³⁶

Partizipation durch Organisationen der Zivilgesellschaft

Nachdem gerade die Beteiligung von BürgerInnen als Einzelne betrachtet wurde, werden nun Formen der zivilgesellschaftlichen Beteiligung durch Organisationen, also bspw. Vereine, NGOs in den Blick genommen. In zahlreichen Fällen (15 von 20) ist eine Kooperation mit Organisationen der Zivilgesellschaft (Lenkungskreis, Stakeholder, Multiplikatoren, Projektbeteiligte) festzustellen.

In einzelnen Fällen (vier von 20) ist eine stark ausgeprägte Partizipation von Organisationen der Zivilgesellschaft auszumachen. Auch werden zivilgesellschaftliche Organisationen als Initiatoren/Ko-Initiatoren oder Ideengeber aktiv.

Aus der Gegebenheit, dass **Koproduktion** auch in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft relevant ist, lässt sich als Handlungsempfehlung ableiten: Einzelne Praxisbeispiele ermutigen dazu, Ideengeber bzw. Initiatoren aus der Zivilgesellschaft noch stärker als aktiv handelnde Akteure in kommunale Aktivitäten zur nachhaltigen Stadtentwicklung einzubeziehen und Koproduktionsprozesse systematisch anzulegen.

Kooperation mit Unternehmen

In mehr als der Hälfte der Fälle (zwölf von 20) sind Unternehmen als Unterstützer, Beteiligte bzw. Multiplikatoren beteiligt.³⁷ Allerdings sind Unternehmen nur im Fall der Modellstadt Bottrop als Initiatoren bzw. Ideengeber auszumachen (hier als Zusammenschluss von Unternehmen). In vielen Fällen (13 von 20) werden Unternehmen auch als Zielgruppe genannt. In einem Fall wird die Gründung von Unternehmen explizit als Handlungsfeld einer nachhaltigen Quartiersentwicklung einbezogen.

Dieser Befund macht deutlich, dass noch gezielter mit Unternehmen als Unterstützer/Sponsor kooperiert werden könnte. Es könnte (neue) Möglichkeiten eröffnen, Unternehmen künftig stärker als (Ko-)Initiatoren in Projekte nachhaltiger Stadtentwicklung einzubeziehen. Gleichwohl zeigen die Beispiele guter Praxis, dass Unternehmen auch als Unterstützer einen wichtigen Beitrag leisten können.

³⁶ Eine genauere Evaluierung der Wirksamkeit von integrierter Visions- oder Nachhaltigkeitsstrategieentwicklung steht noch aus. Hier ergibt sich weiterer Forschungsbedarf.

³⁷ Die Befunde, dass in einigen (acht von 20) Fällen keine Unternehmen beteiligt sind und dass Unternehmen in keinem der Fälle als (Ko-)Initiatoren beteiligt sind, wirft die weiterführende Forschungsfrage nach bisher möglicherweise noch ungenutzten bzw. noch nicht ausgeschöpften Potenzialen in diesem Bereich auf, wobei insbesondere die Fragen nach der Rolle von nachhaltig orientierten Unternehmen und der Förderung von Start-Ups als fruchtbar für das Verstehen und Fördern von Stadtentwicklungsprozessen erscheinen.

Kooperation mit der Wissenschaft in kommunalen Nachhaltigkeitsprojekten

In vielen Fällen (14 von 20) ist eine wissenschaftliche Begleitung bzw. eine Beteiligung von wissenschaftlichen Institutionen auszumachen, die in einigen Fällen (Wettbewerb Zukunftsstadt) bereits in der Ausschreibung vorgesehen war. Die Beteiligungsprozesse reichen von lockeren Partnerschaften mit wissenschaftlichen Institutionen, Forschungseinrichtungen und Zentren über die Unterstützung durch wissenschaftliche Beiräte, oder die Beteiligung von Wissenschaftsakteuren an Stadtentwicklungsplänen oder Visionen, bis hin zu Begleitforschung und sogar der Mitgestaltung durch transdisziplinäre Forschung in Living Labs oder urbanen Reallaboren. In sieben von 20 Fällen konnten transdisziplinäre Forschungsansätze als Impulsgeber identifiziert werden.

Es ist davon auszugehen, dass gerade bei einem Nachhaltigkeitsfokus eine wissenschaftliche Begleitung/Aktionsforschung (z.B. in urbanen Reallaboren und Living Labs zum gemeinsamen Lernen) als gute Praxis zu empfehlen ist und einen wichtigen Beitrag leisten kann. Dieser rührt zum einen von dem explorativen Potenzial von Forschung in Living Labs oder urbanen Reallaboren (Neues ausprobieren, Innovationen testen, Wissen/Know-How generieren und zur Verfügung stellen) und zum anderen von ihrem reflexiven Potenzial her (kritische, unabhängige Reflexion, Monitoring und eventuell Evaluation der Prozesse). Wissenschaft kann gerade als Aktions- und transformative Forschung in Living Labs bzw. urbanen Reallaboren zudem die Qualität von Projekten nachhaltiger Stadtentwicklung erhöhen und dies auch nach außen sichtbar machen.

Vernetzung

Vernetzung (Stadtverwaltung/Zivilgesellschaft/BürgerInnen/ggfs. Unternehmen/Wissenschaft in unterschiedlichen Akteurskonstellationen) spielt in allen 20 untersuchten Fällen eine Rolle.

Eine Vernetzung der Kommune sowohl intern ressortübergreifend (Verwaltung, Rat, kommunale Einrichtungen), als auch extern sektorenübergreifend mit Zivilgesellschaft (Vereine, Initiativen, EinzelbürgerInnen) und Wirtschaft (Unternehmen) ist zielführend und empfehlenswert, denn Ressourcen werden dadurch gebündelt und Synergieeffekte erzielt sowie Akzeptanz geschaffen.

Finanzierung

Die Bandbreite der untersuchten Fälle reicht von Kommunen mit angespannter Haushaltslage bis zu vergleichsweise wohlhabenden Kommunen. Öffentliche Fördermittel kommen dabei sowohl größeren, als auch kleineren, sowohl ärmeren, als auch wohlha-

benderen Kommunen zu. Unterstützung in Form von Sponsoring durch Unternehmen ist öfter bei größeren Städten auszumachen.

Viele Aktivitäten sind je nach Ausmaß auf öffentliche Förderung, Sponsoring oder Ehrenamt angewiesen, um überhaupt umgesetzt werden zu können. Dies gilt umso mehr in Kommunen mit angespannter Haushaltslage. Daher ist eine Fortsetzung der öffentlichen Förderung durch bspw. Bundesmittel (Nationale Klimaschutzinitiative, NKI usw.) zu empfehlen.

Kommunen sollten Landes-/Bundesfördermittel nutzen um auch bei angespannter Haushaltslage Maßnahmen/Aktivitäten umsetzen zu können. Daneben ist die Aktivierung weiterer ‚Ressourcen‘ durch die Einbindung bürgerschaftlichen Engagements/Ehrenamt als Hebelwirkung zu erwähnen, die für Entlastung der kommunalen Finanzen sorgen kann. Dabei sollte die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure gewahrt bleiben und es ist sensibel auf eine etwaige Substituierung von Erwerbsarbeit zu achten.

Beratung

Beratung kann als querliegende Dimension zu allen bislang bereits genannten Dimensionen betrachtet werden, da zu jedem der Aspekte Beratungsangebote für verschiedene Zielgruppen denkbar sind. In manchen der untersuchten Fälle (vier von 20) sind Beratungsangebote auszumachen. Diese Angebote beziehen sich auf die Beratung von BürgerInnen bzw. Haushalten bspw. zur Energieeinsparung im Haushalt, auf Unternehmen bei der Umsetzung von Klimaschutz oder Energieeinsparung sowie auf die Beratung zu ehrenamtlichem Engagement.

Beratung: Kommunen können eine bürgernahe Beratung anbieten (s. oben Beteiligung v. BürgerInnen). Beratung ist dabei auf viele Bereiche anwendbar und es ist im Einzelfall zu entscheiden, welcher Fokus gewählt werden sollte. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen können als Anbieter von Beratung zu Fragen einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung wichtige Akteure sein. Selbst Beratungsangebote wahrzunehmen ist ebenfalls eine Option, die Kommunen bzw. Organisationen der Zivilgesellschaft prüfen können.

6 Quellen

- Amt für Statistik Essen (2017): Bevölkerung nach Alter in den Stadtbezirken und Stadtteilen am 31.03.2017, online: <https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/12/Bevoelkerungszahlen.pdf>
- Baedeker, C., Greiff, K., Grinewitschus, V., Hasselkuß, M., Keyson, D., Knutsson, J., Liedtke, C., Lockton, D., Morrison, G., van Rijn, M., Rohn, H., Silvester, S., van Harinxma, W., Virdee, L. (2014): Transition through sustainable Product and Service Innovations in Sustainable Living Labs: application of user-centred research methodology within four Living Labs in Northern Europe. Paper for 5th International Sustainable Transitions (IST) Conference, August 27-29, 2014 Utrecht, Netherlands.
- Baedeker, C., Hasselkuß, M., & Buhl, J. (2017): Actor and network analysis. In: Keyson, D.V. Guerra-Santin, O., Lockton, D. (Hrsg): *Living Labs*, 191-203, Springer International Publishing.
- Barth, M., Michelsen, G. (2013): Learning for change: an educational contribution to sustainability science. *Sustainability Science*, 8(1), 103–119. doi:10.1007/s11625-012-0181-5
- BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2015): Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsentwicklung in den europäischen lokalen Gebietseinheiten, online: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Home/Topthemen/Downloads/bevoelkerungsentwicklung.jpg;jsessionid=A0F55B3D2BD9A7D381E0848BD8BE2DC7.live21301?__blob=publicationFile&v=3
- BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2016a): Wandel demografischer Strukturen in deutschen Großstädten, online: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/AnalysenKompakt/2016/ak-04-2016-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2016b): Quartiersmanagement Soziale Stadt – Ein Ansatz für integriertes Handeln. Endbericht, online: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Stadtentwicklung/Staedtebaufoerderung/Forschungsprogramme/SozialeStadt/Projekte/Quartiersmanagement/endbericht-quartiersmanagement.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- Berg, H., Buhl, J., Hasselkuß, M., Heller, T., Monetti, S., Stadler, K., Mönnikes, A., Suski, P., Thema, J. (2016): Transition pathways in the making, is scaling up and transition potentials. PATHWAYS Project D3.5, online: http://www.pathways-project.eu/sites/default/files/D3_5_Transition%20pathways%20in%20the%20making_web.pdf
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016): Monitor Nachhaltige Kommune – Bericht 2016, Teil I., online: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/monitor-nachhaltige-kommune-bericht-2016-teil-1/>
- Bischoff, A., Selle, K., Sinning, H. (2005): Informieren, Beteiligen, Kooperieren - Kooperation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden, 4. überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Dortmund.
- Bliesner, A., Liedtke, C., Welfens, M. J., Baedeker, C., Hasselkuß, M., Rohn, H. (2014): „Norm-Oriented Interpretation Learning“ and Resource Use: The concept of „open-didactic exploration“ as a contribution to raising awareness of a responsible resource use, in: *Journal Resources*, 3, 1 – 30.
- BMBF Bundesministerium für Bildung und Forschung (2015a): Die Zukunftsstadt. CO2 -neutral, energie-/ressourceneffizient, klimaangepasst und sozial. Langfassung der Strategischen Forschungs- und Innovationsagenda (FINA), online: http://www.nationale-plattform-zukunftsstadt.de/NPZ_Langfassung_FINA_.pdf

- BMBF Bundesministerium für Bildung und Forschung (2015b): Zukunftsstadt. Strategische Forschungs- und Innovationsagenda, online: http://www.nationale-plattform-zukunftsstadt.de/BMBF_NPZ-FINA_Ansicht.pdf
- BMBF Bundesministerium für Bildung und Forschung (2017): Wettbewerb Zukunftsstadt. Kurzbeschreibung; online: <http://www.wettbewerb-zukunftsstadt.de/der-wettbewerb/kurzbeschreibung.html>
- BMUB Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015): Deutsches Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess). Programm zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen, online: https://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/progress_broschuere_de_bf.pdf
- BMUB Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016): Nationale Stadtentwicklungspolitik. Pakt von Amsterdam - Kernpunkte einer EU-Städteagenda, online: https://www.eu-serviceagentur.de/fileadmin/user_upload/Kooperationsplattform/2016_Mai/Pr%C3%A4sentationen/Pakt_von_Amsterdam.pdf
- BMVI Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2016): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland, online: http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/Raumentwicklung/leitbilder-und-handlungsstrategien-2016.pdf?__blob=publicationFile
- Bottrop (2016): Bottrop in Zahlen. Einwohnerentwicklung, online: <https://www.bottrop.de/daten-karten/statistik/einwohnerentwicklung.php>
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Frankfurt: Fischer.
- Bundesgeschäftsstelle European Energy Award (2016): Kommunale Energie- und Klimaschutzaktivitäten optimieren und erfolgreich umsetzen, online: http://www.european-energy-award.de/fileadmin/Downloads/Oeffentliche_Downloads/Informationsmaterial/Brosch%C3%BCre_13092016_gen_Druck-3.pdf
- Bundesregierung (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016, online: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2017/01/2017-01-11-nachhaltigkeitsstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=11
- Danmarks Statistik (2016): Population 1. January by urban areas, age and sex, online: <http://www.statistikbanken.dk/BY1>
- De Haan, G. de (2008): Gestaltungskompetenz als Kompetenzkonzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung. In I. Bormann & G. de Haan (Eds.), Kompetenzen der Bildung für nachhaltige Entwicklung, 23–43. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- DNP Deutscher Nachhaltigkeitspreis (2017): Leitbild, online: <https://www.nachhaltigkeitspreis.de/home/preis/leitbild/>
- Dortmunder Statistik (2017): Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen am 31.12., online: https://www.dortmund.de/media/p/statistik_3/statistik/bevoelkerung/02_01_Bevoelkerung_Geschlecht_Altersgruppen.pdf
- Deutsche UNESCO-Kommission (2015): UN-Dekade mit Wirkung – 10 Jahre Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland, online: https://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bibliothek/UN_Dekade_BNE_2015.pdf
- Difu Deutsches Institut für Urbanistik (2011): Klimaschutz in Kommunen. Praxisleitfaden, online: <https://leitfaden.kommunaler-klimaschutz.de/leitfaden.html>

- Difu Deutsches Institut für Urbanistik (2016): Ausgezeichnete Praxisbeispiele: Kommunalen Klimaschutz 2015 – Ein Wettbewerb des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), online: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=MW6BQQ2A>
- EC European Commission (2014): 2030 climate & energy framework, online: http://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2030/index_de.htm
- EC European Commission (2016a): Urban development, online: http://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/themes/urban-development/
- EC European Commission (2016b): Städteagenda für die EU. Pakt von Amsterdam, online: http://urbanagendaforthe.eu/wp-content/uploads/2015/05/Pact-of-Amsterdam_DEU_v3_WEB.pdf
- EC European Commission (2017): Environment. European Green Capital, online: <http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/>
- EEA European Environment Agency (2013): Annual report 2013, online: www.eea.europa.eu/publications/eea-annual-report-2013
- Fischedick, M., Venjakob, J., Unger, G., Werbeck, N., Danielzyk, R., Rehfeld, D. (2015): SWOT-Analyse zum InnovationCity-Prozess und Handlungsfähigkeit kommunaler Akteure. In: IC Ruhr | Modellstadt Bottrop (Hrsg.): Zwischenbilanz. Kurzanalysen des Wissenschaftsbeirats zur Zwischenbilanz der InnovationCity Ruhr | Modellstadt Bottrop, November 2015, 13-18. http://www.icruhr.de/fileadmin/media/downloads/Zwischenbilanz/Zwischenbilanz_v1_db.pdf
- FRITZ Informationsportal (2017): Die Statistik der Stadt Freiburg, online: <http://fritz.freiburg.de:8080/Informationsportal/>
- Geibler, v. J., Erdmann, L., Liedtke, C., Rohn, H., Stabe, M., Berner, S., Leismann, K., Schnalzer, K., Kennedy, K., (2014): Exploring the potential of a German Living Lab research infrastructure for the development of low resource products and services. Resources 2013, 575-598.
- Hartmann, D. M., Brentel, H., Rohn, H. (2006): Lern- und Innovationsfähigkeit von Unternehmen und Organisationen. Kriterien und Indikatoren, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in Kooperation mit der Trifolium-Beratungsgesellschaft mbH (Wuppertal Papers Nr. 156) <http://www.econstor.eu/bitstream/10419/29716/1/511648723.pdf>
- Hauff, V. (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Eggenkamp: Greven.
- Hilger, A., Wanner, M. (2016): Urbane Reallabore für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung. Präsentation zur Jufo-Salus Konferenz „Stadt der Zukunft“, 9. Juni 2016 TU Dortmund, online: http://www.transzent.uni-wuppertal.de/fileadmin/transzent/Forschung/Veranstaltungen/Output_Jufo-Salus_Dortmund_Urbane_Reallabore_für_eine_zukunftsfähige_Stadtentwicklung.pdf
- Hunecke, M., Best, B. (2015): Reflexion Partizipationsprozess: Beitrag des wissenschaftlichen Beirates zur Zwischenbilanz der InnovationCity Ruhr | Modellstadt Bottrop. In: IC Ruhr | Modellstadt Bottrop (Hrsg.): Zwischenbilanz. Kurzanalysen des Wissenschaftsbeirats zur Zwischenbilanz der InnovationCity Ruhr | Modellstadt Bottrop, November 2015, 24-25. http://www.icruhr.de/fileadmin/media/downloads/Zwischenbilanz/Zwischenbilanz_v1_db.pdf
- IASS Institute for Advanced Sustainability Studies Potsdam (2016): Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) – Das IASS unterstützt mit seiner Forschung den Weg zur 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung. <http://www.iass-potsdam.de/de/content/die-nachhaltigen-entwicklungsziele-sdgs>

- IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change (2014): Climate Change 2014: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Core Writing Team, R.K. Pachauri and L.A. Meyer (eds.)]. IPCC, Geneva, Switzerland.
- Kern, K., Niederhafner, S., Rechlin, S., Wagner, J. (2005): Kommunaler Klimaschutz in Deutschland — Handlungsoptionen, Entwicklung und Perspektiven. Discussion Paper SPS IV 2005-101, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2005.
http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/19672/ssoar-2005-kern_et_al-kommunaler_klimaschutz_in_deutschland_-.pdf?sequence=1
- Kommunale Statistikstelle Mannheim (2017): Einwohnerbestand 2016 in kleinräumiger Gliederung. Statistische Daten Mannheim N° 1/2017, online: https://www.mannheim.de/sites/default/files/2017-05/d201701_einwohnerbestand_2016.pdf
- Landeshauptstadt Erfurt (2017): Erfurter Statistik. Daten und Fakten 2017, online: http://www.erfurt.de/mam/ef/service/mediathek/publikationen/2017/faltblatt_2017_web.pdf
- IT.NRW Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (2016): Bevölkerungszahlen, online: https://www.it.nrw.de/statistik/a/daten/bevoelkerungszahlen_zensus/index.html
- Landeshauptstadt Dresden (2017): Bevölkerungsbestand, online: <http://www.dresden.de/de/leben/stadtportrait/statistik/bevoelkerungsgebiet/Bevoelkerungsbestand.php>
- Lettenmeier, M.; Liedtke, C.; Rohn H. (2014): Eight Tons of Material Footprint—Suggestion for a Resource Cap for Household Consumption in Finland. *Resources* 2014, 3(3), 488-515.
- Liedtke, C., Buhl, J., Ameli, N., (2013a): Designing value through less by integrating sustainability strategies into lifestyles, in: *International Journal of Sustainable Design*, 2 (2), 167-180.
- Liedtke, C., Hasselkuß, M., Welfens, M. J., Nordmann, J., Baedeker, C., (2013b): Transformation towards sustainable consumption: Changing consumption patterns through meaning in social practices. Paper for presentation at the 4th IST-conference, Zurich.
- Liedtke, C., Baedeker, C., Hasselkuß, M., Rohn, H., Grinewitschus, V., (2015a): User-integrated innovation in Sustainable LivingLabs: an experimental infrastructure for researching and developing sustainable product service systems. *Journal of Cleaner Production*, 97, 106–116 (2015). doi: 10.1016/j.jclepro.2014.04.070.
- Liedtke, C., Baedeker, C., Borrelli, L. M. (2015b): Stellschrauben für Nachhaltigkeit: Trends und Verantwortungen in Produktion und Konsum, in: Roth, Michèle; Ulbert, Cornelia; Debiel, Tobias (Hg.): Stiftung Entwicklung und Frieden; Institut für Entwicklung und Frieden, Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research: Globale Trends 2015, Frankfurt: S. Fischer Verlag GmbH, 299-314.
- MIWF NRW Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2013): Forschungsstrategie Fortschritt NRW, Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung 2013 – 2020, online: <http://www.wissenschaft.nrw.de/mediathek/broschueren/2406/download/>
- Müller, M., Schostok, D., Treude, M. (2015): Bestandsaufnahme der Nachhaltigkeitsaktivitäten des Landes Nordrhein-Westfalen. Bericht zum AP 2 im Rahmen des Zuwendungsprojektes „Konzeptionelle Analysen und Überlegungen zur Ausgestaltung einer Nachhaltigkeitsstrategie NRW aus wissenschaftlicher Sicht“, Wuppertal.
- Nevens, F., N. Frantzeskaki, L. Gorissen, D. Loorbach. (2013): Urban transition labs: Co-creating transformative action for sustainable cities. *Journal of Cleaner Production*, 50, 111-122.
- Rettberg, J. F., Rehtanz, C. (2014): Masterplan Energiewende Dortmund, online: https://www.dortmund.de/media/p/masterplan_energiewende_1/pdf_energiewende/Bericht_Masterplan_Energiewende.pdf

- Reutter, O., Müller, M. (2016): Benchmark: Klimaschutz im Stadtverkehr. In: *Raumplanung*, Heft 184, 39–45.
- Reutter, O., Wilforth, S. (2016): Klima und Stadt. In: *Raumplanung*, Heft 184, 6–7.
- RFSC Reference Framework for Sustainable Cities (2016), online: <http://rfsc.eu/>
- Rösler, C. (2000): Lokale Agenda 21 in deutschen Städten. In: Meinelt, H./Mühlich, E. (Hrsg.): Lokale „Agenda 21“ Prozesse Erklärungsansätze, Konzepte. Opladen: Leske und Buderich, 13-28.
- Schmidt-Bleek, F. (1994): Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS. Das Maß für ökologisches Wirtschaften. dtv, München.
- Schmidt-Bleek, F. (2007): Nutzen wir die Erde richtig? Die Leistungen der Natur und die Arbeit des Menschen. Hrsg.: Klaus Wiegandt, Forum für Verantwortung. Fischer Taschenbuch, Frankfurt am Main.
- Schmidt-Bleek, F. (2014): Grüne Lügen. Nichts für die Umwelt, alles fürs Geschäft – wie Politik und Wirtschaft die Welt zugrunde richten. Ludwig, München.
- Schneidewind, U., Scheck, H. (2013): Die Stadt als »Reallabor« für Systeminnovationen, in: Rückert-John, J. (Hrsg.): »Soziale Innovationen und Nachhaltigkeit«. Springer VS, Wiesbaden 2013, 229-248.
- Schneidewind, U., Singer-Brodowski, M. (2014): Transformative Wissenschaft. 2. Auflage, Marburg, Metropolis 2014.
- Singer-Brodowski, M., Hasselkuß, M., Bliesner-Steckmann, A., Baedeker, C. (2014): Netzwerke der Bildung für nachhaltige Entwicklung als soziale Innovation in der Stadt- und Regionalentwicklung. In: Planung neu denken, PND online, 2(2014), Schwerpunkt: Transition. <http://Routenplanung-neu-denken.de/content/view/295/41>
- Stadt Gelsenkirchen (2017): Statistiken. Bevölkerung, Migration, Gesamtstadt, online: https://www.gelsenkirchen.de/de/Stadtprofil/Stadtfakten/Statistiken/_doc/Bev_Migration_Gesamtstadt_Woche.csv
- Stadt Halle – Abteilung Statistik und Wahlen (2017): Bevölkerungsentwicklung (ausgewählte Jahre), online: <http://www.halle.de/de/Verwaltung/Statistik/Bevoelkerung/Bevoelkerungsentwick-06050/>
- Stadt Hattingen - Ratsangelegenheiten, Wahlen und Logistik (2017): Einwohnerstatistik 2016, online: http://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Rathaus/Fachbereiche/Ratsangelegenheiten,%20Wahlen%20und%20Logistik/Statistik,%20Wahlen,%20Ortsrecht,%20Amtsblatt/Einwohnerstatistik%202016%20-%20Digitalversion.pdf
- Stadt Konstanz (2017): Einwohnerentwicklung der Stadt Konstanz seit 2000 (eigene Fortschreibung), online: http://stadt.konstanz.de/rathaus/00749/01594/04880/index.html?lang=de&download=NHZLpZeg7t,lnp6l0NTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpnO2Yuq2Z6gpJCGeH5,fWym162epYbg2c_JKbNoKSn6A--
- Stadt Krefeld (2017): Aktuelle Einwohnerzahlen, online: [https://www.krefeld.de/C125765D003D65CE/files/einwohner_statistische_bezirke_062016.pdf/\\$file/einwohner_statistische_bezirke_062016.pdf?OpenElement](https://www.krefeld.de/C125765D003D65CE/files/einwohner_statistische_bezirke_062016.pdf/$file/einwohner_statistische_bezirke_062016.pdf?OpenElement)
- Stadt Oberhausen (2017): Statistik, online: <https://www.oberhausen.de/de/index/rathaus/verwaltung/familie-bildung-soziales/statistik-und-wahlen/statistik/zahlenmaterial.php>
- Stadt Wuppertal (2017): Daten und Fakten, online: https://www.wuppertal.de/wirtschaft-stadtentwicklung/daten_fakten/index.php
- Statistics Netherlands (2017): Bevolkingsontwikkeling: regio per maand, online: <http://statline.cbs.nl/Statweb/publication/?DM=SLNL&PA=37230NED&D1=17-18,20&D2=57-60,63-65,67-71,73,75-77,81-82,84-86,88-91,93-97,100-594&D3=I&LA=EN&HDR=T&STB=G1,G2&VW=T>
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2017): Bevölkerung in Hamburg am 31.12.2016. Auszählung aus dem Melderegister, online: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/bevoelkerung/A_I_S_1_j_H/A_I_S1_j16.pdf

- Statistisches Bundesamt (2016): Gemeindeverzeichnis, online:
https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/GVAuszugQ/AuszugGV3QAktuell.xls?__blob=publicationFile
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2016): Statistischer Bericht, online: http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6A102_hj_2015_02.pdf
- TLS Thüringer Landesamt für Statistik (2016): Bevölkerung der Gemeinden, erfüllenden Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften nach Geschlecht in Thüringen, online:
<http://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=gg000102>
- UN United Nations (1992): United Nations Framework Convention on Climate Change, online:
<https://unfccc.int/resource/docs/convkp/conveng.pdf>
- Universitätsstadt Tübingen (2017): Entwicklung der Zahl der Personen mit Hauptwohnung seit 2005, online:
<https://www.tuebingen.de/Dateien/ewfort.pdf>.
- URBACT (2016), online: <http://urbact.eu/>
- WBGU Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, online:
http://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu.de/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (2012): Low Carbon City Wuppertal 2050. Sondierungsstudie, online: <http://epub.wupperinst.org/frontdoor/index/index/docId/4679>

Kontakt:

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter,
Tel: 0202 2492-267, Email: oscar.reutter@wupperinst.org

Marco Hasselkuß,
Tel: 0202 2492-116, Email: marco.hasselkuss@wupperinst.org

Martina Schmitt,
Tel: 0202 2492-128, Email: martina.schmitt@wupperinst.org

Städte in Umbruchprozessen

Berichtsteil 2: Ein Orientierungsrahmen für
Demografiefestigkeit auf kommunaler
Ebene

Mona Wallraff, Ralf Zimmer-Hegmann
Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
Dortmund, 2017

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	95
2	Demografische Entwicklung in Deutschland.....	96
2.1	Demografische Entwicklung auf gesamtdeutscher Ebene	96
2.2	Demografische Entwicklung in Dortmund	100
2.3	Demografische Entwicklung in Wuppertal	103
2.4	Zwischenfazit.....	106
3	Differenzierung und Polarisierung	106
4	Strategien und Konzepte auf kommunaler Ebene	110
5	Handlungsfelder der Quartiersentwicklung	112
5.1	Wohnungsversorgung und bauliche Strukturen	112
5.2	Lokale Ökonomie und Nahversorgung.....	115
5.3	Bildungsinfrastruktur vor Ort.....	117
5.4	Wohnortnahe gesundheitliche Versorgung.....	119
5.5	Mobilität sichern	120
5.6	Partizipation und Teilhabe	121
6	Multiple Herausforderungen brauchen integrierte Antworten	123
7	Literaturverzeichnis	127

1 Einleitung

Der demografische Wandel in Deutschland wird seit Jahren hauptsächlich geprägt durch die Faktoren Bevölkerungsrückgang, Alterung und Internationalisierung. Hinzu kommt eine deutliche Heterogenisierung der Bevölkerungsstrukturen durch die Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen.

Hierbei ist festzustellen, dass der demografische Wandel regional sehr differenziert verläuft und geprägt ist von gegenläufigen räumlichen Trends wie Suburbanisierung und Reurbanisierung. Dies hat ein Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung zur Folge, was zu extremen regionalen Disparitäten führt. Diese Entwicklung zeigt sich ebenfalls innerhalb von Städten, auf Ebene der Stadtteile und Quartiere, was sich u.a. in einer zunehmenden innerstädtischen Segregation und Polarisierung äußert.

Zudem befinden sich die Städte aufgrund der starken Zuwanderung der letzten Jahre in Umbruchprozessen. Seit dem Jahr 2009 beobachten wir einen deutlichen Anstieg der Zuwanderung. Zunächst im Wesentlichen getragen durch die Arbeitsmigration aus EU-Ländern als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre ab 2008, danach vor allem durch die Fluchtmigration. Allein im Jahr 2015 haben rund 890.000 Menschen in Deutschland Zuflucht gesucht (FAZ 2016). Seither haben sich mit der Schließung der Balkanroute und dem Abkommen mit der Türkei die Zahlen der Geflüchteten allerdings wieder deutlich reduziert.

Der demografische Wandel sowie die erhöhte Zuwanderung stellen Herausforderungen an die Städte und Gemeinden. Insbesondere an deren Stadtentwicklung und Daseinsvorsorge¹. Die Komplexität der beschriebenen Problematik lässt sich auf vielfältige Ansätze herunterbrechen: So betreffen einerseits die Alterungsprozesse der Gesellschaft nahezu alle Räume und erfordern u.a. gleichermaßen bauliche wie auch infrastrukturelle Anpassungen. Andererseits werden aufgrund der weiter anhaltenden, notwendigen Zuwanderung, neue Konzepte in den Wohnquartieren vor Ort benötigt, die eine Willkommenskultur bestärken und den Integrationsprozess fördern können. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Sicherstellung und Anpassung der Wohn-, Versorgungs- und Infrastrukturen (Verkehrsinfrastruktur, ÖPNV etc.) als zentrale Herausforderungen angesehen werden müssen, für deren Bewältigung es vielen Kommunen in Deutschland jedoch häufig an den erforderlichen Finanzmitteln mangelt.

Der vorliegende Bericht skizziert die räumlichen Auswirkungen des demografischen Wandels für die Stadtentwicklung. Der Fokus liegt hierbei auf der kommunalen Ebene

¹ Der Begriff der Daseinsvorsorge „steht für die öffentliche Gewährleistung eines Angebotes ausgewählter, als lebensnotwendig eingestufte Güter und Dienstleistungen. Dazu können Brand- und Katastrophenschutz, Gesundheitsversorgung, Bildung, Post und Telekommunikation, Nahversorgung, Mobilität und Rettungsdienst gezählt werden. Diese sollten in einer akzeptablen Mindestqualität zu sozialverträglichen Preisen und flächendeckend in zumutbarer Entfernung erreichbar angeboten werden“ (ARL 2016: 2).

und hier insbesondere auf der teilräumlichen Entwicklung in den Wohnquartieren. Wohnquartiere werden deswegen hervorgehoben betrachtet, da sie sich besonders als Handlungsebene für Aktivierungs- und Beteiligungsprozesse eignen. Außerdem verdeutlichen sie die sehr differenzierten und zum Teil gegenläufigen Entwicklungs- und Umbruchprozesse in den Städten. Dafür werden eingangs die demografische Entwicklung in Deutschland beschrieben, die Entwicklungen in den Städten Wuppertal und Dortmund näher erläutert (Kapitel 2) sowie die Differenzierung und Polarisierung in der räumlichen Entwicklung dargelegt (Kapitel 3). Darauf aufbauend werden im 4. Kapitel kommunale Strategien und Handlungskonzepte für Demografiefestigkeit vorgestellt sowie die unterschiedlichen Herausforderungen und Handlungsbedarfe auf der Ebene der Entwicklung von Wohnquartieren dargestellt (Kapitel 5). Abschließend werden in den Schlussfolgerungen übergreifende Handlungsempfehlungen insbesondere für die Kommunen im Bereich der Stadt- und Quartiersentwicklung formuliert.

2 Demografische Entwicklung in Deutschland

Der demografische Wandel umfasst drei große Dynamiken: Wir werden weniger, älter und bunter. Wie genau diese Veränderungen aussehen, wird im Folgenden anhand der demografischen Entwicklung auf gesamtdeutscher Ebene sowie exemplarisch auf kommunaler Ebene in Dortmund und Wuppertal dargestellt.

2.1 Demografische Entwicklung auf gesamtdeutscher Ebene

Eine positive Bevölkerungsentwicklung² konnte in Deutschland im Zeitraum von 2011 bis 2013 festgestellt werden. Dieser Trend wird sich in den nächsten fünf bis sieben Jahren fortsetzen und begründet sich in der hohen Nettozuwanderung. Allerdings können weder eine höhere Geburtenrate³ und Lebenserwartung noch eine kontinuierlich stärkere Zuwanderung (orange Linie)⁴ den langfristigen Bevölkerungsrückgang aufhalten (vgl. Abb. 1), weil die Mortalitätsrate die Fertilitätsrate immer stärker übersteigt, da immer noch zu

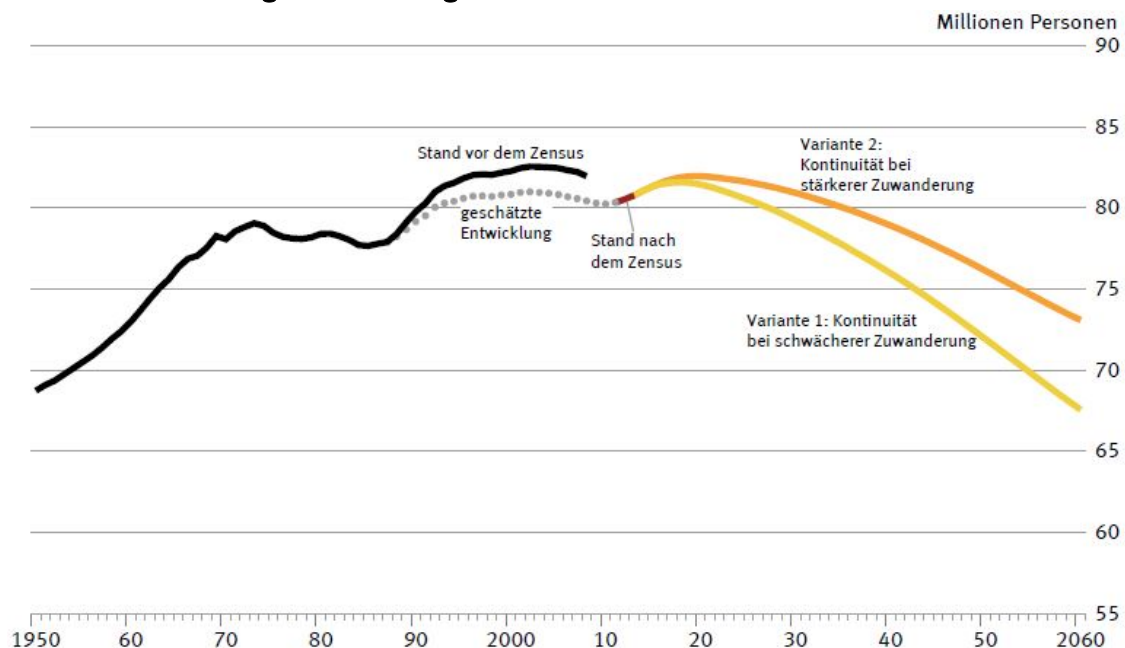
² In den westdeutschen Bundesländern sind internationale Wanderungen ausschlaggebend für die positive Bevölkerungsentwicklung, in den ostdeutschen Bundesländern hingegen die interregionalen Wanderungen (vor Flüchtlingszuwanderung) (vgl. Maretzke 2008).

³ Im Jahr 2015 wurden erstmals seit 33 Jahren im Durchschnitt wieder 1,5 Kinder je Frau geboren. Dies ist vor allem auf den Anstieg der Geburten bei Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (Anstieg von 1,86 auf 1,95 Kinder) zurückzuführen (vgl. Statistisches Bundesamt 2016a).

⁴ Variante Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung: In diesem Szenario wird angenommen, dass der jährliche Wanderungssaldo bis zum Jahr 2021 allmählich auf 200.000 Personen sinken und sich dann auf diesem Niveau verfestigen wird.

wenige Kinder geboren werden. So wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2060 ca. 78,6 Millionen Menschen in Deutschland leben werden.

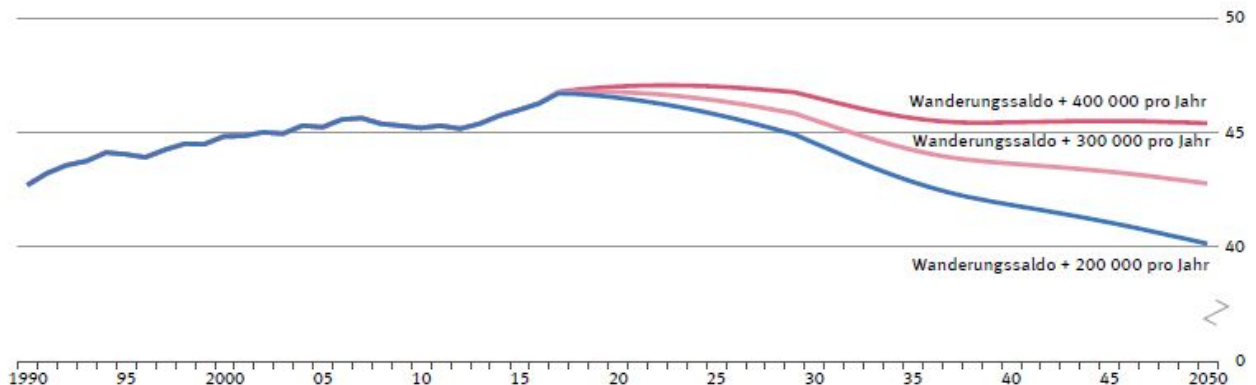
Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung 1950 bis 2060



Quelle: Statistisches Bundesamt 2015a: 15

Die durchschnittliche Nettozuwanderung seit 1991, 200.000 Personen pro Jahr, ist nicht ausreichend, um den demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials zu stoppen. Selbst eine um 50 % höhere Nettozuwanderung von 300.000 Personen pro Jahr wäre nicht ausreichend. Es wären jährlich 400.000 Nettozuzüge notwendig, um das Erwerbspersonenpotenzial auf einem Niveau von knapp über 45 Millionen und somit konstant zu halten (vgl. Abb. 2).

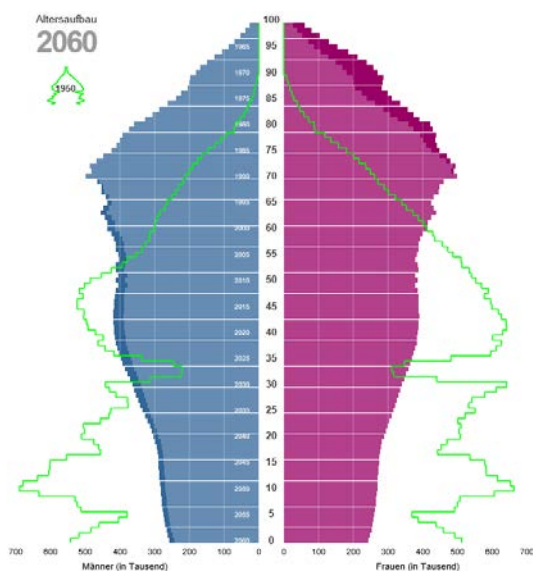
Abb. 2: Erwerbspersonenpotenzial bis 2050 bei unterschiedlichen Wanderungsannahmen für die Zuwanderung⁵



Quelle: Statistisches Bundesamt 2016b: 107

Aufgrund immer besserer Lebensbedingungen ist die Lebenserwartung seit dem 19. Jahrhundert um 100 % gestiegen – neugeborene Jungen werden heute 78 Jahre alt, Mädchen 83 Jahre. Das hat zur Folge, dass in Deutschland schon heute jeder Vierte älter als 60 Jahre ist. Insbesondere die Generation „Baby-Boom“ erreicht innerhalb der nächsten Dekade das Rentenalter. Der Anteil der Menschen über 65 Jahren hat sich bereits in den letzten 15 Jahren mehr als verdreifacht (1950: 5,2 Millionen; 2014: 17,1 Millionen). Inzwischen erreichen auch immer mehr Männer ein höheres Lebensalter. Die Prognosen für 2060 zeigen einen enormen Anstieg an Hochbetagten und einen Anteil der über 65-Jährigen von 33 %.

Abb. 3: Altersaufbau der Bevölkerung 2060 im Vergleich zu 1950

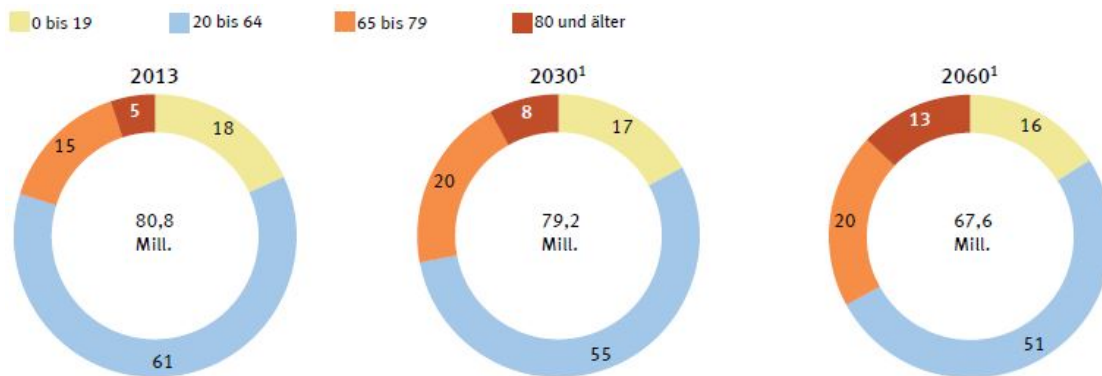


Quelle: Statistisches Bundesamt 2015b

⁵ Das Erwerbspersonenpotenzial umfasst Erwerbstätige, Erwerbslose und die „Stille Reserve“ und bezieht sich daher auf die Altersgruppe 15-74 Jahren. Alle Varianten kalkulieren mit einer steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen sowie mit einem Renteneintrittsalter von 67 Jahren.

Der demografische Wandel hat extreme Folgen auf die Altersstruktur der Gesellschaft. Wie in Abbildung 3 dargestellt, wird der Anteil der 80-Jährigen und Älteren in Deutschland bis 2060 um 40 % zunehmen, sodass dann neun Millionen Menschen zu den Hochbetagten zählen. Im gleichen Zeitraum wird die Anzahl der unter 20-Jährigen von 14,7 Millionen auf ca. elf Millionen schrumpfen. Gleichzeitig wird sich der Anteil der Menschen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) um 30 % reduzieren.

Abb. 4: Bevölkerung nach Altersgruppe (in Prozent)⁶



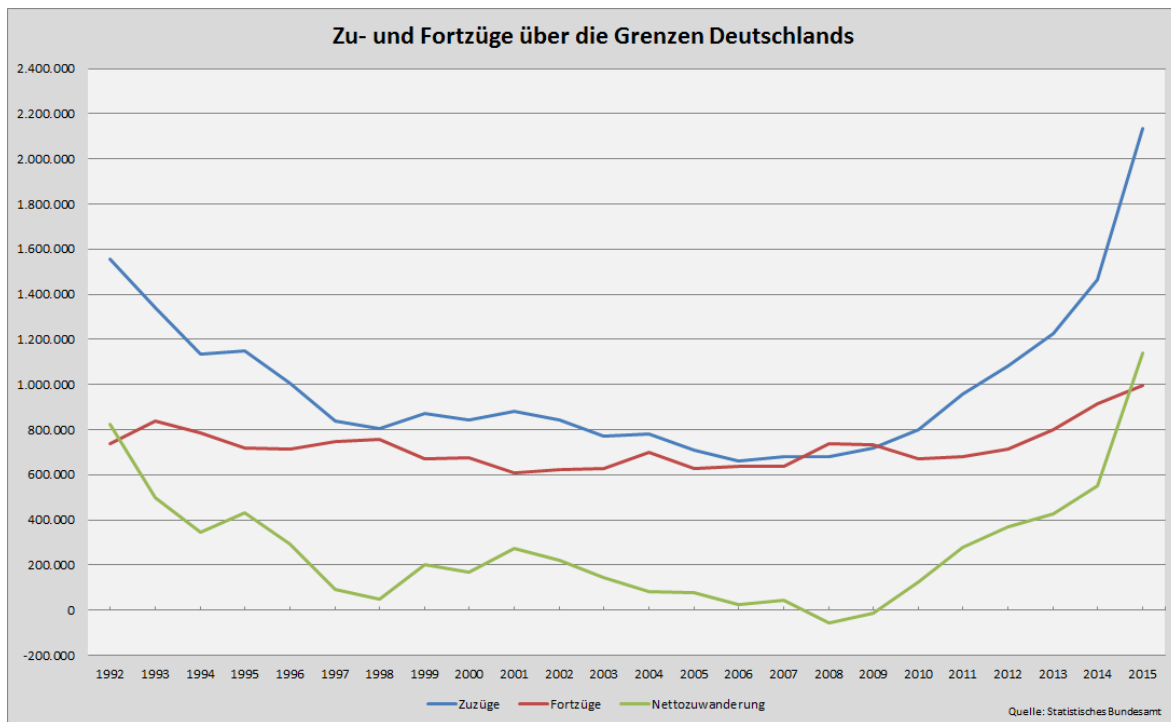
Quelle: Statistisches Bundesamt 2015a: 19

Neben der Alterung der Bevölkerung sind die **Zuwanderung** von MigrantInnen und die damit einhergehende Heterogenisierung der Gesamtbevölkerung signifikant für den demografischen Wandel (vgl. Abb. 5). Dieser Prozess wird insbesondere durch die Zuwanderung von Geflüchteten in den letzten zwei Jahren verstärkt. Im Jahr 2015 sind ca. 890.000 Geflüchtete zugewandert. Inwieweit sich die Zuwanderung zukünftig verändern wird, ist einerseits stark von den politischen, wirtschaftlichen, demografischen und ökologischen Entwicklungen in den Herkunftsländern, andererseits aber auch von der deutschen und europäischen Migrationspolitik sowie der wirtschaftlichen und sozialen Attraktivität Deutschlands als Zielland abhängig und daher schwer vorhersehbar.

Die verstärkte Zuwanderung Geflüchteter stellt insbesondere die Kommunen vor massive Herausforderungen, da sie Wohnraum zur Verfügung stellen und die weitere Versorgung leisten müssen. Dabei stehen nach der akuten Unterbringung und Versorgung weitergehende Aufgaben der Integration und Teilhabe an.

⁶ Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung: In diesem Szenario wird angenommen, dass der jährliche Wanderungssaldo bis zum Jahr 2021 allmählich auf 100.000 Personen sinken und sich dann auf diesem Niveau verfestigen wird.

Abb. 5: Zuwanderungsstatistik 1991 bis 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt 2015b, eigene Darstellung.

Die beschriebenen Effekte des demografischen Wandels verlaufen regional sehr divergent. Es findet ein Nebeneinander von Schrumpfung, Stagnation und Wachstum statt. Dieser Prozess hat zu einer sozialen Polarisierung zwischen und innerhalb von Städten geführt (vgl. Kapitel 3).

2.2 Demografische Entwicklung in Dortmund

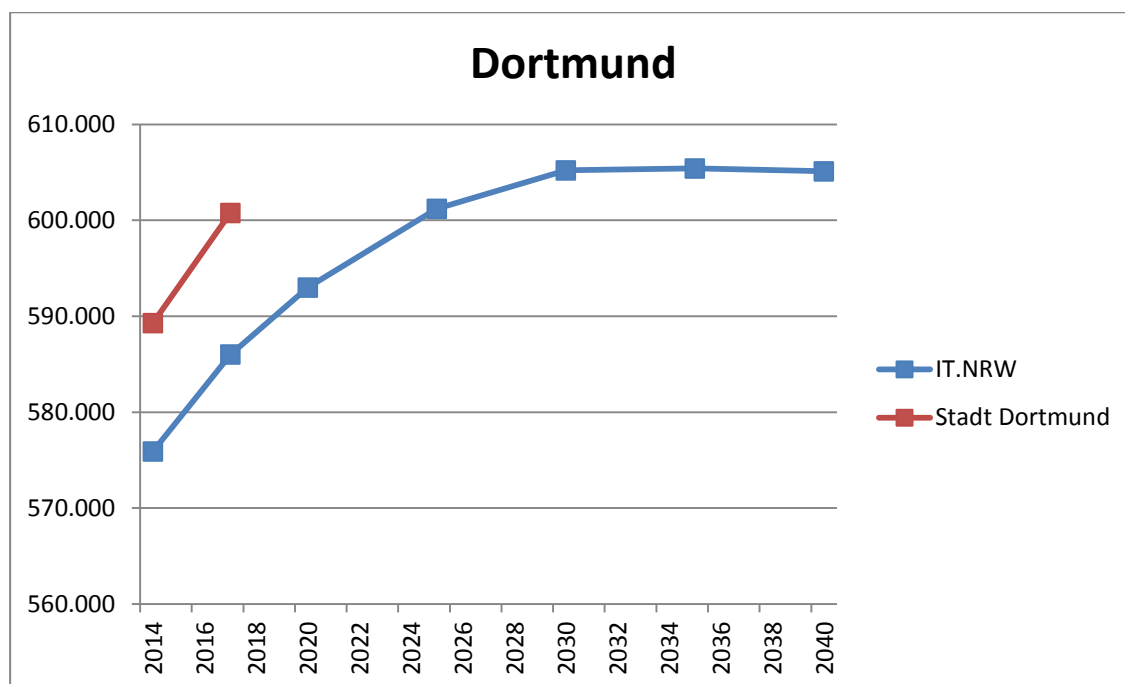
Der demografische Wandel betrifft auch die Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Im Folgenden werden die Komponenten des demografischen Wandels für die Städte Dortmund und Wuppertal skizziert.⁷

⁷ Für die Bevölkerungsentwicklung werden hierfür sowohl die verfügbaren Daten der kommunalen Statistik der Städte Dortmund und Wuppertal, als auch die Berechnungen der amtlichen Statistik (IT.NRW) angeführt. Die Gründe für die unterschiedlichen Angaben zur Bevölkerung(sentwicklung) liegen sowohl in der Datenbasis, als auch in der verwendeten Methodik. So weist die amtliche Statistik (IT.NRW) die Bevölkerungsdaten auf Basis der Ergebnisse und Fortschreibungen des Zensus 2011 aus, wohingegen die kommunale Statistik auf den aktuellen Angaben des geführten Melderegisters beruht. Weiterhin enthält die Statistik des Landesbetriebes lediglich die Zahl der Einwohner, die ihren Hauptwohnsitz am Ort angegeben haben, während die kommunale Statistik auch die Einwohner mit Zweitwohnsitz am Ort umfasst. Dies erklärt die i.d.R. höheren Angaben zum Bevölkerungsstand in der kommunalen Statistik. Zusätzlich können Abweichungen aufgrund der Systematik der Datenerfassung entstehen. So werden Fortzüge bzw. Abmeldungen unmittelbar in den kommunalen Melderegistern bereinigt, die entsprechende Korrektur in der amtlichen Statistik auf Landesebene erfolgt jedoch erst bei der Eintragung eines neuen Wohnsitzes. Dies führt insbesondere bei Fortzügen ins Ausland dazu, dass die Personen in der amtlichen Statistik verbleiben, da keine neue Wohnsitzregistrierung erfolgt. Die Zahlen der kommunalen Statistik bilden somit das adäquatere Abbild der tatsächlichen Bevölkerungszahl. Im Hinblick auf die zukünftigen Bevölkerungsentwicklungen sind hingegen die Prognosen der amtlichen Statistik auf Grund einheitlicher Annahmen und Prognosezeiträume

Von der Mitte der 1960er Jahre bis in die späten 1980er Jahre hinein verzeichnete die Stadt Dortmund einen Bevölkerungsrückgang von ca. 650.000 Einwohnern im Jahr 1969 auf unter 570.000 im Jahr 1986 (IT.NRW 2017a, IT.NRW 2017b). Auf Grund vermehrten Zuzugs konnte die Stadt zu Beginn der 1990er Jahre kurzzeitig wachsende Bevölkerungszahlen verzeichnen, ehe sich ab 1993 abermals eine Phase des steten Bevölkerungsrückgangs einstellte, die bis ins Jahr 2010 anhielt. Seitdem gewinnt die Stadt Dortmund nach vielen Jahren des Bevölkerungsrückgangs wieder an Bevölkerung dazu. Bis zum Jahr 2040 wird die Anzahl der BewohnerInnen auf ca. 605.000 Menschen ansteigen, was einem Wachstum von 5,1 % entspricht (vgl. Abb. 6). Ende 2016 lebten in Dortmund bereits 601.150 Menschen (vgl. Stadt Dortmund 2017), somit wächst die Stadt Dortmund noch schneller als von IT.NRW prognostiziert.

Die Stadt Dortmund gehört damit neben Köln, Düsseldorf, Bonn und vier weiteren Kommunen zu den wenigen Kommunen in NRW, die bis 2040 kontinuierlich wachsen werden. Es ist somit zu einer Trendwende in der Bevölkerungsentwicklung in Dortmund gekommen. Das Dortmunder Wachstum ist in erster Linie auf Zuwanderung zurückzuführen. Durch die Zuwanderung ist der Anteil der männlichen Bevölkerung sowie der von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit deutlich gestiegen (Stadt Dortmund 2016a: 7).

Abb. 6: Bevölkerungsentwicklung in Dortmund 2014 bis 2040⁸



Quelle: IT.NRW 2017b, Stadt Dortmund 2017, eigene Darstellung

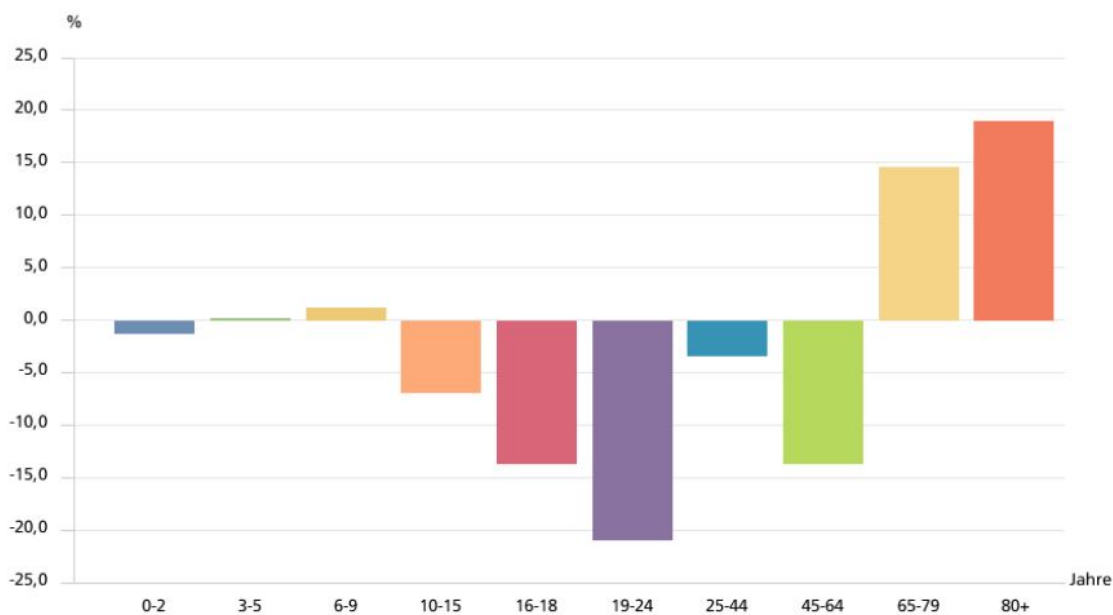
men für den Vergleich belastbarer. Zudem werden Bevölkerungsvorausrechnungen nicht von jeder kommunalen Statistikstelle geführt, sodass z.B. für die Stadt Dortmund keine alternative Prognose vorliegt.

⁸ Ende 2015 lebten in Dortmund bereits 596.575 Menschen (vgl. Stadt Dortmund 2016a), somit wächst die Stadt Dortmund noch schneller als von IT.NRW prognostiziert.

Die positive Bevölkerungsentwicklung spiegelt sich auch im Dortmunder Wohnungsmarkt wider. Der durchschnittliche Preis für Mietwohnungen im Bestand ist von 5,50 €/m² (2014) auf 6 €/m² gestiegen (2016), es besteht folglich ein Trend zu steigenden Angebotsmieten. Dabei bestehen kleinräumig deutliche Unterschiede: Die mittleren Angebotsmieten reichen von etwa 4,60 €/m² (Scharnhorst-Ost) bis rund 8,00 €/m² (stat. Bezirk Tremonia). Zudem betrug die strukturelle Leerstandsquote Ende 2015 nur 1,8 %⁹, somit befindet sich Dortmund im Wandel von einem ausgewogenen zu einem angespannten Wohnungsmarkt (vgl. Stadt Dortmund 2016b).

Der bundesweite Trend der **Alterung** der Bevölkerung ist auch auf die Stadt Dortmund übertragbar. Bis zum Jahr 2030 wird der Anteil der über 80-Jährigen um 20 % und der Anteil der 65- bis 79-Jährigen um knapp 15 % ansteigen. Im gleichen Zeitraum wird die Gruppe der 19- bis 24-Jährigen deutlich (um 20 %) zurückgehen (vgl. Abb. 7). Die voranschreitende Alterung der Dortmunder Bevölkerung wird jedoch durch die Zuwanderung jüngerer Ausländer verlangsamt, da rund 50 % der Zugewanderten der Altersgruppe zwischen 21 und 45 Jahren angehören (Stadt Dortmund 2016a: 12).

Abb. 7: Altersaufbau der Gesamtbevölkerung in Dortmund 2012 bis 2030



Quelle: Wegweiser Kommune 2016

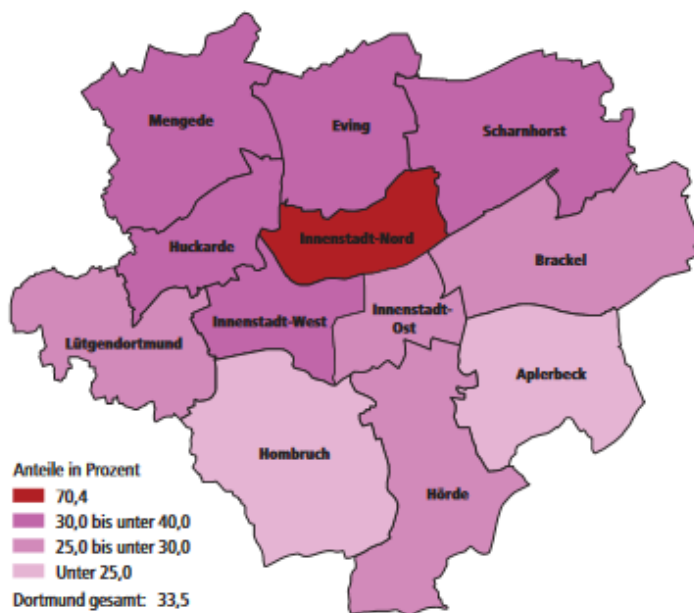
In den letzten 20 Jahren kann ein Anstieg der Zuzüge fortgeschrieben werden. Insbesondere seit ca. fünf Jahren erfolgt eine verstärkte **Zuwanderung** nach Dortmund. Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit sind die mit Abstand größte Gruppe der in Dortmund lebenden Ausländer mit 23,1 %, gefolgt von Einwohnern mit polnischem (9,8 %) und rumänischem Pass (5 %). Der Anteil der Menschen mit syrischer Staatsbürgerschaft liegt

⁹ Bezogen auf den Wohnungsbestand 2014.

inzwischen, insbesondere durch den Zuzug Geflüchteter, bei 4,3 % (Stadt Dortmund 2016a: 15).

2015 verfügte rund ein Drittel der Dortmunder EinwohnerInnen über eine Migrationsgeschichte (33,5 %). Darunter besaßen ca. 16,3 % eine ausländische und 17,3 % die deutsche Staatsangehörigkeit. Auffällig ist, wie unterschiedlich der Anteil der MigrantInnen im Stadtgebiet ist: So weisen im Stadtbezirk Innenstadt-Nord mehr als zwei von drei Einwohnern einen Migrationshintergrund auf. Demgegenüber stehen Stadtbezirke wie Aplerbeck oder Hombruch mit relativ geringen Quoten von unter 25 % (vgl. Abb. 8).

Abb. 8: Migrantenanteil in den Stadtbezirken in Dortmund 2015



Quelle: Stadt Dortmund 2016a: 14

2.3 Demografische Entwicklung in Wuppertal

Die Stadt Wuppertal ist ebenso wie Dortmund seit den 1960er Jahren durch einen stetigen Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet, der lediglich in der Phase der Wiedervereinigung kurzzeitig durch ein zuwanderungsbedingtes Bevölkerungswachstum in den Jahren 1987 bis 1992 unterbrochen wurde. Insgesamt hat die Stadt Wuppertal im Zeitraum von 1965 (ca. 430.000) bis 2010 (ca. 350.000) fast 20 % ihrer Bevölkerung verloren (IT.NRW 2017c, IT.NRW 2017d). In den letzten Jahren kann in Wuppertal jedoch ebenfalls ein **Bevölkerungswachstum** festgestellt werden. Die Zuwanderung kann den negativen natürlichen Bevölkerungsrückgang langfristig jedoch nur verlangsamen und nicht unterbrechen.

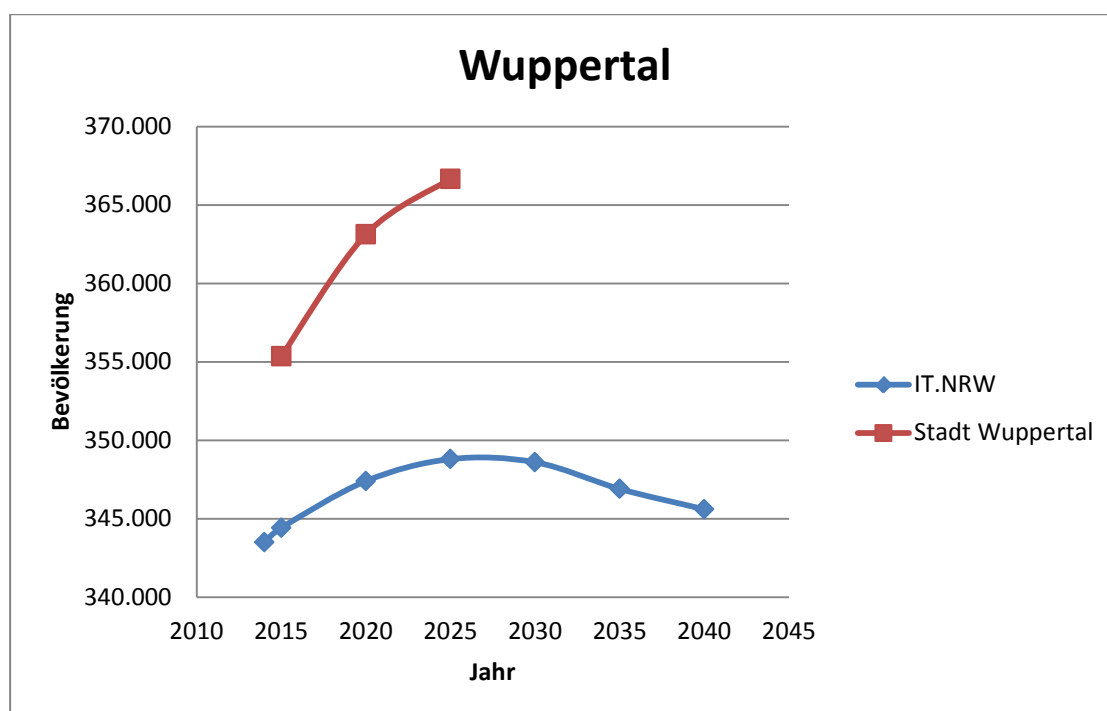
Die aktuellen Prognosen der Bevölkerungsentwicklung für Wuppertal sind positiv. Sowohl die kommunale Statistik als auch IT.NRW erwarten einen stetigen Bevölkerungszuwachs bis zum Jahr 2025. So prognostiziert IT.NRW für den Zeitraum von 2014 bis 2025 ein

Wachstum von 343.500 auf 348.800 Menschen. Ab dem Jahr 2035 wird die Einwohnerentwicklung in Wuppertal jedoch wieder negativ sein, da die Überschüsse der Sterbefälle gegenüber den Geburten dann nicht mehr durch Wanderungsgewinne kompensiert werden können. Insgesamt wird von IT.NRW von 2014 bis 2040 ein Bevölkerungszuwachs von 343.500 auf 345.600 Einwohner (+0,6 %) prognostiziert (vgl. Abb. 9).

Im Gegensatz hierzu prognostiziert die kommunale Statistik der Stadt Wuppertal für den Zeitraum von 2015 (355.344) bis 2025 (366.651) ein wesentlich stärkeres Bevölkerungswachstum von über 3 % (vgl. Abb. 9).

Im Vergleich zur Stadt Dortmund (+5,1 %) wird Wuppertal deutlich weniger wachsen und einige Jahre früher bereits wieder über eine negative Bevölkerungsentwicklung verfügen.

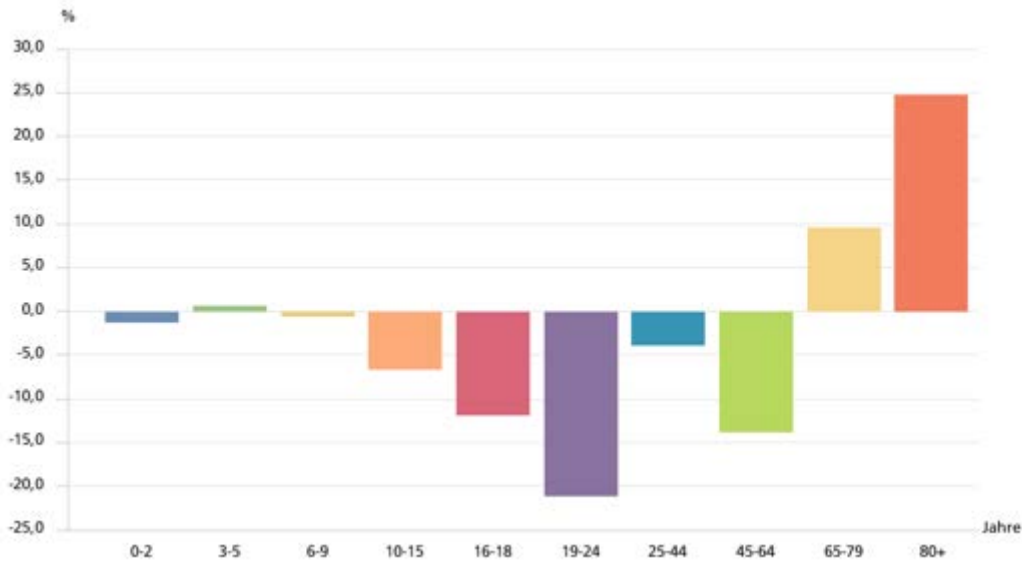
Abb. 9: Bevölkerungsentwicklung in Wuppertal 2014 bis 2040



Quelle: IT.NRW 2017d, Stadt Wuppertal 2017, eigene Darstellung

Die Stadt Wuppertal ist ebenfalls von einer starken **Alterung** der Bevölkerung betroffen. Die Alterungsprognosen für Wuppertal sind negativer als die für die Stadt Dortmund. So wird für Wuppertal vorausgesagt, dass bis zum Jahr 2030 der Anteil der über 80-Jährigen um 25 % ansteigen wird, der Anteil der Rentner um ca. 10 %. Rückläufig sind wie in Dortmund insbesondere die Zahlen der 19- bis 24-Jährigen, die um 20 % sinken werden (vgl. Abb. 10). Somit wird auch in Wuppertal der Anteil der Erwerbsfähigen stark zurückgehen.

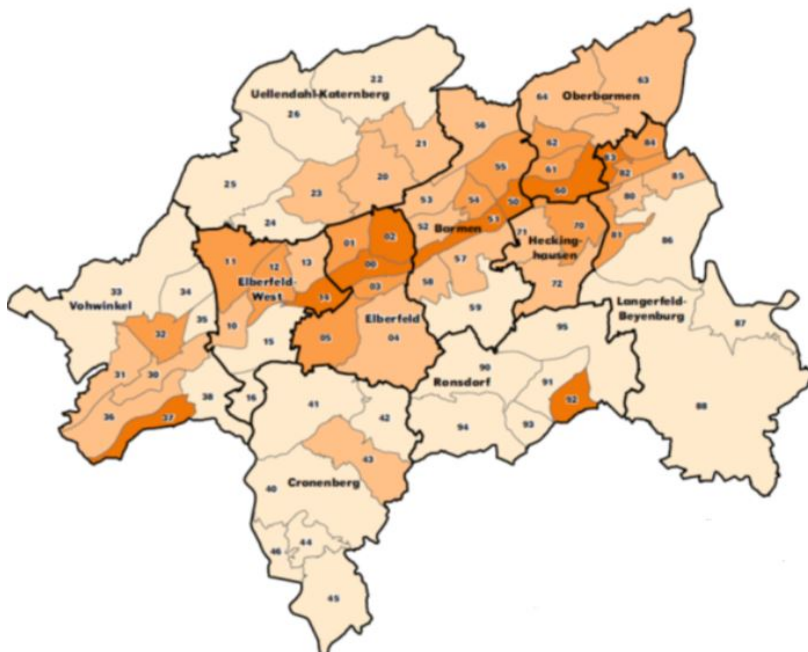
Abb. 10: Altersaufbau der Gesamtbevölkerung 2012 bis 2030



Quelle: Wegweiser Kommune 2016

Ähnlich wie in Dortmund verhält es sich beim Thema **Zuwanderung** auch in Wuppertal: Seit 2010 kann ein stärkerer Anstieg der Zuzüge aus dem Ausland wahrgenommen werden. Kamen im Jahr 2010 noch 3.147 Personen aus dem Ausland nach Wuppertal, waren es im Jahr 2012 bereits 4.585 und schließlich 8.509 Menschen in 2015. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung verfügte 2015 über einen Migrationshintergrund (35,2 %).

Abb. 11: Migrantenanteil in den Quartieren in Wuppertal 2015



Quelle: Stadt Wuppertal (o.J.)

Die Menschen mit Migrationshintergrund verteilen sich ungleichmäßig über das Wuppertaler Stadtgebiet. Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund leben in den Quartieren entlang der Wupper. Bspw. in Barmen-Mitte, Elberfeld-Mitte und Oberbarmen-Schwachbach. Hier haben ca. 49 bis 60 % der BewohnerInnen einen Migrationshintergrund. In anderen Quartieren wie u.a. Cronenberg-Mitte, Herbringhamen und Siebeneick beträgt der Anteil hingegen nur 9 bis 20 % (vgl. Abb. 11).

2.4 Zwischenfazit

Zuwanderung und Reurbanisierung haben die bisherigen Trends des demografischen Wandels verändert. Insbesondere die Schrumpfung der (großen) Städte ist unterbrochen, in den meisten Städten werden wieder Bevölkerungszuwächse verzeichnet. Darüber hinaus finden Altersstrukturveränderungen in unterschiedlicher Intensität weiterhin nahezu überall in Deutschland statt. Zudem schreitet die Internationalisierung der Gesellschaft, insbesondere der Städte, schneller voran. Wie dargestellt stehen die Städte Wuppertal und Dortmund vor vergleichbaren Herausforderungen, die der demografische Wandel mit sich bringt.

3 Differenzierung und Polarisierung

Stagnierenden und schrumpfenden städtischen und ländlichen Räumen stehen insbesondere hoch-dynamische wachsende Regionen und Großstädte gegenüber, wobei Wachstum und Schrumpfung meist räumlich eng beieinander liegen. Insgesamt kann eine deutliche Differenzierung und Polarisierung der Stadt- und Quartiersentwicklung mit teilräumlich sehr unterschiedlichen Herausforderungen festgestellt werden.

Danielzyk et al. (2013) unterscheiden auf Stadt- und Kreisebene in Nordrhein-Westfalen vier Entwicklungstypen mit verschiedenen Handlungserfordernissen:

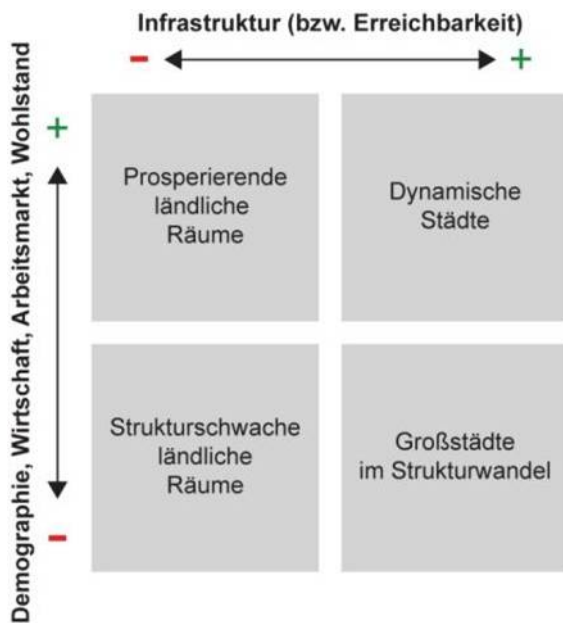
Typ 1: Großstädte im Strukturwandel (Beispiele: Gelsenkirchen, Oberhausen, Duisburg)

Typ 2: Strukturschwache ländliche Räume (Beispiele: Kreis Höxter, Kreis Lippe)

Typ 3: Prosperierende ländliche Räume (Beispiele: Kreis Gütersloh, Kreis Borken)

Typ 4: Dynamische Städte (Beispiele: Münster, Düsseldorf, Köln).

Abb. 12: Kategorisierung von Raumtypen

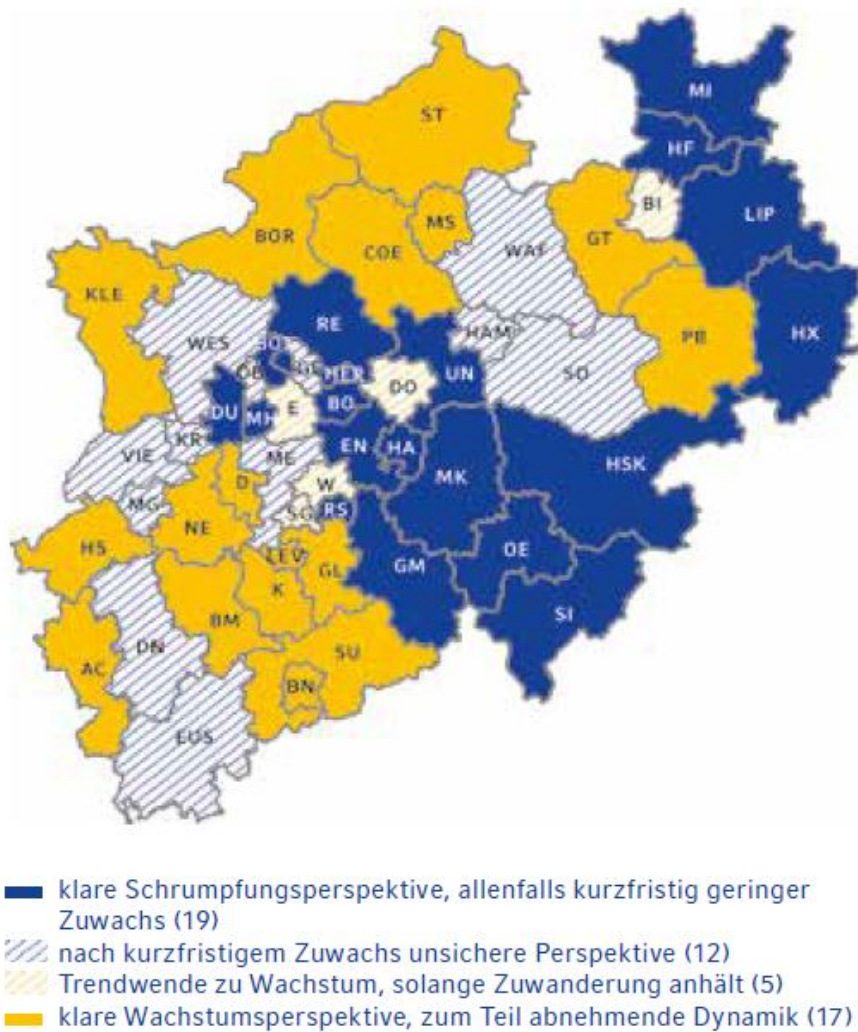


Quelle: Danielzyk et al. 2013

In von Abwanderung betroffenen, strukturschwachen ländlichen Räumen stellt insbesondere die Tragfähigkeit von Infrastrukturen eine Herausforderung dar. In den Großstädten im Strukturwandel, geprägt von demografischer Schrumpfung und ökonomischer Stagnation, ist die Daseinsvorsorge in bestimmten Quartieren ebenfalls in Gefahr. Zudem ist die kommunale Handlungsfähigkeit in diesen Stadtregionen strukturell immer stärker begrenzt. Dynamische Städte haben im Gegensatz dazu insbesondere durch Prozesse der Verteuerung von Wohnraum oder die Unterversorgung mit bestimmten Infrastrukturen der Daseinsvorsorge Entwicklungen durchlaufen, die zur Verletzung der sozialen Gerechtigkeit innerhalb einer Stadt führen können.

Der aktuelle Wohnungsmarktbericht aus Nordrhein-Westfalen (NRW Bank 2016) skizziert neben Regionen mit klarer Wachstumsperspektive (bspw. Schwarmstädte wie Köln, Bonn, Düsseldorf, Münster) und Regionen mit deutlicher Schrumpfungsperspektive (u.a. Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis, Herne, Recklinghausen) auch solche Städte und Kreise mit unsicherer Wachstumsperspektive (u.a. Mönchengladbach, Viersen, Soest) sowie Regionen für die eine Trendwende von Schrumpfung zu Wachstum prognostiziert wird (u.a. Dortmund, Essen, Wuppertal) (vgl. Abb. 13).

Abb. 13 Typen der zukünftigen Haushalteentwicklung 2015 bis 2030 in NRW



Quelle: NRW Bank 2016: 20

Insbesondere für die Regionen mit wechselhafter und unsicherer Entwicklung besteht die Herausforderung den „aktuellen Bedarf zu decken, ohne Leerstand von morgen zu produzieren“ (vgl. NRW Bank 2016: 21). Hierbei gilt es als zentral den Neubau bedarfsgerecht und langfristig auszugestalten (altengerecht, zukunftsfähige Standorte etc.), zentrale Lagen wieder stärker zu fördern sowie Quartiere innerhalb der Wachstumsphase qualitativ aufzuwerten.

Divergente Entwicklungen in den Quartieren

Die Unterschiede unterhalb der Kreisebene zwischen verschiedenen Gemeinden und Stadtteilen bzw. Quartieren sind noch differenzierter. In einer Kommune liegen z.B. Wachstum und Schrumpfung von Wohnquartieren und damit unterschiedliche Herausforderungen räumlich eng beieinander. Auf kleinräumiger Ebene stehen attraktive wach-

sende Quartiere Quartieren gegenüber, die von Bevölkerungsrückgang, Wohnungsleerstand und überalterter Infrastruktur gekennzeichnet sind (ARL 2006: 2).

Schnur (2010) unterscheidet darüber hinaus alleine im Zusammenhang mit den Anpassungserfordernissen des demografischen Wandels acht verschiedene Wohnquartierstypen. Er analysiert welche Quartiere zukünftig von den Auswirkungen des demografischen Wandels besonders betroffen sein werden und was die Stärken und Schwächen einzelner Quartierstypen sind (vgl. ebd.: 138). Es soll im Folgenden lediglich anhand einer Auswahl von Quartierstypen der besonders vordringliche Handlungsbedarf und die Unterschiedlichkeit der Bedarfe sowie des Vorgehens beispielhaft skizziert werden:

- **Innerstädtische Wohnquartiere** in schrumpfenden und wachsenden Städten stehen z.B. vor den unterschiedlichen Herausforderungen zwischen notwendiger Aufwertung, um einer Verödung und Abwanderung entgegenzuwirken und dem Schutz vor Mietpreiserhöhungen und Verdrängung.

- **Periphere Großwohnsiedlungen** stehen häufig vor dem Problem von Eigentümerwechseln, gerade auch an private Investoren, und einer notwendigen sozialen Stabilisierung trotz weiterer Segregation sowie je nach Wohnungsmarktlage auch baulichen Anpassungsprozessen (Stadtumbau mit Abriss/Rückbau).

- **Suburbane Einfamilienhausgebiete** außerhalb der wachsenden Zentren leiden aufgrund des Nachfragerückgangs an dramatisch zurückgehenden Immobilienwerten, drohenden Leerständen und erheblichen Versorgungsproblemen. Hier müssen für eine älter werdende Bevölkerung insbesondere Mobilität und Erreichbarkeit (selbst-)organisiert werden.

Angesichts der sehr unterschiedlichen Entwicklungen zwischen Städten und innerhalb von Städten haben wir es mit sich weiter differenzierenden oder sogar polarisierenden („Doppelte Polarisierung“) Entwicklungsbedingungen in den Wohnquartieren zu tun. Nicht in allen Wohnquartieren kann und muss die öffentliche Hand tätig werden, was angesichts der schon beschriebenen engen Finanzspielräume auch nicht möglich ist. Sondern es bedarf klarer Handlungsprioritäten dort, wo die Lebensqualität gefährdet ist und Negativentwicklungen verhindert bzw. ausgeglichen werden müssen. Dabei erscheint eine Unterscheidung von Wohnquartieren entlang folgender Merkmale sinnvoll:

- schrumpfend/wachsend
- benachteiligt/nicht-benachteiligt
- Lage (zentral/peripher).

Insbesondere mit Blick auf die Lage bedeutet die Entwicklung von Wohnquartieren auch nicht in jedem Fall die Stärkung und den Erhalt von Standorten (*Dezentralisierung*). Gerade für den Erhalt der Versorgungssicherheit im ländlichen Raum sind auch die *Konzentration* von Infrastrukturen auf bestimmte Standorte und zentrale Orte erforderlich. Auch für Städte ist mit Blick auf die Reduzierung des Flächenverbrauches und unter energetischen Gesichtspunkten eine klare Priorisierung bei der baulichen Entwicklung

auf die im weiteren Sinne innerstädtischen Standorte erforderlich (*Innenentwicklung*), wobei auch auf die Berücksichtigung von ausreichend Frei- und Grünflächen zu achten ist.

Unter Berücksichtigung dieser skizzierten unterschiedlichen Ausgangsfaktoren und Zielsetzungen sind daher problem- und bedarfsangepasste Strategien und Instrumente in unterschiedlichen Handlungsfeldern für die Stadt- und Quartiersentwicklung anzuwenden. Exemplarisch werden einige Strategien und Konzepte in den nachfolgenden Kapiteln vorgestellt.

4 Strategien und Konzepte auf kommunaler Ebene

Auf kommunaler Ebene besteht eine Vielzahl von kommunalen Strategien und Handlungskonzepten für die Demografiefestigkeit von Städten. Insbesondere existieren strategische sowie konzeptionelle Ansätze.

Eine Vielzahl von Kommunen in Deutschland (vgl. exemplarisch Stadt Wuppertal 2010, Landeshauptstadt München 2008, Heidelberg 2006) hat vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in den letzten Jahren Demografiekonzepte erstellt. Die Konzepte beschäftigen sich vorwiegend mit den Auswirkungen und Chancen des demografischen Wandels insbesondere für den Wohn- und Wirtschaftsstandort einer Stadt. Ebenfalls verfügt der Großteil der Bundesländer (vgl. exemplarisch Freistaat Sachsen 2010; Hessische Staatskanzlei 2016; Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern 2014) sowie alle Stadtstaaten¹⁰ über Demografieberichte bzw. Aktionspläne zum Thema Demografie. Das Berliner Demografiekonzept umfasst vier Handlungsfelder („Kreative und wirtschaftlich erfolgreiche Stadt“, „Jugend, Kinder und Familien in der Stadt“, „Weltoffene und soziale Stadt“ sowie „Langes Leben in der Stadt“), die jeweils über strategische Ziele verfügen. Zudem hat die Stadt vier grundlegende Prinzipien (Sozialraumorientierung, Qualifizierung der Stadtgesellschaft, Gender Mainstreaming sowie Aktivierung und Vernetzung) als zentrales Arbeitsprinzip zur Gestaltung des demografischen Wandels etabliert (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2009: 5).

Auch die Bundesregierung verfügt seit 2012 über eine eigene Demografiestrategie „Jedes Alter zählt“. Diese wurde auf Grundlage von Dialogveranstaltungen mit den BürgerInnen

¹⁰ Der Masterplan Bremen wird vom Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V. herausgegeben und bezieht sich auf die Region Bremen.

bereits weiterentwickelt (vgl. BMI 2015). Des Weiteren widmet die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern dem Thema ein eigenes Demografieportal.¹¹ Dort werden weitergehende Informationen zu der Demografiestrategie sowie zu den dazugehörigen Dialogveranstaltungen präsentiert.

Einige Kommunen fokussieren ihre Konzepte und Strategien auf einzelne Themen (vorrangig das Thema Stadtentwicklung und Wohnen). Die Stadt Freiburg veröffentlichte 2013 ein „Kommunales Handlungsprogramm Wohnen in Freiburg“. Die wachsende Stadt steht vor großen Herausforderungen im Zuge des demografischen Wandels, bedarfsgerechten und preiswerten Wohnraum zu schaffen. Andere Kommunen und Gemeinden konzentrieren sich stärker auf einzelne Zielgruppen, die infolge des demografischen Wandels an besonderer Bedeutung gewinnen. So hat die Stadt Schweinfurt ein 322 Seiten langes „Seniorenpolitisches Gesamtkonzept“ (Stadt Schweinfurt 2012) erstellt, da die Überalterung der Bevölkerung eine der Kernherausforderungen der bayrischen Kommune ist. Die Stadt Stuttgart hat neben einem regelmäßig erscheinenden Demografiebericht (vgl. Stadt Stuttgart 2015) einen Leitfaden „Stuttgarter Bausteine für die Entwicklung einer Demografiestrategie“ entwickelt, mit Hilfe dessen die einzelnen Ämter und Abteilungen innerhalb der Stadtverwaltung maßgeschneiderte Demografiestrategien entwickeln können (vgl. Stadt Stuttgart o. J.). Der Leitfaden entstand im Rahmen des Förderprojekts der Robert Bosch-Stiftung "Führen - Steuern - Wissen: maßgeschneidert in der demografischen Praxis". Insgesamt wurden 20 baden-württembergische Kommunen gefördert, um eine demografieorientierte Personalpolitik zu entwickeln.

Da die Entwicklungen innerhalb von Städten in den einzelnen Quartieren sehr unterschiedlich verlaufen (vgl. Kapitel 4), versuchen insbesondere die Mittel- und Großstädte dies in ihren Konzepten zu berücksichtigen und kleinräumig zu differenzieren. Der Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg hat zudem bereits ein bezirkliches Demografiekonzept entwickelt.

Die Beteiligung der Stadtgesellschaft an der Entwicklung der Konzepte gestaltet sich sehr unterschiedlich. In der Regel finden kleinere Beteiligungsmaßnahmen wie Workshops oder Informationsveranstaltungen statt. Hamburg hat zur Weiterentwicklung seines Demografiekonzepts einen großen Online-Dialog mit seinen BewohnerInnen gestartet und gemeinsam mit der Bevölkerung die zentralen Themen für das Konzept beschlossen.

Darüber hinaus haben Kommunen und Gemeinden strukturelle Maßnahmen getroffen, um dem Thema ausreichend gerecht zu werden. Bspw. hat die Stadt Oldenburg eine „Stabstelle Demografie“ beim Büro des Oberbürgermeisters eingerichtet und somit feste Strukturen innerhalb der Verwaltung geschaffen, die das Thema dauerhaft bearbeiten. Die Stabstelle gibt den Demografiebericht „Übermorgenstadt Oldenburg. Gut für Jung und Alt.“ (Stadt Oldenburg 2013) heraus. Inhaltlich umfasst der Bericht vielfältige Aspekte wie u.a. Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Gesundheit und Pflege, Integration sowie

¹¹ www.demografie-portal.de

Wohnen. Ferner veranstaltete die Stadt Oldenburg Tagungen und Kongresse wie bspw. „Neue Urbanität – Strategischer Lösungsansatz für die Herausforderungen des demografischen Wandels!“, die sich explizit mit den Auswirkungen des demografischen Wandels für die Oldenburger Stadtentwicklung beschäftigen. Zudem haben viele Kommunen städtische Demografiebeauftragte ernannt und somit eine kontinuierliche Bearbeitung des Themas innerhalb der Verwaltung sichergestellt.

Auf Ebene der Bundesländer ist das Thema unterschiedlich verankert. In den Staatskanzleien von Brandenburg und Sachsen befasst sich jeweils ein ganzes Referat mit Demografie und ihren Folgen. In anderen Bundesländern (u.a. Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt) liegt die Federführung bei einzelnen Ministerien. Überdies existieren in einigen Ländern interministerielle Arbeitsgruppen und Enquetekommissionen, die sich mit demografischen Fragen auseinandersetzen (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009).

5 Handlungsfelder der Quartiersentwicklung

Angesichts der sehr unterschiedlichen und differenzierten Herausforderungen für die Stadt- und Quartiersentwicklung sollen im Folgenden die zentralen Handlungsbereiche und Handlungsfelder sowie geeignete Maßnahmen und Instrumente für eine positive Zukunftsgestaltung der Quartiere betrachtet werden. Es liegt auf der Hand, dass Quartiersentwicklung mehr ist als die bauliche Gestaltung, sie umfasst nämlich auch die sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Lebensumstände der Menschen in ihrem städtischen Nahraum. Dabei ist mit Blick in die Zukunft grundsätzlich zu sagen, dass es schon heute viele gute und innovative Beispiele gibt, die jedoch, um die Entwicklung unserer Wohnquartiere nachhaltig positiv zu beeinflussen, breit implementiert – also umgesetzt – werden müssten.

5.1 Wohnungsversorgung und bauliche Strukturen

Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik stehen vor sehr unterschiedlichen und teils gegensätzlichen Entwicklungen. Während es durch Reurbanisierung, neuer Zuwanderung und einem verstärkten Investitionsinteresse an Wohnimmobilien in den meisten großen Städten zu erheblichen Engpässen und Preissteigerungen in der Wohnungsversorgung kommt, sind schrumpfende Regionen weiterhin durch Wohnungsleerstände und Überangebote gekennzeichnet.

Um in den (wachsenden) Städten und Quartieren das Wohnen für alle Bevölkerungsgruppen auch für die Zukunft zu sichern und soziale Verdrängungsprozesse in den Quartieren zu verhindern, gilt es daher an erster Stelle bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und neue Angebote in diesem Segment zu schaffen. Dazu ist der öffentliche Wohnungsneubau deutlich auszuweiten. Gegenwärtig können in nahezu allen Städten die auslaufenden Belegungsbindungen im sozialen Wohnungsbau nicht durch entsprechenden Neubau ersetzt werden. So gehen selbst in Städten mit vorbildlichen Aktivitäten im sozialen Wohnungsbau die absoluten Zahlen und Anteile des sozialen Wohnungsbaus zurück. Dieser Trend muss durch mehr Wohnungsneubau umgekehrt werden. Durch Nachverdichtung in den Innenbereichen (Schließung von Baulücken), die Mobilisierung von Brachflächen und die Vorgabe von Mindest-Quoten für den Anteil an Sozialwohnungen (z.B. „Münchener Modell“ oder Köln und Münster¹²) bei Neubaumaßnahmen von privaten Investoren können hier Erfolge erzielt werden. Daneben sind vor allem die öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen gefordert, ausreichend preiswerten Wohnraum zu schaffen und bereitzustellen. Hier können die Kommunen durch die Bereitstellung von günstigem Bauland (z.B. im Rahmen von Erbpachtverträgen) unterstützend tätig sein. Um weiterhin die soziale Mischung von Quartieren zu fördern, müssen für den sozialen Wohnungsbau gerade auch Standorte in den hochpreisigen Innenstadtlagen und in Quartieren mit einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen vorrangig berücksichtigt werden. Grundsätzlich ist im Rahmen der Wohnungsbauförderung zu prüfen, ob die Laufzeit von Belegungsbindungen verlängert werden kann. Gleichzeitig bedarf es Maßnahmen, um preiswerten Wohnraum im Bestand zu sichern. Neben den gesetzlichen Regelungen auf Bundesebene (wie z.B. der Mietpreisbremse) können auch die Kommunen durch den Einsatz von städtebaulichen Instrumenten („Milieuschutzsatzung“, Umwandlungsverordnung) der Spirale aus Aufwertung, Preissteigerung bzw. Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und Verdrängung entgegenwirken. Die Kommunen und andere öffentliche Träger sind zudem aufgefordert, weitere Privatisierungen von öffentlichen Wohnungsbeständen zu verhindern, da damit direkte Steuerungsmöglichkeiten der sozialen Wohnraumversorgung verloren gehen. Dies hat in der Regel deutliche Preissteigerungen für die Mieter zur Folge.

Für schrumpfende Regionen und Quartiere gilt es, bestehende Maßnahmen gegen Wohnungsleerstände und Überangebote konsequent zu nutzen. Gerade mit Blick auf kurz- bis mittelfristige Veränderungen in der Wohnungsnachfrage (z.B. aktuell durch die Unterbringung von Geflüchteten) sind Leerstände und Überangebote nach Möglichkeit durch Zwischennutzungen produktiv zu kompensieren. Geeignete Instrumente hierfür sind Zwischennutzungskonzepte der Kommunen oder auch internetbasierte Leerstandsmelder (z.B. in Dortmund¹³). Dort, wo sich keine weiteren Nutzungsperspektiven finden lassen, sind bauliche Anpassungen durch Rückbau und (Teil-)Abriss z. B. im Rahmen des Städte-

¹² <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kommunalreferat/immobilien/sobon.html>
<http://www.nrw.de/landesregierung/30-prozent-quote-fuer-den-sozialen-wohnungsbau-land-vereinbart-globale-foerderbudgets-mit-den-staedten-koeln-und-muenster-16000/>

¹³ <http://www.leerstandsmelder.de/dortmund>

bauförderprogramms Stadtbau erforderlich.¹⁴ Besonders schwierig gestalten sich solche baulichen Anpassungen dort, wo ein hoher Anteil an Einzeleigentum vorhanden ist (z.B. in Einfamilienhausgebieten, aber auch in einzelprivatisierten Beständen ehemals größerer Wohnungsunternehmen). Hier sind dann in der Regel die Kommunen gefordert durch die Aktivierung und Mobilisierung der Einzeleigentümer gemeinsame Lösungen zu finden (beispielhaft hier die Untersuchung mit Beteiligung des ILS über die Zukunft von Einfamilienhausgebieten oder die Aktivitäten der Stadt Bergheim im Stadtteil Süd-West)¹⁵.

In allen Wohnungsbeständen und Quartieren besteht eine erhebliche Notwendigkeit der baulichen Anpassung an die Erfordernisse einer älterwerdenden Bewohnerschaft (Barrierefreiheit) und des Klimawandels sowie der Energieeinsparung (energetische Sanierung). Dazu sind in den nächsten Jahrzehnten Milliardeninvestitionen von privaten Eigentümern und öffentlicher Hand erforderlich. Für die Quartiere bedeutet das einerseits, private Investitionen anzuregen und zu forcieren und andererseits die aus diesen Modernisierungen resultierenden Mietpreissteigerungen in Grenzen zu halten. Hier müssen neue Finanzierungs- und Umlagemodelle entwickelt werden. Solche baulichen Veränderungen sollten auch immer in ganzheitliche quartiersbezogene Konzepte¹⁶ eingebettet sein, da es auch immer um zusätzliche Verhaltensänderungen sowie begleitende soziale Maßnahmen und Infrastrukturveränderungen geht.

Finanzierungs- und Anpassungsprobleme für öffentliche und private Infrastrukturen bestehen gerade auch in den schrumpfenden Regionen und Quartieren. Ohne das Thema an dieser Stelle gebührend darstellen zu können, sei allgemein auf die folgenden Lösungsgrundsätze verwiesen:

- (Regionale) Kooperationen, um Infrastrukturen gemeinsam zu nutzen und besser auszulasten.
- Bürgerschaftliche Konzepte und Trägermodelle, um Infrastrukturen alternativ finanzieren und betreiben zu können.
- Multifunktionale und flexible Nutzungskonzepte, um Angebote räumlich zusammenzuführen und bauliche Synergien zu erzielen (ein Haus für mehrere Nutzungen).
- Mobile Lösungen dort, wo baulich-räumliche Angebote nicht mehr gewährleistet werden können.

Neben der angemessenen Wohnungs- und Infrastrukturversorgung ist vor allem auch das Angebot an Grün- und Freiflächen für die Erholung, Freizeitgestaltung und auch die Luftqualität sowie als Versickerungsflächen für die Lebensqualität in den Wohnquartieren

¹⁴ http://www.mbwsv.nrw.de/service/downloads/Stadtentwicklung/Workshop_Abriss_Dok_aktuell-2.pdf

¹⁵ <http://www.comparativepopulationstudies.de/index.php/CPoS/article/view/152/177>
<http://www.eg-bm.de/bauliche-ver%C3%A4nderungen/privater-wohnungsbestand/>

¹⁶ Für das Thema „Altengerechte Quartiere“ s. dazu den „KDA-Ansatz“, für die energetische Anpassung eines ganzen Quartiers s. „Innovation City-Bottrop“:

<http://www.kda.de/kdaShop/altengerechtes-planen-bauen-und-wohnen/2002/quartiersentwicklung-kda-ansatz-und-kommunale-praxis.html>

<http://www.icruhr.de/index.php?id=3>

von entscheidender Bedeutung. Um gerade auch in den wachsenden Städten mit den erheblichen Flächenkonkurrenzen zwischen Wohnen, Gewerbe sowie Frei- und Erholungsflächen diesem Umstand Rechnung tragen zu können, bedarf es kommunaler Strategien und Masterpläne¹⁷ zur Absicherung von Grün- und Freiflächen, die insbesondere auch als Frischluftschneisen und Versickerungsflächen mit Blick auf den Hitze- und Hochwasserschutz existenziell sind. Daneben sind u.a. besondere Anreize für die flächenmäßige Dachbegrünung oder auch von Urban-Gardening-Initiativen¹⁸ auf Brachflächen absolut zielführend.

5.2 Lokale Ökonomie und Nahversorgung

Durch ökonomische und räumliche Konzentrationsprozesse, die Filialisierung des Einzelhandels und Angebote auf der „grünen Wiese“ kommt es besonders in vielen Wohnquartieren zu einer Ausdünnung oder einem Verschwinden von bisherigen gewachsenen Einzelhandelsangeboten. Nicht nur die Innenstädte von kleineren Städten, sondern gerade auch viele großstädtische Nebenzentren sind von dieser Entwicklung betroffen. Hinzu kommt auch verstärkt die Konkurrenz durch einen steigenden Online-Handel.¹⁹ Durch Privatisierungen bzw. Kostendruck sind häufig auch andere Dienstleistungsangebote (Post, Bank o.ä.) in der Fläche gefährdet.

Dem kann nur durch eine konzeptionelle und rechtliche Stärkung des Einzelhandels in Innenstädten, Neben- und Stadtteilzentren begegnet werden. Kommunale oder auch regionale Einzelhandelskonzepte und der konsequente Einsatz der rechtlichen Instrumente (Einzelhandelserlass) sind hier die angesagten Mittel. Doch auch durch diese Maßnahmen kann der Rückzug von privaten Anbietern in vielen Nicht-Wohnquartieren verhindert werden. Betroffen sind davon v.a. benachteiligte, schrumpfende und periphere Quartiere. An solchen Standorten können durch bürgerschaftliche Initiativen integrierte Angebotsformen entstehen, wo z.B. in aufgegebenen Läden neue Einzelhandels- und Dienstleistungsangebote an einem Standort angeboten werden können. Es gibt dafür bislang viele positive Beispiele, bei denen Bürgerinitiativen oder Bürgervereine z.B. als Genossenschaften oder durch die Ausgabe von Anteilsscheinen zum Träger solcher Angebote geworden sind (z.B. DORV-Läden).²⁰ Solche Initiativen bedürfen der breiteren Implementierung und Unterstützung. Letzteres erfolgt für den ländlichen Raum bereits. Aber auch für periphere großstädtische Quartiere sollte ein Förder- und Beratungsangebot geschaffen werden, um bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen.

Wo solche Initiativen nicht möglich sind bzw. zustande kommen, sind wiederum mobile Angebote (fahrende Läden, Post, Bank etc.) eine Ersatzmöglichkeit. Auch die vermehrte Nutzung von Online-Handel und entsprechenden Lieferservices schafft hier eine Ersatz-

¹⁷ http://www.mbwsv.nrw.de/quartiersentwicklung/leitfaeden/urbanes-gruen/Urbanes_Gruen.pdf

¹⁸ <http://www.welt.de/136475654>

¹⁹ <http://www.difu.de/projekte/2001/online-shopping-und-dienstleistungen-kommunale.html>

²⁰ <http://www.dorv.de/>

versorgung, die aber eher zur weiteren Individualisierung führt und nicht der Stärkung des sozialen Zusammenhalts eines Quartiers dient.

Um die Urbanität und wirtschaftliche Aktivität in Quartieren anzuregen, sollten gerade in schrumpfenden Quartieren mit Leerständen Räume und Flächen für Experimente und kreative Prozesse (Zwischennutzungen etc.) zur Verfügung gestellt werden. Die Kreativszene, Künstler, kleine Gewerbetreibende und Start-Ups können so angesiedelt werden und die Quartiere beleben. Eine Förderung der lokalen Wirtschaft sollte systematisch im Rahmen von dezidierten Strategien zur Förderung der Lokalen Ökonomie erfolgen. Ansätze dieser Art sind in einigen Stadtteilen und Quartieren in NRW bereits seit Mitte der 1990er Jahre entstanden, und besonders wirksam²¹, indem sie:

- durch Informations- und Beratungsangebote vor Ort Hilfestellung leisten,
- Existenzgründungen und vor allem die ethnische Ökonomie²² fördern (z.B. Mikrokredite) und
- Netzwerke von Unternehmern vor Ort unterstützen.

Voraussetzung für solche Strategien ist, dass sich die kommunale Wirtschaftsförderung gezielt des Themas annimmt. In Quartieren mit Quartiersmanagement sollten diese Büros vor Ort gerade auch um Service- und Beratungsangebote für die Lokale Ökonomie („Büro für lokale Wirtschaftsentwicklung“²³) erweitert werden. Außerdem sollten auch gezielt Unternehmen und Stiftungen für benachteiligte Quartiere aktiviert werden.²⁴

Mit Blick auf die ökonomischen Aktivitäten und Versorgungsprobleme in Quartieren kann auch die Verbindung von informellen Wirtschaftsaktivitäten (z.B. nachbarschaftliche Tauschringe²⁵) mit der Nutzung von Onlineservices (über das Internet und Smartphone-Apps) zu Synergien und positiven Effekten führen. Die neuen Medien ermöglichen eine einfachere, schnellere und unverbindlichere Kontaktaufnahme von Anbietern unterschiedlicher Leistungen und sind oftmals Ausgangspunkt für spätere analoge und intensivere Sozialkontakte. Allerdings sind auch die negativen Seiten der „Sharing-Economy“ zu beachten, die insbesondere dann zu Tage treten, wenn sich Systeme (z.B. Uber, Airbnb) kommerzialisieren und reguläre Arbeit sowie Tarif- und Sozialstandards verdrängen.²⁶ Zu den quartiersbezogenen Potenzialen solcher neuen Ansätze von „Collaborative Consumption“ s. Kapitel 5.3.

²¹ http://www.soziale-stadt.nrw.de/downloads/Lokale_Oekonomie.pdf

²² Ethnischer Ökonomie bezeichnet die „selbstständige Erwerbstätigkeit von Personen mit Migrationshintergrund sowie abhängige Beschäftigung in von Personen mit Migrationshintergrund geführten Betrieben verstanden, die in einem spezifischen Migrantenumfeld verwurzelt ist“ (vgl. Schuleri-Hartje et al. 2005). Für eine weiterführende Begriffsbestimmung und Konzepte der ethnischen Ökonomie als Träger lokalwirtschaftlicher Entwicklungen s. ebd.

²³ <http://www.gelsenkirchen.de/de/wirtschaft/Wirtschaftsfoerderung/Wirtschaftsentwicklung/>

²⁴ http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Forschungsfelder/2012/UnternehmenStiftungen/01_Start.html

²⁵ <http://www.tauschring.de/hauptseite.php>

²⁶ <http://mediathek.daserste.de/Panorama/Sch%C3%B6ne-neue-Welt-Der-Preis-des-Teilens/Das-Erste/Video?documentId=25745290&topRessort=tv&bcastId=310918>

5.3 Bildungsinfrastruktur vor Ort

Zentrale Problemlagen in bestimmten Quartieren sind zum einen die zunehmende Segregation im Bildungsbereich, die dazu führt, dass insbesondere in benachteiligten Quartieren an bestimmten Schulen und Schulformen eine Konzentration von benachteiligten SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf entsteht. Das Gleiche gilt auch für viele vorschulische Einrichtungen. Durch die Auflösung der Grundschulbezirke wurde dieser Trend für den Grundschulbereich noch verstärkt. Zum anderen haben gerade schrumpfende Räume und Quartiere insbesondere im ländlichen Raum mit dem Problem zu kämpfen, ein ortsnahes Bildungsangebot aufrechtzuerhalten.

Nur durch eine konsequente fachliche und räumliche Integration von Schulformen in Sekundar- oder Gesamtschulen lassen sich so auch in Zukunft wohnortnahe Bildungsangebote gewährleisten. Zumal solche öffentlichen Räumlichkeiten (Schulgebäude oder auch Kindertagesstätten) auch für andere bürgerschaftliche Aktivitäten oder Beratungsangebote (z.B. Familienzentren) zur Verfügung gestellt werden können. Die schlechtere Alternative ist es, Kinder und Jugendliche per PKW und Bus zu fragmentierten Bildungsangeboten zu fahren.

Um ortsnahe Bildungsangebote zu gewährleisten und auch benachteiligte Kinder und Jugendliche besser zu fördern, bedarf es zudem der systematischen und strukturierten Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, wie sie besonders beispielgebend in den sogenannten lokalen Bildungslandschaften erfolgt.²⁷ In diesem Kontext spielen neben den Bildungseinrichtungen auch die freien Träger der Jugendhilfe (v.a. die Jugendverbände) eine bedeutende Rolle in den Quartieren.

Ein sehr eingängiges Beispiel für eine gut funktionierende lokale Bildungslandschaft ist das Netzwerk InFamilie in der Dortmunder Nordstadt. Im Zentrum des Netzwerks steht die Grundschule Kleine Kielstraße, die mit zahlreichen Akteuren aus dem Quartier und darüber hinaus vernetzt ist, um möglichst passgenaue Unterstützungsmöglichkeiten und Hilfestellungen für Kinder anbieten zu können. Es geht hierbei also weniger um rein bauliche Anpassungen im Sinne einer räumlichen Zusammenlegung von Schulen oder Bildungseinrichtungen, sondern vielmehr um eine inhaltliche Kooperation zwischen verschiedensten Akteuren im Quartier, die etwas zum Thema Bildung und Schule beitragen können.²⁸ Als Beispiel für eine fachlich und baulich integrierte Lösung der Bündelung von Bildungsangeboten im Quartier gilt das von der Montag-Stiftung in Köln (Altstadt-Nord) unterstützte Projekt.²⁹ Welche wichtige Planungs- und Koordinierungsaufgabe den

²⁷ Gute - auch praktische - Hinweise über diese Themen bietet der Aufsatz von Olk/Stimpel (2012) über „Kommunale Bildungslandschaften vor Ort“ sowie die Untersuchung über „Schule im Stadtteil“: <http://www.ies.uni-hannover.de/fileadmin/download/soev-endbericht.pdf>

²⁸ http://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/familie_und_soziales/familienportal/kein_kind_zuruecklassen/netzwerk_infamilie/projektbeschreibung/index.html

²⁹ <http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/bildung-und-schule/modellprojekt-bildungslandschaft-altstadt-nord>

Kommunen auch bei der stadtteilbezogenen integrierten Schulentwicklungs- und Bildungsplanung zukommt, zeigt das gut dokumentierte Beispiel aus Karlsruhe.³⁰

Bildungseinrichtungen mit einem sehr hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen mit erhöhtem Förder- und Integrationsbedarf sollten mit Blick auf die personelle und materielle Ausstattung deutlich bessergestellt werden. D.h. insbesondere Bildungsstandorte in benachteiligten Quartieren müssen zu attraktiven „Modelleinrichtungen“ entwickelt werden, um die Standortnachteile auszugleichen. Zudem kann durch bessere Kooperation (ggf. durch Anreize oder „Zwang“) der Einrichtungen untereinander insbesondere im Vorschul- und Primarbereich auch eine gleichmäßigere und sozial ausgewogenere Verteilung der Kinder erreicht werden. Auch die Wiedereinführung der Grundschulbezirke ist ein probates Mittel.

Für die Quartiersentwicklung von besonderer Bedeutung und stärker zu fördern sind auch soziokulturelle und quartiersbezogene kulturelle Initiativen und Einrichtungen. Sie gewährleisten nicht nur die Bereitstellung kultureller Angebote, sondern stärken auch das bürgerschaftliche Engagement und den sozialen Zusammenhalt. Außerdem stellen sie meist wichtige Partner und Akteure bei der integrierten Quartiersentwicklung dar und bieten Orte der Begegnung innerhalb des Stadtteils. Die Förderung von Selbstorganisation und bürgerschaftlichen kulturellen Initiativen ist auch in den ländlichen Räumen und Quartieren wichtig. Allerdings zeigt sich hier die Konzentration von öffentlichen und meist etablierten Kulturangeboten an zentralen Orten häufig als einzige Möglichkeit, Kultureinrichtungen weiterhin wirtschaftlich aufrechterhalten und betreiben zu können. Gerade im Kulturbereich sind auch alternative Trägermodelle durch BürgerInnen, Stiftungen und Private eine weitere Möglichkeit Kulturangebote aufrechtzuerhalten.

Der Einsatz von internetbasierten neuen Medien („Quartier 2.0“), die insbesondere auch den sozialen Zusammenhalt in Quartieren fördern können, muss zum gegenwärtigen Zeitpunkt ambivalent und in den Folgen noch nicht abschätzbar bewertet werden. Schnur und Günter (2014) unterscheiden bspw. die verschiedenen Arten von Angeboten und Systemen anhand ihrer Ausrichtung (stärker egoistisch vs. gemeinwohlorientiert) und des Kommerzialisierungsgrades (monetär vs. nicht-monetär). Auch die Zielgruppen sind bislang eher jünger und internetaffin, während der Zugang für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Ältere noch deutlich schwieriger ist. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die rasante Verbreitung von Smartphones hier tendenziell eher zu einer Veränderung führt. Um die Wirkungen auf Quartiere und das dortige Zusammenleben besser abschätzen zu können, wäre die Förderung von gemeinwohlorientierten Ansätze solcher Formen von „Collaborative Consumption“ für Quartiere stärker modellhaft zu fördern und zu untersuchen.

³⁰http://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/03_staedtenetzwerk/nachrichten/Karlsruhe/PDFs/Schulentwicklung_als_Pfad_der_Quartiersentwicklung_S_Beck_Nov_2014.pdf

5.4 Wohnortnahe gesundheitliche Versorgung

Eine erreichbare medizinische Grundversorgung in der Fläche zu gewährleisten ist ein zentrales Zukunftsziel. In urbanen benachteiligten Quartieren ist bspw. zu beobachten, dass eine räumliche Versorgung mit Kinderärzten vielfach nicht mehr gewährleistet ist, obwohl hier die Familien aufgrund von Mobilitätseinschränkungen besonders darauf angewiesen sind. Das gilt in ähnlicher Weise für die ländlichen Räume, sogar bezogen auf die Hausarztversorgung. Hinzu kommt im Bereich der Pflege, dass nur durch wohnortnahe Angebote dem Wunsch vieler alter Menschen, möglichst lange in der Wohnung bzw. dem gewohnten Lebensumfeld wohnen zu bleiben entsprochen werden kann. Aus den Gesundheitswissenschaften ist zudem bekannt, dass sogenannte „Setting“-Ansätze im vertrauten sozialen Lebensumfeld besonders wirksam sind. Gerade in benachteiligten Sozialräumen treten soziale, umweltbezogene und gesundheitliche Mehrfachbelastungen auf, die zwar meist nicht alle auf der Quartiersebene gelöst werden können, jedoch sollten die formulierten Lösungskonzepte sozialräumlich eingebettet sein. Solche Quartiere verfügen meist auch über Ressourcen und Stärken: Selbsthilfe-Netzwerke oder durch Eigeninitiative entstandene Aktivitäten und Strukturen, die zu verbesserten gesundheitlichen Lebensbedingungen im Quartier beitragen können (Reimann et. al 2010).

Dahingehend ist zu beachten, dass auch die Gesundheitsversorgung und Pflege in den urbanen Zentren stärker sozialräumlich auf die Quartiere ausgerichtet werden müssen, während in ländlichen schrumpfenden Räumen eher zentrale und mobile Lösungen gesucht werden müssen. Für die Angebote im Gesundheitsbereich bedeutet das z.B. die stärkere Nutzung von vorhandenen wohnortnahen Infrastrukturen wie Schulen und Kindertagesstätten.³¹ Die Ärzteversorgung ist in Deutschland durch die besonders fachbezogene Ausdifferenzierung, in viele Einzelpraxen fragmentiert. Die Förderung von medizinischen Verbundangeboten (Gemeinschaftspraxen, Ärztezentren) und Kooperationen könnte hier eine bessere und vollständigere – auch wohnortnahe – Versorgung gewährleisten und durch die räumliche Kooperation verschiedener Ärzte wahrscheinlich medizinisch auch effektiver und effizienter sein. Für den Bereich der Pflege sind gerade in NRW konzeptionell schon wichtige Schritte für eine integrierte wohnortbezogene Versorgung erfolgt. Bereits 2005 hat die Enquetekommission zur „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“ (Landtag NRW 2005) dazu grundlegende Vorschläge gemacht. Eine sehr gute Handlungsanleitung für die altengerechte Anpassung von Quartieren bietet dabei der „Masterplan altengerechte Quartiere“³². Ziel ist es dabei alten- und familiengerechte gemischte Quartiere zu erhalten bzw. zu unterstützen. Solche Ansätze und Modellprojekte bedürfen der breiten Implementierung, um umfassende Wirkungen zu erzielen. Wichtige Grundsätze solcher integrierten und wohnortbezogenen Ansätze sind daher u.a.:

- Wohnortnahe ambulante Gesundheits- und Pflegeangebote sowie Beratungsangebote zu schaffen,

³¹ Viele gute Hinweise und Beispiele einer sozialräumlichen Gesundheitsprävention finden sich unter: http://www.bzga.de/botmed_60641000.html

³² <http://www.mgepa.nrw.de/mediapool/pdf/alter/AltengerechteQuartiere.pdf>

- d.h. insbesondere bestehende Einrichtungen für die Beratung und Gesundheitsprävention zu nutzen,
- Netzwerke und
- medizinische Verbundangebote zu schaffen sowie insbesondere
- die Betroffenen in die Konzipierung der (bedarfsgerechten) Angebote einzubeziehen.

Dafür ist die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Stadtteileinrichtungen und Krankenkassen wichtige Voraussetzung und systematisch zu fördern.

Insgesamt kommt dabei natürlich den Kommunen auch in diesem Handlungsfeld eine wichtige Planungs- und Koordinierungsaufgabe zu, wie das Beispiel der Fürther Innenstadt verdeutlicht.³³ In den Regionen und Quartieren, wo aufgrund geringer Bevölkerungszahlen und/oder unverhältnismäßiger Kosten keine räumlichen Angebote mehr aufrechterhalten werden können, sind mobile Versorgungs- und Gesundheitsangebote eine Alternative.

5.5 Mobilität sichern

Die Gewährleistung von Mobilität und Erreichbarkeit ist schon in den vorangegangenen Kapiteln als wichtige Voraussetzung für die Lebensqualität in Wohnquartieren herausgestellt worden. In den städtischen Quartieren muss dies auch in der Zukunft insbesondere durch ein flächendeckendes, regelmäßiges und preisgünstiges öffentliches Verkehrssystem sichergestellt sein. Dafür müssen auch für die Zukunft die Finanzierung und der Ausbau unserer meist kommunalen Nahverkehrsbetriebe gesichert sein. Insbesondere der eindeutige Vorrang beim Ausbau und der Finanzierung des ÖPNV gegenüber dem PKW trägt zu seiner Attraktivität und damit finanziellen Absicherung bei. Das gilt in gleichem Maße für den Rad- und Fußverkehr. Alle diese Verkehrsmittel des Umweltverbundes (Fuß- und Radverkehr, ÖPNV) verbessern überdies durch die Reduzierung von Schadstoff- und Lärmemissionen die Aufenthalts- und Lebensqualität in den Städten und Quartieren. Die auto-verkehrliche Belastung der Innenstädte kann zudem durch die Förderung und Unterstützung von Carsharing-Angeboten weiter reduziert werden. Schon vorhandene integrierte Mobilitätsangebote (z.B. „Ein Ticket für alles“ in Düsseldorf³⁴), die das Carsharing, Radsharing sowie Bus- und Bahnfahrten miteinander kombinieren, müssen attraktiver weiterentwickelt und auf andere Städte übertragen werden. So sollten z.B. Mietertickets in Zusammenhang mit der Änderung von kommunalen Stellplatzverordnungen den Verzicht auf das eigene Auto attraktiver machen.

Auch eine Verbesserung der Zugänglichkeit des öffentlichen Raumes (Barrierefreiheit) und der Aufenthaltsqualität in den Wohnquartieren ist wichtig für die Mobilität der Be-

³³ http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Forschungsfelder/2011/KooperationKonkret/Steckbrief_Fuerth.html?nn=425678

³⁴ https://www.duesseldorf.de/verkehrsmanagement/clever_unterwegs/ticket/index.shtml

wohner. Gerade ältere Menschen sind auf ausreichend Sitzgelegenheiten und die Verfügbar- und Erreichbarkeit öffentlicher Toiletten angewiesen. Letztlich tragen aber alle Maßnahmen zum Abbau von baulichen Barrieren zur Steigerung der Aufenthaltsqualität für alle Bevölkerungsgruppen bei.

Bei der Planung von neuen Wohnquartieren ist konsequent nur eine Siedlungsentwicklung an (Schienen-)Haltepunkten des ÖPNV zu unterstützen. Die zukünftige Absicherung von Mobilität und Erreichbarkeit in den ländlichen Räumen und Wohnquartieren³⁵, in denen schon heute kaum mehr eine Nahverkehrsversorgung gewährleistet werden kann, stellt eine besondere Herausforderung dar. Hier sind verstärkt flexible und bürgerschaftliche Angebotsformen zu entwickeln und zu unterstützen. In vielen Gemeinden existieren schon heute gute Beispiele für Bürgerbusse³⁶, Dorfautos³⁷ und private Mitnahmekonzepte³⁸. Auch hier können die neuen webbasierten Techniken per Internet und Smartphone zu einer effizienteren Nutzung und größeren Verbreitung solcher Angebote beitragen. Auch für den öffentlichen Nahverkehr könnten so flexiblere, bedarfsgerechtere und preisgünstigere Angebotsformen³⁹ entwickelt und umgesetzt werden (z.B. eine Smartphone-App, die meldet, wann und wo eine bestimmte Strecke zurückgelegt werden soll). In diesem Bereich besteht also noch deutliches Potenzial für die Umsetzung von guten Ideen und innovativen Lösungen.

5.6 Partizipation und Teilhabe

Für den sozialen Zusammenhalt von Quartieren ist das gemeinsame „Wir-Gefühl“, d.h. eine verbindende Quartiersidentität und gemeinsame Aktivitäten – trotz bestehender Unterschiede und Vielfalt – von entscheidender Bedeutung. Doch der soziale Zusammenhalt in vielen Wohnquartieren ist gefährdet. Denn räumliche Nähe heißt noch nicht automatisch soziale Nähe. Vielmehr zeigen sich die soziale und räumliche Abgrenzung zu Bewohnern anderer sozialer Lagen und ethnischer Abstammung, sowie die gerade in Großstädten ausgeprägte Anonymität, als heutige Realität. So kennt jeder zweite Bewohner seine unmittelbaren Nachbarn nicht, wie eine kürzlich durchgeführte Untersuchung ergab.⁴⁰ Insofern stellen sich der soziale Zusammenhalt und eine gemeinsame Quartiersidentität nicht automatisch ein, sondern müssen „gemacht“ werden bzw. be-

³⁵ http://www.tu-berlin.de/fileadmin/fg93/Forschung/Projekte/Laendlicher_Raum/ufm-handbuch.pdf

³⁶ http://www.ostwestfalen-lippe-bus.de/ostwestfalen_lippe_bus/view/angebot/buslinien/buergerbus.shtml

³⁷ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fruehaufsteher/oePNV-einmal-anders-das-dorfauto-startet-in-der-eifel-13364956.html>

http://www.energienetz-werra-meissner.de/regionale_kompetenz/dorfauto_huebenthal/

³⁸ <http://www.mobilfalt.de/ueber-mobilfalt/>

³⁹ http://www.laendlicherraum.bayern.de/fileadmin/Dokumente/PDF/Demographischer_Wandel/DL_HandbuchPlanungNeu.pdf

⁴⁰ <http://www.tag-ag.com/presse/pressearchiv/news-detailansicht/article/studie-jeder-zweite-mieter-kennt-seinen-nachbarn-nicht>

dürfen der Schaffung und Förderung von günstigen Rahmenbedingungen, z.B. indem Orte und Gelegenheiten der Begegnung und Integration entwickelt werden.⁴¹

Grundlage dafür sind Möglichkeiten der Partizipation und Teilhabe an der Entwicklung der Quartiere, denn lokale Beteiligungsangebote sind aufgrund ihrer Niederschwelligkeit und Ortsbezogenheit („Vor der Haustür“) besonders zur Ansprache und Mobilisierung geeignet und führen insbesondere durch die Ansprache von Menschen unterschiedlicher sozialer Lagen und Ethnien zur Stärkung des sozialen Zusammenhaltes. Wie der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter (2011) in einer Untersuchung feststellt, kann gerade die Beteiligung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen – und damit die Chance auf ihre stärkere gesellschaftliche Re-Integration – „vor Ort“ in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld besonders gut erfolgen. Dabei ist die Vielfalt an Ideen und Beteiligungsverfahren in Quartieren nahezu unerschöpflich.⁴²

Mit Blick auf die Aktivierung und Beteiligung der BewohnerInnen nehmen hier Quartiersmanagements eine wichtige und zentrale Rolle ein (s. Kapitel 6). Hier haben sich insbesondere auch bürgerschaftliche Verfügungsfonds⁴³ auf Quartiersebene ausgesprochen bewährt, um BewohnerInnen zu aktivieren und zu beteiligen sowie zivilgesellschaftliche Initiativen in den Quartieren zu fördern.

Insgesamt gilt es vorhandene zivilgesellschaftliche Strukturen in den Quartieren zu stärken und (neue) Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen. Über Ehrenamtsagenturen können z.B. gezielt bürgerschaftliche Aktivitäten auf Quartiersebene gefördert werden. Auch hierbei können Onlinetechniken (Internet, Smartphone) unterstützend helfen, um Interessenten und Angebote zusammenzubringen. Über solche virtuellen Plattformen können auch „Abstimmungen“ organisiert werden und so der Meinungsbildungsprozess in Quartieren erleichtert werden. Wie der nachbarschaftliche Zusammenhalt über gemeinsame Projekte aktiv „organisiert“ werden kann und muss, zeigt auch eine Veröffentlichung der Montag-Stiftung über gelungene Beispiele von Nachbarschaftsinitiativen („Neue Nachbarschaft“) und eine entsprechende Unterstützungsplattform im Internet.⁴⁴ Gerade auch die Integration von Zuwanderern kann in solchen gemeinsamen Aktivitäten und durch die Ortsbezogenheit („Integration findet vor Ort statt“) besonders gut gelingen. Das gilt gleichermaßen auf dem Land und in kleineren Städten und Gemeinden.⁴⁵

⁴¹http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Forschungsfelder/2011/Integration/01_Start.html?nn=430172¬First=true&docId=428812

⁴²Einen guten Überblick über Beteiligungsverfahren in Quartieren bietet z.B.: <http://www.quartiersmanagement-berlin.de/Handbuch-zur-Partizipation-erschienen.4221.0.html>

⁴³http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2013/DL_Veruegungsfonds.pdf?blob=publicationFile&v=2
http://www.innenstadt-nrw.de/fileadmin/staedtenetzwerk/Veranstaltungen/Arbeitshilfe_Veruegungsfonds/131127_AH_Verf%C3%BCgungsfonds_online.pdf

⁴⁴<http://www.neue-nachbarschaft.de/>

⁴⁵http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_21272/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Online/2012/ON282012.html
http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/MigrationIntegration/Integration/schader_integrationspotentiale.pdf?blob=publicationFile

Imagefragen spielen in der Quartiersentwicklung eine zunehmend wichtige Rolle. So kann ein ausgeprägtes und verfestigtes Negativimage von Quartieren zu einer dauerhaften Stigmatisierung führen und in den benachteiligten Stadträumen weitere Abwärtsspiralen forcieren. In Untersuchungen zu den Motiven von Wohnstandortentscheidungen⁴⁶ konnte gezeigt werden, dass neben den „objektiven“ Bedingungen eines Quartieres (Lage, Preise, Infrastrukturausstattung, soziale Zusammensetzung etc.) auch das Image des Quartieres eine wichtige Rolle spielt. Für viele Wohnungsanbieter sind daher der Ruf und das „Branding“ von Quartieren längst zu einem wichtigen Geschäftsfeld geworden. Doch auch für den Aufbau und Erhalt einer gemeinsamen Identität eines Quartieres ist das Image ein wichtiger Faktor. So kann die gemeinsame Zusammenarbeit an der positiven Imageveränderung gerade auch für benachteiligte Stadtteile und Quartiere ein wichtiger Ausgangspunkt und „roter Faden“ für Kooperation und gemeinsame Quartiersentwicklung anhand eines solchen Zukunftsbildes sein. Partizipative und auf breite Beteiligung angelegte Konzepte der positiven Imageentwicklung gerade von benachteiligten Quartieren (z.B. „Neighbourhood Branding“⁴⁷) bedürfen daher der stärkeren Förderung.

6 Multiple Herausforderungen brauchen integrierte Antworten

Wie wir in den vorangegangenen Kapiteln gesehen haben, stehen Quartiere vor sehr unterschiedlichen und meist multiplen Herausforderungen. Schon Mitte der 1990er Jahre wurde daraus die richtige Schlussfolgerung gezogen, dass diesen multiplen Problemlagen nicht mit den bisherigen rein sektoralen Politikansätzen begegnet werden kann. Integrierte und problemangepasste Handlungsansätze und -konzepte sind dazu erforderlich, wie sie zuerst und beispielgebend im Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“⁴⁸ umgesetzt wurden. Aus heutiger Sicht können aus den Erfahrungen und Evaluationen in der Umsetzung solcher integrierten Stadt- und Quartiersentwicklungsprozesse die nachfolgenden Prinzipien und Instrumente abgeleitet werden:

⁴⁶ <http://www.ils-forschung.de/cms25/down/trends-3-14.pdf>

⁴⁷ http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/lzR/2006/Downloads/3_4Zimmermann-HegmannFasselt.pdf?blob=publicationFile&v=2

⁴⁸ Mit dem Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt" unterstützt der Bund seit 1999 die Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter und strukturschwacher Stadt- und Ortsteile. Neben städtebaulichen Maßnahmen werden nicht investive Maßnahmen wie bspw. Quartiersmanagement gefördert, um den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren zu stärken (vgl.

http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/soziale_stadt_node.html).

Integrierte Quartiersentwicklungskonzepte

Es gilt für Quartiere mit besonderem Handlungsbedarf integrierte Quartiers- und Handlungskonzepte zu formulieren, wie das im Rahmen der Städtebauförderung schon „Standard“ ist. Diese Konzepte sollten unter Berücksichtigung und Bündelung der unterschiedlichen Handlungsfelder auf die Erfordernisse des einzelnen Quartiers zugeschnittene Handlungsbereiche, Ziele und Maßnahmen formulieren. Um zu entscheiden, welche Quartiere Gegenstand von spezifischen Maßnahmen und der besonderen kommunalen Aufmerksamkeit sein sollen, bedarf es zudem der Einbettung in gesamtstädtische integrierte Stadtentwicklungskonzepte⁴⁹. Die Kommune hat damit ein Instrumentarium, um ihre teilräumliche Entwicklung steuern und Prioritäten festlegen zu können.

Im Interesse der Mobilisierung aller Quartiersressourcen ist es auch angeraten an der Formulierung der integrierten Quartiers- und Handlungskonzepte möglichst viele Akteure und Menschen aus den Quartieren und Stadtteilen aktiv zu beteiligen. Ziel muss es immer sein, selbsttragende und nachhaltige Strukturen in den Stadtteilen und Quartieren zu schaffen. Dazu sind schon vor Auslaufen von öffentlichen Förderprogrammen Verstärkungskonzepte zu entwickeln.⁵⁰

Aktivierung und Beteiligung

Kernbestandteil und Philosophie der integrierten Quartiersentwicklung ist der Anspruch auf Aktivierung und Beteiligung der Menschen und Akteure in den Stadtteilen und Quartieren. Zielsetzung dabei ist die Mobilisierung aller vorhandenen Ideen und Ressourcen für das Quartier und die Förderung des sozialen Zusammenhalts und Zusammengehörigkeitsgefühls. Gerade auf Quartiersebene kann es auch gelingen, Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die sich von der Politik entfernt haben und durch die herkömmlichen Beteiligungsverfahren nicht erreicht werden. Daneben gilt es, stabile Netzwerke aller Akteure in den Quartieren und Stadtteilen zu knüpfen, die Träger von Aktivitäten sein können (Vereine, Kirchen, Einrichtungen etc.). Dadurch können bestehende Angebote besser aufeinander abgestimmt werden und „Doppelangebote“ z.B. von Wohlfahrtsverbänden vermieden werden. Dabei ist darauf zu achten, vorhandene Netzwerke im Quartier zu nutzen und nicht unbedingt immer wieder neue Netzwerke zu schaffen: Runde Tische, Arbeitskreise, Quartiers- oder Stadtteilforen. Gerade auch Quartiers- oder Stadtteilvereine haben sich hier als wichtiges Instrument bewährt. Sie können auch Träger von Quartiers- oder Stadtteilbüros sein.

Quartiersmanagement als Motor

Alle Evaluationen zeigen, dass ein Quartiersmanagement vor Ort als Koordinations-, Vernetzungs- und Anlaufstelle ein wesentlicher Erfolgsgarant für die integrierte Quartiers-

⁴⁹Beispielhaft: <http://www.leipzig.de/bauen-und-wohnen/stadtentwicklung/stadtentwicklungskonzept-seko/>

⁵⁰http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_23494/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Forschungen/2012/Heft153.html
<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-22011/verstetigung-der-sozialen-stadt-in-nordrhein-westfalen.html>

entwicklung ist. In Quartieren mit besonderem Handlungsbedarf muss es eine Person bzw. Personen für die Organisation und Koordination der Zusammenarbeit („Kümmerer“) geben. Im Zusammenhang mit Programmen der Städtebauförderung und auch anderer Förderprogramme gibt es dafür bislang eine Förderung. Allerdings ist der Bedarf nach diesem wirksamen Instrument deutlich höher. Auch in Quartieren und Stadtteilen mit schwierigen Problemlagen, die nicht Gegenstand von solchen Förderprogrammen sind, kann die Einrichtung eines Quartiersmanagements zu wirksamen Erfolgen führen. Auf Landesebene ist zu prüfen, wie ein ressortübergreifendes Programm zur Förderung von Quartiersmanagements geschaffen werden kann, um dieses wirksame Instrument breiter zu implementieren. Dabei sind auch Trägermodelle unter Beteiligung von z.B. Wohnungswirtschaft oder Vereinen und (Bürger-) Stiftungen zu berücksichtigen.

Ressortübergreifende Arbeits- und Kooperationsstrukturen

Auf allen Ebenen (Stadtteil, Kommune, Land, Bund) bedarf es integrierter Arbeits- und Kooperationsstrukturen, um den Ansatz der integrierten Quartiersentwicklung wirksam zu organisieren und umzusetzen.⁵¹ Dazu sollten fach- und ressortübergreifende Arbeits-, Projekt- und Steuerungsstrukturen geschaffen werden. Auch integrierte Förderangebote auf den übergeordneten staatlichen Ebenen (Land und Bund) sind erforderlich, um den Ansatz der integrierten Quartiersentwicklung möglichst effektiv und effizient umzusetzen. In diesem Kontext ist auch die Idee der „Förderung aus einer Hand“ neu aufzugreifen. So wird der administrative Aufwand für Akquise und Management der unterschiedlichen Förderprogramme von den Kommunen immer wieder beklagt. Die über die Städtebauförderung hinausgehende Förderlandschaft ist zerklüftet und unübersichtlich bzw. in vielen Fällen sind Förderprogramme auch miteinander inkompatibel. Viele Kommunen sind hier überfordert. Insgesamt bedarf es daher einer besseren Abstimmung von Förderangeboten und -programmen auf den übergeordneten politischen Ebenen.

Monitoring und Quartiersanalysen

Angesichts der auch kleinräumig in einzelnen Regionen und Städten sehr unterschiedlichen Herausforderungen zur Quartiersentwicklung bedarf es geeigneter Informations- und Analyseinstrumente, um frühzeitig Interventionserfordernisse zu identifizieren (In welchen Quartieren besteht Handlungsbedarf?). Dazu gilt es, auf Ebene der Kommunen vorhandene Daten der Kommunalverwaltung (Verwaltungsvollzugsdaten) und statistische Daten in einem kleinräumigen Monitoringsystem zusammenzuführen. Besonders vorbildlich ist hier das Monitoring zur Sozialen Stadtentwicklung in Berlin. Aber auch die Sozialräumliche Gliederung der Stadt Düsseldorf schafft gute Grundlagen für ein kontinuierliches Monitoringsystem.⁵²

Dort, wo die Kommunen aufgrund ihrer Größe und Verwaltungskapazitäten nicht in der Lage sind, ein solches Monitoring zu organisieren, wäre ein landesweites Angebot zu prü-

⁵¹ Zu den Erfordernissen eines raumorientierten Verwaltungshandelns für eine integrierte Quartiersentwicklung siehe die Dissertation von Thomas Franke (2011).

⁵² http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/
https://www.duesseldorf.de/statistik/stadtforschung/analysen/sozialraeumliche_gliederung.shtml

fen. Wie ein solches Monitoringsystem auf Grundlage einer neuen Fördersystematik aussehen könnte, hat bereits im Jahre 2004 eine Enquetekommission des Landtags von NRW skizziert (Landtag NRW 2004).

Neben diesen gesamtstädtischen kleinräumigen Frühwarn- und Beobachtungssystemen bedarf es für die einzelnen Quartiere, in denen auf dieser Informationsgrundlage deutlicher Handlungsbedarf festgestellt worden ist, genauerer Quartiersanalysen. Sie dienen dazu, Probleme und Potenziale sowie Stärken und Schwächen der einzelnen Quartiere zu ermitteln.

7 Literaturverzeichnis

- ARL (2016): Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken. Perspektiven und Handlungsfelder. Positionspapier Nr. 108, Hannover.
- ARL (2006): Folgen des demographischen Wandels für Städte und Regionen in Deutschland – Handlungsempfehlungen. Positionspapier Nr. 62, Hannover.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder. Im Auftrag vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Berlin.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2015): Jedes Alter zählt „Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“. Weiterentwicklung der Demografiestrategie der Bundesregierung. Berlin.
- Danielzyk, Rainer; Osterhage, Frank; Rönsch, Jutta; Wuschansky, Bernd (2013): Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse: NRW-spezifische Auswertung von Indikatoren zur Raumentwicklung (Abschlussbericht). Dortmund.
- FAZ (2016): Statt 1,1 Millionen kamen 890 000 Asylsuchende im Jahr 2015. Online verfügbar unter: <http://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/statt-1-1-millionen-kamen-890-000-asylsuchende-im-jahr-2015-14461525.html>.
- Franke, Thomas (2011): Raumorientiertes Verwaltungshandeln und integrierte Quartiersentwicklung. Doppelter Gebietsbezug zwischen „Behälterräumen“ und „Alltagsorten“. Wiesbaden.
- Freistaat Sachsen (Hrsg.) (2010): Den demografischen Wandel gestalten. Anregungen für die Praxis. Online verfügbar unter: <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/11914>.
- Hessische Staatskanzlei (Hrsg.) (2016): 4. Demografie-Bericht. Weiterentwicklung und Perspektiven. Wiesbaden.
- IT.NRW (2017a): Bevölkerungsstand - Stadt Dortmund 1969 - Tab. 12411-01i. Online verfügbar: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldb NRW/online/data>.
- IT.NRW (2017b): Fortschreibung des Bevölkerungsstandes - Kommunales Bildungsmonitoring: Stadt Dortmund 1986. Tab. A1.1B-A01.1-I1. Online verfügbar: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldb NRW/online/>.
- IT.NRW (2017c): Bevölkerungsstand - Stadt Wuppertal 1965 - Tab. 12411-01i. Online verfügbar: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldb NRW/online/data>.
- IT.NRW (2017d): Fortschreibung des Bevölkerungsstandes - Kommunales Bildungsmonitoring: Stadt Wuppertal 2010. Tab. A1.1B-A01.1-I1. Online verfügbar: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldb NRW/online/>.
- Landeshauptstadt München (2008): Soziodemografisches Handlungskonzept. Herausforderungen des soziodemografischen Wandels für die Stadtentwicklung. München.
- Landtag NRW (2005): Situation und Zukunft der Pflege in NRW. Bericht der Enquete-Kommission des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.

- Maretzke, Steffen (Hrsg.) (2008): Städte im demografischen Wandel: wesentliche Strukturen und Trends des demografischen Wandels in den Städten Deutschlands. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 125, Wiesbaden.
- NRW Bank (2016): Wohnungsmarktbericht NRW 2016. Düsseldorf.
- Olk, Thomas; Stimpel, Thomas (2012): Kommunale Bildungslandschaften vor Ort. Bildungspolitische Reformpotenziale durch Kooperation und Vernetzung formeller und informeller Lernorte, in: vhw forum (2012) 3: 135-142.
- Reimann, Bettina; Böhme, Christa; Bär, Gesine (2010): Mehr Gesundheit im Quartier. Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung. Berlin.
- Schnur, Olaf; Günter, Henning (2014): Collaborative Consumption, Sozialkapital und Quartier. Eine Annäherung, in: Raumforschung und Raumordnung (2014) 72: 401-413.
- Schnur, Olaf (2010): Demographischer Impact in städtischen Wohnquartieren. Entwicklungsszenarien und Handlungsoptionen. Wiesbaden.
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina; Floeting, Holger; Reimann, Bettina (2005): Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab. Darmstadt, Berlin: Schader-Stiftung, Difu.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2009): Demografiekonzept für Berlin. Berlin.
- Stadt Dortmund (2016a): Jahresbericht Dortmunder Statistik 2016. Bevölkerung. Dortmund.
- Stadt Dortmund (2016b): Wohnungsmarktbericht 2016. Ergebnisse des Wohnungsmarktbeobachtungssystems 2015. Dortmund.
- Stadt Freiburg (2013): Kommunales Handlungsprogramm Wohnen in Freiburg. Freiburg im Breisgau.
- Stadt Heidelberg (Hrsg.) (2006): Demographischer Wandel in Heidelberg. Handlungskonzept. Heidelberg.
- Stadt Oldenburg (2013): Demografiebericht 2013. Zuhause. 1. Auflage. Oldenburg.
- Stadt Schweinfurt (2012): Seniorenpolitisches Gesamtkonzept für die Stadt Schweinfurt. Schweinfurt.
- Stadt Wuppertal (2010): Handlungsprogramm Demografischer Wandel. Strategien zum Umgang mit den demografischen Herausforderungen. Wuppertal.
- Stadt Wuppertal (o.J.): Migrantenanteil in den Quartieren in Wuppertal 2015. Online verfügbar unter: https://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/rbs_statistik/them_karten_startseite.phtml.
- Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2014): Mecklenburg-Vorpommern: Weltoffen, modern, innovativ. Den demografischen Wandel gestalten. Online verfügbar unter: http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=124376.
- Stadt Stuttgart (2015): Demografiebericht 2014/15. Strategie und Maßnahmen zur Abmilderung des demografischen Wandels. Stuttgart.
- Stadt Stuttgart (o. J.): Stuttgarter Bausteine für die Entwicklung einer Demografiestrategie. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (2015a): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile.

Statistisches Bundesamt (2015b): 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung für Deutschland. Online verfügbar unter: <https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/#!y=2060&o=1950>.

Statistisches Bundesamt (2016a): Geburtziffer 2015: Erstmals seit 33 Jahren bei 1,50 Kindern je Frau. Pressemitteilung vom 17. Oktober 2016 – 373/16. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/10/PD16_373_126pdf.pdf?__blob=publicationFile.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2016b): Zuwanderungsbedarf und Arbeitskräfteangebot bis 2050. Wie viele Zuwanderer benötigt Deutschland für ein konstantes Erwerbspersonenpotenzial? Wiesbaden.

Walter, Franz; Klatt, Johanna (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld.

Wegweiser Kommune (2016): Altersaufbau der Gesamtbevölkerung in Dortmund 2012 bis 2030. Online verfügbar unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/dortmund+altersstrukturgrafik>.

Kontakt:

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung

Ralf Zimmer-Hegmann,

Tel: 0231 9051-240, Email: ralf.zimmer-hegmann@ils-forschung.de

Mona Wallraff,

Tel: 0231 9051-141, Email: mona.wallraff@ils-forschung.de